This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

+ *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.

+ *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.

+ *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.

+ *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at `http://books.google.com/`

Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

+ *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.

+ *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.

+ *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.

+ *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

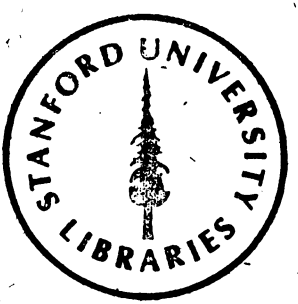
Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter `http://books.google.com` durchsuchen.

E
446
.K34
1854

701

ex
Tartu

STANFORD UNIVERSITY LIBRARIES



Die

Sklavenfrage

in den

Vereinigten Staaten.

Geschichtlich entwickelt

von

Friedrich Kapp.

Nulli me mancipavi;
nullius nomen fero.
Seneca.

Göttingen.
Georg H. Wigand.

New-York.
L. W. Schmidt.
191 William-Street.

1854.

Vorwort.

Die vorliegende Schrift enthält keine neuen Thatsachen und bringt auch in ihrem geschichtlichen Referate keine bisher unbekannten Forschungen. Ihre Hauptquellen bei der Darstellung der Ereignisse waren vielmehr für die ersten Capitel bis zum Missouri-Compromiß Richard Hildreth's Geschichte der Vereinigten Staaten und für die Zeit von 1846 bis 1850 die Broschüre John Palfrey's: „Five years progress of the slave power, Boston, 1852."

Es war eben weniger meine Absicht, neue Materialien zu sammeln und zu verarbeiten, als einen der wichtigsten und interessantesten Abschnitte aus der Geschichte der Vereinigten Staaten in seiner, gegenwärtig bei einem Wendepunkte angekommenen Entwicklung klar und allgemein verständlich zu schildern. Meiner Auffassung der Dinge, wenn auch hier von Vielen getheilt, ist, soviel ich weiß, für Deutschland wenigstens noch neu und darum vielleicht dem dortigen Publikum von einigem Interesse.

Schon länger als fünf Jahre im Auslande und davon mehr als vier in den Vereingten Staaten lebend, war es mir

seitdem nicht vergönnt, der Entwicklung des deutschen Geistes mit der Treue und Gewissenhaftigkeit zu folgen, welche das nothwendige Wechsel-Verhältniß zwischen dem Verfasser und den Lesern eines Buches bedingt. Jeden Falls aber glaube ich nicht zu irren, wenn ich in der deutschen Gegenwart ein unverwandtes und durch die Illussionen der jüngsten Vergangenheit nur zu gerechtfertigtes Streben nach einer weniger idealen und mehr realen Auffassung des Lebens in seinen verschiedenen Richtungen erblicke.

Auch diese Arbeit geht von demselben Gesichtspunkte aus. Sie stützt sich nur auf die Thatsachen und Verhältnisse der Wirklichkeit und tritt dadurch entschieden jenem subjektiven Idealismus entgegen, der namentlich im deutschen Urtheil über Amerika eine unbefangene Anschauung der Realität nicht aufkommen läßt und sich hiesiges Leben und Geschichte mit seiner lahmen Tendenzscheere zurecht schneidet.

Den Standpunkt einer der hiesigen politischen Parteien konnte ich schon deshalb nicht einnehmen, weil ich mich vom ersten Tage meines hiesigen Aufenthaltes an stets als Fremder, aber nicht als Amerikaner, geschweige denn als Deutsch-Amerikaner gefühlt habe.

New York. Juli 10. 1854.

Friedrich Kapp.

Inhalts-Verzeichniß.

Seite

I. Capitel. Wechselbeziehungen zwischen Europa und Amerika. Charakter der bisherigen Perioden in der Amerikanischen Geschichte. Die erste dem Europäer die verständlichste. Jefferson ihr Repräsentant. Calhoun Uebergang und Webster Ausdruck der zweiten Periode. Douglas Repräsentant der Gegenwart. Charakteristik dieser Männer 1

II. Capitel. Die Sklavenfrage. Von der Unabhängigkeits-Erklärung bis zum ersten Gesetze gegen die flüchtigen Sklaven (1776—1793) 21

III. Capitel. Die Baumwolle 32

IV. Capitel. Vom Erwerbe Louisiana's bis zum Missouri-Compromiß (1803—1818) 46

V. Capitel. Das Missouri-Compromiß 57

VI. Capitel. Vom Missouri-Compromiß bis zum Compromiß von 1850 (1821—1850) 73

VII. Capitel. Das Compromiß von 1850 87

VIII. Capitel. Geschichte und Charakteristik der politischen Parteien 103

IX. Capitel. Von der Präsidentenwahl von 1852 bis zum 33sten Congresse und der Nebraska-Bill (1850—1854) . . 123

X. Capitel. Die Nebraska-Bill 138

XI. Capitel. Schlußfolgerungen. Gründe für die Oberherrschaft des Südens. Blinder Lärm ob der Auflösung der Union. Sie wird nicht aufgelöst, denn der Norden giebt stets nach 158

Seite

XII. Capitel. Das Volk bleibt von den Einwirkungen der Regierung unberührt. Individualismus des Amerikanischen Lebens. Charakter und Bedeutung der Constitution. Die Sklavenfrage wird nicht gelöst. Wechselverhältniß zwischen Amerika und Europa 173

I.

Ganz zu derselben Zeit, in welcher die Orientalische Angelegenheit Europa in ängstlicher Spannung erhält, drängt sich trotz allen bisherigen Hinhaltens und Vertuschens in den Vereinigten Staaten eine Frage wieder in den politischen Vordergrund, deren Entscheidung die Zukunft Nord-Amerika's in sich birgt.

Es ist nicht das erste Mal, daß die große Europäische und Amerikanische Politik gleichzeitig einer gefahrvollen Krise zueilen. Der Unabhängigkeits-Kampf der 13 Colonien und seine Schwester, die französische Revolution, waren Kinder eines und desselben Zeitalters und Geistes und nur um einige Jahre räumlich von einander getrennt. Die Napoleonischen Continental-Kriege und Sperre zogen endlich doch die Vereinigten Staaten aus ihrer Neutralität und riefen den ersten Seekrieg mit England hervor. Die Reaktion, welche dem nationalen Aufschwunge der Hauptvölker Europa's nach dem Frieden von 1815 folgte, dämpfte auch hier den gerechten Stolz ob der errungenen Triumphe über den auswärtigen Feind. Was heilige Allianz, Carlsbader und Laibacher Congreß für Europa waren, das wurde die Sklavenfrage und das Missouri-Compromiß für die Vereinigten Staaten; denn hier wie drüben octroyirte eine verhältnißmäßig kleine Minorität dem ganzen Volke ihren Willen

und ihre Interessen. Selbst die Zeit der nun folgenden künstlichen Ruhe dauerte jenseits wie diesseits des Ozeans beinahe gleich lange, und wie drüben die Februar-Revolution dem faulen Frieden ein schnelles Ende machte, so warf hier der Mexikanische Krieg und der Erwerb Californiens neuen Brennstoff in die Gemüther und entzündete von Neuem den Kampf, der in Europa vorläufig mit dem Napoleonischen Staatsstreiche endete, während er in Amerika mit dem Compromiß von 1850 beschlossen wurde.

Aber trotzdem, daß hier der Triumph der Ordnung ein vollständiger war, und daß die Sklavenhalter so weit gehen konnten, dem Volke die bloße Debatte der ihnen lästigen Sklavenfrage zu verbieten; trotzdem, daß in Europa der Anarchie der Kopf zertreten ist; trotz alle dem haben die Retter der Ordnung und Gesellschaft mit ihrer eigenen Ordnung nicht genug, und es ist nicht Caprice, sondern der Instinkt der Selbsterhaltung, der sie über die sich selbst gestellten Schranken hinaustreibt und zu neuen Gesellschaftsrettungen drängt. Die herausfordernde Rolle des Kaisers Nikolaus übernehmen hier die Sklavenhalter des Südens; der Orientalischen Frage entspricht die Nebraska-Bill des Senators Douglas, und was drüben die westlichen Mächte Rußland gegenüber sind, das ist in den Vereinigten Staaten der ganze freie Norden gegenüber den Anmaßungen und Angriffen der Sklavenhaltenden Aristokratie des Südens.

Man wirft mir vielleicht vor, daß diese Parallele nicht in allen Einzelnheiten zutreffe. — Aber diesen Einwand selbst zugegeben, so wird man mir gewiß darin beistimmen, daß die Interessen beider Welttheile zu sehr in einander greifen, als daß sie eine abgesonderte Geschichte für sich haben könnten, daß also die Strömungen im Leben und in der Entwickelung ihrer Völker prinzipiell dieselben und nur in ihrer örtlichen Bestimmtheit hier blasser gefärbt sind, ja, daß endlich, da in Europa

das Centrum der weltgeschichtlichen Entwickelung liegt, Amerika sich freiwillig oder unfreiwillig in der Peripherie dieses Kreises bewegen muß. „Was sich bis jetzt hier ereignet, sagt Hegel, ist nur der Widerhall der alten Welt und der Ausdruck fremder Lebendigkeit.“ Und er hat Recht bis auf den heutigen Tag.

Doch sei dem wie ihm wolle; wir haben es hier ausschließlich mit den Vereinigten Staaten zu thun. Ihre Geschichte zählt noch keine drei Menschenalter, aber zerfällt schon in zwei, wenn auch äußerlich nicht bestimmt von einander geschiedene, doch in ihrem innersten Wesen ganz entgegengesetzte Perioden. Man pflegt diese gewöhnlich die revolutionaire und die conservative zu nennen. Ich möchte aber charakteristischer die erste als das Zeitalter der Ideen ohne Baumwolle und die zweite als das Zeitalter der Baumwolle ohne Ideen bezeichnen. Jene sucht die Rousseau'sche Tugend-Republik mit ihren patriarchalischen Wünschen und Bestrebungen zu verwirklichen und stützt ihre kurze Herrschaft auf idyllischen Landbau; diese aber mit ihrer modernen Produktionsweise und Industrie verdrängt sie und giebt dem ganzen Lande den Ausdruck einer Geschäfts-Republik.

Die erste dieser Perioden, welche mit der Unabhängigkeits-Erklärung beginnt und bis zum Ende des 18. Jahrhunderts geht, ist dem Europäer die verständlichste Epoche in der Amerikanischen Geschichte und gilt dem Idealisten sogar noch jetzt als Maßstab für die Beurtheilung und Auffassung der Amerikanischen Politik. Der Grund dafür liegt auf offener Hand. Die Staatsmänner aus den Zeiten der Revolution, ein Jefferson, Jay, Madison u. A. stehen dem Verständniß der Europäer deshalb so nahe, weil sie von der Französischen Philosophie des 18. Jahrhunderts gebildet und groß gezogen sind und deren Idealen in ihren Schöpfungen Gestalt und Form zu verleihen suchten. Die Unabhängigkeits-Erklärung Jefferson's und die Französische Erklärung der Menschen-Rechte sind Kinder eines und desselben Geistes; sie sind poli-

tisch-philosophische Dithyramben, die zu den erhabensten, großartigsten Denkmalen der Geschichte gehören und erst aus dem Zusammenhange mit ihrer Zeit gerissen, vor der Kritik die Probe nicht aushalten können.

Thomas Jefferson (1742—1826) repräsentirt am reinsten dies Empfangen und Zurückgeben, dieses lebendige Wechselverhältniß zu Europa. Die Waffen, die er sich von dort geholt, zur Bekämpfung des einheimischen Feindes, trägt er beim Ausbruch der Revolution selbst dahin zurück. Er war damals Gesandter in Paris, lebte aber mehr in Versailles bei den Generalständen als Freund und Rather der Oppositionspartei. Er war Zeuge der Scenen im Ballsaal, der Einnahme der Bastille und der Nacht des 4. August und hielt nach seiner Rückkehr dieselbe stolze Fahne noch hoch aufrecht, nachdem sie längst in Europa vom Napoleonischen Despotismus mit Füßen getreten war. Bei dem bloßen Namen Jefferson's muß jeden Europäischen Politiker selbst hier heimathlich zu Muthe werden. Er ist Fleisch von unserm Fleische und Blut von unserm Blute und nicht allein der Mann des Gedankens und der politischen Theorie, sondern auch der weitsehende, scharfsinnige Staatsmann und einsichtige Parteigründer. Auch sein Aeußeres, namentlich Kopf und Ausdruck des Gesichts, erinnern ganz entschieden an die Physiognomien der Aufklärungsphilosophie. Er zeigt weder die biedermännische Gutmüthigkeit Washington's, noch die einseitige und strenge Abgeschlossenheit Calhoun's, noch sonst eine Aehnlichkeit mit einem hervorragenden Amerikaner. Um die Lippen des Mannes schwebt ein feines sarkastisches Lächeln; das Auge ist klar und heiter; die Stirn frei und gewölbt; beide auf ruhigen Entschluß und große Willenskraft hindeutend. Wenn ich mich lange in Jefferson's Portrait und seine einzelnen Züge vertiefe, so denke ich unwillkührlich an Ferney und den lachenden Genfer See, an Paris und seine geistvollen, weltbeherrschenden Salons, an

Gironde und Convent und an alle Europäischen Glanzpunkte in der Geschichte des vorigen Jahrhunderts — aber nur nicht an Amerika. Jefferson lieferte, als einer der ersten aller Politiker, den praktischen Beweis: daß ein Mann nicht trotz, sondern erst durch Philosophie den richtigen Standpunkt zum Handeln und zur Bethätigung gewinnt. Er hat zu einer Zeit, wo jede Aeußerung des Volkslebens durch gouvernementale Maßregeln niedergehalten wurde, die moderne Weltanschauung ins Staatsleben eingeführt und das souveraine Individuum zum Anfangs- und Ausgangspunkte aller Politik gemacht. Das ist seine größte, unsterblichste That. Nach seinem Amtsantritte war einer seiner ersten Akte die Aufhebung der Fremden- und Aufruhr-Gesetze, welche die bornirte Angst vor Europäischem Einfluß dem älteren Adams diktirt hatte, und fast zur selben Zeit sicherte er den Vereinigten Staaten den Besitz der Mississippi-Mündungen durch den Ankauf von Louisiana. Jefferson verläugnete während seines langen politischen Wirkens nie die kosmopolitische und humane Schule der Encyclopädisten, der er seine Bildung verdankte, und erlangte nur durch sein Festhalten an ihr den weitgreifenden Einfluß auf die Gestaltung der Parteien und Geschichte seines Vaterlandes.

Hätte ein Mann wie Jefferson schon in jedem anderen Lande nicht zu den Götzen der Menge gehört, um wie viel weniger hier, wo seine ganze Bildung im schroffen Gegensatz zu den Anschauungen des Volkes stand; hier, wo das kirchliche Dogma noch jetzt mächtig genug ist, den Maßstab für den Werth und die Bedeutung eines Staatsmannes abzugeben. Der nüchterne, nur seine nächsten Ziele erkennende Verstand der Amerikaner nahm Jefferson's philosophische Grundsätze nur mit innerm Widerstreben und dem stillen Vorbehalt an, sich ihrer zu entledigen, sobald sie mit seiner Auffassung der materiellen Interessen in Widerspruch treten oder diesen sogar gefährlich zu werden drohte.

Jefferson mußte es selbst noch erleben, daß die Worte seiner Unabhängigkeits-Erklärung im Congresse lächerlich gemacht wurden, und er mußte es sich gefallen lassen, daß seine Lehre von der Selbstregierung von Denen, die sich seine Schüler nannten, zur politischen Marotte und Caprice der Sklavenhalter ausgebildet wurde.

John Caldwell Calhoun (1782—1850) ist der Mann, welcher den Uebergang von Jefferson's idealer und philosophischer Staatsauffassung zur einseitig realistischen Staatsroutine bildet, die nichts als die Bedürfnisse und Forderungen des Augenblicks kennt und in deren Erledigung das höchste Ziel der Politik erblickt. Trotzdem ist er selbst noch Idealist, ja Fanatiker mit der ganzen nervösen Erregbarkeit des Amerikaners. Selbst im späteren Alter sieht sein Gesicht noch aus wie ein Schlachtfeld, auf welchem kühne Gedanken und klare Ideen mit den verworrensten Phantasiegebilden kämpfen. Seine Züge sind wie von Leidenschaften durchfurcht und selbst gegen sein Ende hin mangelte seiner äußeren Erscheinung jene gewinnende Ruhe, welche z. B. Henry Clay charakterisirte und zum Liebling des Volkes machte. Calhoun war es namentlich, der an Jefferson sich anschloß, so lange der Vortheil des Südens ein Festhalten an dessen philosophischen Grundsätzen verlangte, der aber mit dem Uebermuthe eines Parvenu auf sie herabblickte, sobald sie seinen Zwecken und Plänen im Wege standen. Die Lehre von der Gleichheit aller Menschen ist ein Unsinn, lacht Calhoun, aber — fährt er fast in dem selben Athem fort — das demokratische Prinzip der Verfassung verbietet der Föderal-Regierung jeden Eingriff in die Rechte der Einzelstaaten und begründet für diese das Recht der Secession und Nullification. So leitet Calhoun, wenn auch der geschworne Feind aller Vereinbarung, doch die Aera aller nun folgenden Compromisse ein; denn wer sich erst eine Blumenlese aus den Consequenzen macht, ohne die sie bedingenden

Prämiſſen anzuerkennen, der wird auch bei einem politiſchen Dilemma nie zweifelhaft ſchwanken, ſondern nach dem greifen, was ſeinem Vortheile zunächſt liegt und ſelbſtredend die feierlichſten Proteſte und heimlichſten Vorbehalte nie vergeſſen. Die Launen der Einzelnen oder das Belieben einer kleinen Minderheit macht ſich denn auch mit Calhoun's politiſchem Auftreten als Nothwendigkeit breit und nagt an den richtig geſetzten republikaniſchen Prinzipien. So reißt ſie einen Beſtandtheil nach dem anderen von ihnen ab, bis zuletzt nichts mehr als der bloße Name davon übrig bleibt, und bis der dürftige vertuſchende Nothbehelf ſich ſelbſt immer wieder verdrängt. Calhoun iſt es, der in der Art eines habſüchtigen Gläubigers nur deshalb ſo hohe Forderungen an den Norden ſtellt, weil er dann wenigſtens auf kleine Abſchlagszahlungen rechnen kann. „Unſer ganzes Recht muß uns werden!“ ruft er bei Tag und Nacht. „Es iſt ſo ſchlimm nicht gemeint,“ erläutert Clay, die nothwendige Ergänzung von Calhoun, „zahlt uns nur etwas und wir ſind zufrieden!“ Natürlich bewilligt der Norden die verhältnißmäßig beſcheidenere Forderung und ebenſo natürlich nimmt Calhoun ſie an, ohne das ganze Recht herauszukehren.

Calhoun war ſeit 1811 in verantwortlichen Stellungen mit der Bundesregierung verknüpft und als Repräſentant, Senator, Vizepräſident und Miniſter bei den größten Ereigniſſen der Geſchichte der Vereinigten Staaten betheiligt. Er war unbedingt einer der bedeutendſten und gälte vielleicht nach Waſhington als der erſte und gefeiertſte aller Amerikaniſchen Staatsmänner, wenn ſein ganzes politiſches Leben nicht einem großen Irrthume gewidmet geweſen wäre; wenn er nicht das ſubjective und ſchrankenloſe Belieben des Einzelnen mit der Freiheit Aller verwechſelt und damit den Grund zu dem ſchamloſen Despotismus der ſüdlichen Oligarchie gelegt hätte. Er prach verhältnißmäßig ſelten und dann kurz, hatte wenig Grazie,

aber eine hinreißende Gewalt durch seine logische Schärfe und seine edle Persönlichkeit. Er, der Verächter aller Abstraction, fiel ihr selbst, ja sogar der spitzfindigsten Sylbenstecherei anheim, wenn es galt, die Sklavenhalter und die südlichen Interessen zu vertheidigen. Jefferson wollte die individuelle Freiheit und den in ihr wurzelnden Staat für Alle; Calhoun aber nur für die Herren. Jefferson war von keinem Partei-Interesse präoccupirt, als er seine politischen Ueberzeugungen ins Leben einführte; Calhoun hatte erst die Partei und dann versuchte er ihre Interessen theoretisch zu rechtfertigen und zu begründen. Wenn Jefferson sich nach Französischem Vorbild damit behalf, daß er den Majoritäten die Entscheidung über die öffentlichen Angelegenheiten anheim gab, so entwarf Calhoun ein fein ausgedachtes System von Schutzmitteln, um die Minorität gegen die Unterdrückungen der Majorität zu schützen.

Sein hinterlassenes Werk „Disquisition on the government“ sucht ausschließlich die Verderblichkeit des Despotismus der Mehrheit und zugleich die Nothwendigkeit einer Constitution der Gesellschaft zu beweisen, in welcher so viel als möglich jeder Mann und jedes Interesse vertreten sein soll. „Eine Regierung — das ungefähr sind die Grundzüge dieses merkwürdigen Buches — ist nöthig, um die Gesellschaft vor egoistischen Uebergriffen zu schützen. Doch da ihre Macht in Hände von Individuen gelegt ist, welche in der Regel ihre eigenen Interessen dem allgemeinen Besten vorziehen, so ist eine Verfassung nöthig, um die Regierung einzuschränken. Es fragt sich also, wie soll das Publikum gegen Gewalt, Mißbrauch, Erpressung, Unterdrückung und Unrecht geschützt werden? — Das freie Stimmrecht erwählt nur eine herrschende Mehrheit, welche sich an die Stelle der früheren Autorität setzt, und welche im Uebrigen ganz dieselben Neigungen und Gelüste hat. Die freie Presse kann auch nichts ändern, denn sie lehnt sich immer

auf die Seite, wo die ſtärkſten Intereſſen herrſchen, und verſchlimmert und vertuſcht alſo nur das Uebel. Die einzige Möglichkeit zur Löſung dieſer Schwierigkeit wird darum nur in den „concurrirenden Mehrheiten“ gefunden; ſie bilden den Gegenſatz zu den numeriſchen Mehrheiten und geben den bedrohten Theilen oder Intereſſen der Geſellſchaft das Recht der Negation und der Trennung von den ſie bedrohenden Handlungen der anderen Theile und Intereſſen. Wie in der Römiſchen Republik die Macht der Patricier durch das unbedingte Veto der Tribunen eingeſchränkt war; wie auf den Polniſchen Reichstagen jedes Mitglied ein freies Veto hatte, ſo ſoll in den Vereinigten Staaten jeder einzelne Staat das Recht und die Macht haben, bei Verletzung oder Schmälerung ſeiner Rechte einen ſolchen beeinträchtigenden Akt zu vernichten.“

Ich brauche den inneren Werth und die Haltbarkeit dieſer keineswegs neuen Doctrin hier gar nicht weiter zu unterſuchen, da ſie ſich ſchon von vornherein durch Aufſtellung eines Unterſchiedes zwiſchen Freien und Sklaven nicht über das Niveau des antiken Staatsrechts erhebt und da ſie ſich durch ihre Beziehung auf die Polniſche Adelsrepublik ſelbſt ihr Verhältniß zur neueren Zeit angewieſen hat. Sie kann darum auch keinen Anſpruch darauf machen, mit den Doctrinen der Neueren, z. B. Proudhon's Lehre von der Anarchie, auf einen Fuß geſtellt zu werden, wenn ſie auch in ihren Schlußfolgerungen mit ihnen übereinſtimmt. Neu an dieſer ariſtokratiſchen Lehre ſcheint mir nur ihre Anwendung auf Verhältniſſe zu ſein, die ſich auf demokratiſche Prinzipien ſtützen, denn dies geprieſene Calhoun'ſche non plus ultra perſönlicher Freiheit, die für ſich und ihre Kaſte Alles, für Andere nichts als Unterdrückung und Knechtſchaft will, iſt ganz Eins mit dem autonomen Prinzipe, welches den Thron jedes Autokraten trägt und in Europa in der abſoluten Monarchie ſeinen eigentlichen Ausdruck findet.

Bekanntlich machte die Legislatur von Süd-Carolina diese Calhoun'schen Nullificationsgrundsätze an den ihrigen. Sie erklärte die dem Süden unannehmlichen Tarifgesetze von 1828 durch Beschluß vom 27. November 1832 für null und nichtig. Virginien, Alabama und Georgia schlossen sich an Süd-Carolina an, ließen sich indessen durch die von Jackson nach Charleston gesandten Truppen und die in der ganzen Union sich zeigende Mißbilligung, sowie endlich durch Clay's Zoll-Compromiß von thätlicher Widersetzlichkeit abhalten.

Calhoun's Theorie dient aber den südlichen Interessen immer noch als Haupt-Waffe gegen die Central-Regierung und den Norden; sie ist das Dogma aller „gesunden" südlichen Demokraten, die mit einer fast religiösen Verehrung für ihren Patriarchen schwärmen. Der Charakter des Mannes muß aber selbst seine Feinde zur Anerkennung zwingen. Es liegt in ihm jene antike Virtus, die an die Blüthezeit der Römischen Republik erinnert; jene unbeugsame Energie, die sich mit ihrem ganzen Sein einer Sache hingiebt; jene männliche Strenge, die mit ihrem ceterum censeo auf den Lippen stirbt. Und gerade diese Seite des „iron cast man" scheint mir von seinen nördlichen Landsleuten nicht genug gewürdigt zu werden. Er kannte keine Furcht und suchte keines Menschen Gunst; er verschmähte die Präsidentschaft und verachtete die Popularität, weil er für ein Prinzip kämpfte. Er haschte nicht nach Effekt und zeigte kein erborgtes Pathos, weil er innere Würde hatte. Ein Zug aus seinem Leben bezeichnet am besten sein ganzes Wesen. Als Calhoun, von Jackson mit dem Galgen bedroht, nach jener Nullifications-Erklärung zum ersten Male wieder in den Senat trat und Jeder erwartete, er werde wegen Hochverraths in Anklagezustand versetzt werden, leistete er würdevoll den Eid auf die Constitution, vertheidigte mit kühner Stirn und fester beredter Stimme seine Nullifications-Beschlüsse und wandte durch seinen unerwarteten Angriff jede Gefahr von sich ab. —

Die zweite Periode in der Geschichte der Vereinigten Staaten wird durch den Kampf der Baumwollenpflanzer und Sklavenhalter um die ausschließliche Herrschaft ausgefüllt und ist noch immer nicht geschlossen. Das Wollen und Verlangen, Hoffen und Streben dieser Zeit charakterisirt sich am besten in ihren leitenden Männern, und wie Jefferson der ersten Periode ihren eigentlichen Ausdruck verleiht, wie Calhoun den Uebergang von der ersten zur zweiten bildet, so spiegelt sich in Daniel Webster der Charakter der letzteren am deutlichsten ab. Ich habe oben jene das Zeitalter der Ideen ohne Baumwolle und diese das Zeitalter der Baumwolle ohne Ideen genannt, um den krassen Gegensatz klar zu machen, der zwischen beiden in den Bestrebungen der Amerikanischen Politik liegt. Ich könnte ebenso gut das erstere als die philosophische und das letztere als die advokatische Periode der Vereinigten Staaten-Geschichte bezeichnen.

Es handelt sich fortan nicht mehr darum, einen neuen Staatsverband zu gründen und zu organisiren, sondern es kommt nur darauf an, den bereits bestehenden gehörig auszubeuten. Der Acker- und Landbau in seiner harmlosen Vereinzelung hatte den compakteren Fabrikanten- und Pflanzer-Interessen das Feld räumen müssen, und diese beiden kämpften, ihn zwischen sich nehmend, jetzt um die unbestrittene Herrschaft. Ihre bezahlten Bundesgenossen waren und sind aber die Advokaten, welche es jetzt fast ausschließlich mit der Auslegung der bereits gegebenen Constitution und Gesetze zu thun haben, diese vom civilrechtlichen Standpunkte aus beleuchten und über dem Buchstaben am ersten den Geist der Zeit und seine Forderungen vergessen. Die Politik wird bürgerlicher Erwerbszweig und ein einträgliches Geschäft, das namentlich im Norden der Advokat als die dazu am besten passende Persönlichkeit besorgt. So nimmt er das Schicksal des Landes in seine Hand und bestimmt seine Gegenwart und Zukunft. Webster aber ist

das Ideal eines Advokaten; er ist von Kopf bis zu Fuß nur Advokat und plaidirt Alles, was ihm unter die Finger geräth, mit gleichem Geschick und Eifer, vorausgesetzt, daß die Bezahlung gut ist. Es lebe der Erwerb! —

Bei Calhoun und den ihm voraufgehenden Politikern der Jefferson'schen Schule thut uns der Ernst und die Energie ihrer Ueberzeugung so wohl, mit der sie für ihre Sache eintreten, das tiefe persönliche Interesse an ihrem Erfolge, die Freude über ihren Triumph und der Schmerz über ihre Niederlage. Webster dagegen kennt nicht diesen innigen Zusammenhang mit dem, wofür er in die Schranken tritt. Er argumentirt gut, spricht gewandt und bis zu einem gewissen Grade überzeugend; aber er ist dabei stets ruhig, kalt und gemessen, und wenn er gesprochen hat, so ist der Gegenstand für ihn abgethan. Seine beste Kraft liegt in der Erklärung und scharfsinnigen Zergliederung eines gegebenen Thema's. Sein Haupt-Ehrenname ist darum auch außer dem „göttlichen Daniel" „the great expounder" (der große Ausleger). Es gelingt aber Webster nie, seine Zuhörer zu jenem lyrischen Enthusiasmus hinzureißen, welcher in so vielen Fällen den Erfolg eines Redners entscheidet; er versteht es überhaupt nicht sich an das Gefühl zu wenden. Höchstens citirt er als Rührungsmittel, wenn er einmal unwillkührlich in's Pathos fällt, einen Bibelspruch oder eine alte abgedroschene Moralsentenz, indem er bei seiner unabläßigen juristischen und politischen Thätigkeit wenig Kenntniß von der modernen Englischen Literatur gehabt zu haben scheint. Einige Stunden vor seinem Tode ließ er sich als geistiges Labsal die Gray'sche Dorfkirchhofs-Elegie vorlesen. Und nun spreche man noch von deutscher Sentimentalität! —

Webster war unfruchtbar an großen Gedanken und unfähig, etwas Neues zu schaffen oder nur sein Thema zu generaliſiren und sich selbst in die Sphäre des Allgemeinen zu

erheben. Er sah als echter Advokat nur den bestimmten vor ihm liegenden Fall, und alle seine Schriften verdanken nur einer äußeren politischen oder gerichtlichen Veranlassung ihre Entstehung. Er ist nirgend productiv oder originell. So sehr auch das schöne Aeußere des Mannes, seine imponirende Haltung und seine einnehmende Gestalt, sein volles Organ, seine ruhige Selbstbeherrschung und Selbstbeschränkung, so wie seine klare Bewältigung des Stoffes den geborenen Redner in ihm erkennen ließen, ebensowenig vermochte er sich im öffentlichen Leben von seiner advokatischen Auffassungsweise frei zu machen, und deshalb knüpft sich keine große politische That an seinen Namen. Er wurde stets von den Ereignissen in's Schlepptau genommen. Alle Maßregeln, die er vertheidigte, wurden vom Volke verworfen und verdammt, während die von seinen Gegnern bevorworteten von großer politischer Tragweite waren und einen hervorragenden Platz in der Geschichte der Vereinigten Staaten einnehmen. Webster war nicht, wie einige seiner Verehrer mit vollen Backen in die Welt posaunten, zu groß, um populär zu sein; er war nicht groß, nicht uneigennützig, nicht kühn genug, um der Mann des Volkes werden zu können. Er war vor Allem kein politischer Charakter.

Webster hat seinen Namen mit einem unauslöschlichen Brandmal befleckt, weil er, wenn auch nicht identisch, doch auf's Engste mit jener Maßregel verbunden war, welche ihren schlimmen Einfluß auf die Geschicke der Vereinigten Staaten schon ausgeübt hat und noch ausüben wird. Ich meine das Jagdgesetz gegen flüchtige Sklaven vom Jahre 1850, welches, wenn auch von Anderen in den Congreß eingeführt, doch durch Websters mächtige Stimme dem Lande aufgeknechtet wurde. Am 7. März 1850 hielt er seine bekannte Compromißrede, worin er, der frühere Gegner der Ausdehnung der Sklaverei, der Feind des Missouri-Compromisses und der Vertheidiger des Wilmot Proviso, entschieden auf die Seite

der Sklavenhalter trat. Und das zu einer Zeit, wo die Sklaverei-Interessen nicht mehr schwach waren, wo sie nicht mehr um Entschuldigung wegen ihrer Existenz baten, sondern in einem Augenblick, wo sie bereits angreifend auftraten und die freien Staaten mit unbegränzter Ausbreitung und Herrschaft bedrohten. Ralph Waldo Emerson bemerkt in einer seiner kürzlich in New-York gehaltenen sklavengegnerischen Reden: „Man sagt von uns Amerikanern, wir schätzten die Geriebenheit zu hoch und die Ehre zu gering. Wenn dies der Fall, so ist ein solcher Fehler und ein solches Unglück, der ganz besondere Fehler und das ganz besondere Unglück Webſters.“

Es liegt eine erniedrigende Schmach in seinem schnellen Gesinnungswechsel. Calhoun, obgleich der unbedingte Vertheidiger der Sklaverei, ist ein Mann aus einem Guß, der trotz seiner verkehrten Politik hoch in der Achtung jedes Amerikaners steht; Henry Clay, der Vater aller Compromisse seit 1820, gilt mit Recht als einer der uneigennützigsten und reinsten Patrioten, mochten die schlimmen Folgen seiner Politik auch nicht seinen guten Absichten entsprechen. Sie gehörten zudem Beide Sklavenstaaten an, und Niemand fand ihre Handlungen im Widerspruch zu ihrer inneren Ueberzeugung. Nun aber tritt Webſter, der Senator des Staates, welcher vom ersten Tage seiner Selbstständigkeit an der unerschütterliche Feind der Sklaverei war, seinen Wählern gegenüber und sagt: „Es hilft nichts mehr, der Baumwolle gehört unsere Gegenwart und Zukunft, die Sklavenmacht ist so stark, daß wir uns in Demuth beugen und unsere bessere Erkenntniß zum Schweigen bringen, daß wir Menschen-Diebe und -Jäger werden müssen.“ Der demoralisirende Einfluß einer solchen Apostasie war um so größer, als sie Niemand sich träumen ließ, und dem damals im Glanzpunkte seines Ruhmes stehenden Webſter kein Mann gegenüber trat, der es an Einfluß und Bedeutung mit ihm hätte aufnehmen können. Ja, nicht genug damit: Webſter

zeigte sich auch darin als wahren Renegaten, daß er mit größerem Eifer, als die Südländer selbst jede Opposition gegen das Sklavenjagdgesetz und das Compromiß von 1850 als Verrath bezeichnete und verfolgte; daß er den Bostoniern den guten Rath gab, sie sollten ihre Vorurtheile besiegen und alle Agitation gegen die Sklaverei bei sich unterdrücken. In diesem Falle, fügte er hinzu, würde sich der Süden auch zu einer Erhöhung der Eingangszölle verstehen, welche Schutzmaßregel in dem industriellen Massachusets und überhaupt in den New-England-Staaten als eine der ersten Lebensfragen gilt. An diesen Köder biß der ganze Norden; aber ebenso natürlich ließ der Süden auf Erfüllung seiner Versprechungen vergebens warten.

Als Webster so handelte und sprach, gehörte er schon nicht mehr sich selbst, sondern der hohen Finanz von Wallstreet in New-York und Statestreet in Boston. Er wurde baar für seine der Sache der Ruhe und Ordnung gewidmeten Dienste bezahlt, nach Einigen mit 50,000, nach Anderen mit 100,000 Dollars, und wenn selbst diese Summen nur annähernd richtig sein sollten, so ist doch so viel gewiß, daß er sich mit Haut und Haaren den Baumwollen-Interessen verkauft hatte und daß selbst seine besten Freunde ihn von diesem Vorwurf nicht rein waschen konnten. Im günstigsten Falle möchte ich auf ihn die Kritik jenes Bauern anwenden, der, um seine Meinung über einen bauernschindenden Advokaten befragt, zur Antwort gab: „Er ist ein ehrlicher Mann, aber man kann es ihm nicht beweisen.“

Websters Stellung zur inneren Politik bedingte natürlich auch sein Auftreten nach Außen hin. Er war bekanntlich bis zu seinem Tode Staatssecretair unter Fillmore. Voller Rücksichten gegen England, welches er ungestört in Central-Amerika gegen die Vereinigten Staaten intriguiren ließ; nachgiebig selbst gegen Spanien in Fällen, wo Amerikanische Bürger und

Schiffe von Cubanischen General-Capitänen mißhandelt wurden, ließ er sich sogar von den Gesandten beider Länder und Frankreichs ein Schutz- und Trutzbündniß zur Sicherung Cubas für Spanien bieten, ein Vorschlag, der selbst Fillmore zu entwürdigend schien, als daß er darauf hätte eingehen können. Desto ungestümer und entschiedener fordernd benahm sich Webster aber gegen kleinere oder in ihrem Verhältniß zur Union ohnmächtige Staaten, wie dies der Streit mit Peru über die Guano-Inseln und der Brief an Hülsemann, den österreichischen Minister-Residenten zur Genüge beweisen. Es ist übrigens bezeichnend, daß dieser eine Brief, dessen herausfordernde Redensarten am besten durch Websters Thaten oder vielmehr Unterlassungen Lügen gestraft werden, daß dieser eine Brief das Volk alle Demüthigungen und Mißhandlungen vergessen ließ, welche dem glorreichen Sternenbanner unter Websters Ministerium in so reichem Maße zu Theil wurden, und daß sich die Zeitungen noch heute über seinen eigentlichen Verfasser — ob Webster oder Everett? — wie über eine Sache von höchster politischer Wichtigkeit herumstreiten.

Webster ist jetzt erst 1½ Jahr todt; aber seine concessionssüchtige Politik hat bereits ihre reichen Früchte getragen. Die alten Partei-Unterschiede haben sich in ihr Nichts aufgelöst; Demokraten und Whigs existiren nur noch dem Namen nach als verwitterte Ruinen und die Sklavenhalter herrschen unbedingt. Von Pierce an, der nur durch die Coalition der conservativen Interessen zum Präsidenten ernannt wurde, bis auf den geringsten Waagenmeister im Zollhaus ist Alles demokratisch gesund, d. h. Fanatiker für die Interessen des sklavenhaltenden Südens. Wenn sich jede Despotie dadurch charakterisirt, daß in ihr das Privat-Interesse das öffentliche ist, so stehen die Vereinigten Staaten auf derselben Stufe politischer Corruption, und hier wie dort, um die Parallele bis in die kleinsten Züge zu bewahrheiten — ist jeder Anwalt der

öffentlichen Freiheit ein Geächteter. Man ehrt die Niederträchtigkeit, belohnt die Mittelmäßigkeit, ja man vertraut ihr die öffentlichen Aemter an. Wer nicht mit dem Strome ſchwimmt, der iſt ein Abolitioniſt und Infidel, was hier ungefähr ſo viel als drüben rother Republikaner, Atheiſt und Communiſt heißen will.

Um ſich dem allmächtigen Süden angenehm zu machen, kommen die nördlichen Politiker deſſen Bedürfniſſen und Wünſchen auf halbem Wege entgegen, und was ſelbſt ſüdliche Politiker nicht zu verlangen wagten, das fordert jetzt in ſeiner Nebraska-Bill der Senator Stephan Arnold Douglas von Illinois, der es ſich zur Ehre rechnet, obgleich ein geborner Nordländer, doch ein Politiker mit ſüdlichen Grundſätzen zu ſein. Die alten Compromiſſen hindern die unbeſchränkte Ausdehnung der Sklaverei und dieſelben Männer, welche ſie geſchaffen, arbeiten jetzt an der Zerſtörung ihrer eigenen Werke, ein revolutionairer Act, der ſelbſt vor ſeiner Bedeutung und Tragweite erſchrickt und darum halb ungeſtüm, halb ſcheu und zagend ins öffentliche Leben tritt.

In Europa nickte man höflich Beifall, als der alte Helvetius den als bon mot belachten Satz aufſtellte: „Hätte die Peſt Orden und Penſionen zu vergeben, ſo würden ſich Juriſten genug finden, die ſo niedrig wären zu behaupten, daß die Herrſchaft der Peſt von Gottes und Rechts wegen beſtände, und daß ſich ihr zu widerſetzen und ihren bloßen Einflüſſen zu entziehen, Hochverrath wäre.“ Hier zu Lande wird ſelbſt heute noch Jeder die Wahrheit dieſes Satzes anerkennen, und in der Behandlung und Vertheidigung der Sklavenfrage ſeine volle Beſtätigung finden.

Douglas eben iſt der Mann, welcher der Sklaverei durch ſeine Nebraska-Bill in alle neuen Territorien den Weg bahnen will. Ich brauche ihn hier nicht zu charakteriſiren, da er noch im Anfange ſeiner politiſchen Laufbahn ſteht, und da er außer-

dem sich ganz ungeschminkt in jener Bill giebt, deren Kritik und Besprechung den Gegenstand eines spätern Abschnittes bilden wird. Dagegen kann ich mir um so weniger versagen, gleich hier die Entwickelung von Douglas zu skizziren, als sein Leben einen hier häufig vorkommenden politischen Typus bildet und auch einen tiefen Blick in die Bildung selbst hervorragender Führer des hiesigen öffentlichen Lebens thun läßt.

Stephan Arnold Douglas, 1810 in ärmlichen Verhältnissen im Staate Vermont geboren, verlor früh seinen Vater, wurde darauf Schreiner und begann erst, als seine Mutter sich zum zweiten Male verheirathete, sich im Westen des Staates New York dem „Rechts-Geschäft“ zu widmen. Von dort ging er nach Cleveland in Ohio und dann weiter nach Jacksonville in Illinois, wo er erst Gehülfe eines Auctionators, später Schulmeister war und sich zuletzt 1834 als Advokat niederließ. 1835 trat er als Mitglied des Repräsentanten-Hauses in den Congreß, wurde nach Ablauf seiner Dienstzeit Registrator des Landamtes zu Springfield in Illinois, 1840 Staatssekretair dieses Staates und sieben Monate später Richter des höchsten Gerichtshofes. Nach zwei Jahren legte er diese Stelle nieder und begann seine Laufbahn als nationaler Politiker von Neuem. 1843 wieder in den Congreß gewählt, war er in der Oregon-Frage entschieden gegen England und später für den Krieg mit Mexico. Seit 1847 ist Douglas Senator und sucht sich von 1850 an als einer der entschiedensten Compromißmänner und Erfinder der „manifest destiny“ oder Jung-Amerikanischen Partei, den Weg zum Präsidentenstuhle zu bahnen. Im vorigen Jahre besuchte er Europa, von wo er als unbedingter Bewunderer Louis Napoleons und des Czaaren zurückkehrte. — „Im ganzen westlichen Europa“, sagte er dem Letzteren bei einer Revue in Petersburg, „sah ich nur Untergang und Verwesung; aber in Ew. Majestät Staaten begegne ich überall der aufstrebenden, vielversprechendsten Zukunft.“

Douglas ist durch und durch ein pfiffiger Advokat, ein gewandter und ehrgeiziger Politiker, dabei ein guter Stumpredner und spitzfindiger Wortklauber in der formellen Behandlung seines Themas. Er läßt keine Gelegenheit vorübergehen, durch die er sich für das „Weiße Haus“ empfehlen kann; aber er verrechnet sich, eben weil er blos pfiffig ist, doch in der Hauptsache. Er spricht und schreibt über jede politische Frage, agitirt in Volksversammlungen und öffentlichen Instituten und rechtfertigt seinen Beinamen: „der kleine Riese“ durch eine beispiellose Thätigkeit und Energie. 1852 fehlte wenig daran, daß er Präsident geworden wäre, und jetzt sucht er sich durch die Nebraska-Bill seine Ansprüche auf die Nachfolge von Pierce zu sichern.

In der Geschichte keines mir bekannten Landes läuft die staatsmännische Einsicht und die organisirende Thatkraft so schnell in der ohnmächtigsten Verwaltungs-Routine und in der offen zur Schau getragenen Geldmacherei aus. Die verschiedenen Parteien halten ein eifersüchtiges Wettrennen, um möglichst schnell, außer dem Beutesystem, jeden politischen Grundsatz über Bord zu werfen, um den Bedürfnissen des Augenblicks die weitgehendsten Concessionen zu machen und zugleich auf den Credit der Zukunft zu leben. Die Politik ist für sehr viele Politiker nichts mehr als ein ausgebildetes Raub- und Plünderungssystem, und Derjenige ist ihnen der einflußreichste Mann in Washington, welcher die verschiedenen Local- und Privat-Interessen so zu combiniren versteht, daß er die meisten Stimmen für seine persönlichen Zwecke gewinnt. Es giebt viel zu wenig Stimmen, die dort nicht ihren Marktpreis hätten. Nirgend sind darum auch die Politiker als solche mehr ver-

achtet, und wen es interessiren sollte, der kann täglich in den Zeitungen von den Schurken (rascals) in Washington, von den öffentlichen Gaunern, Verräthern und Spitzbuben lesen. Statt die höchste Ehre zu sein, ist hier die Stellung als Abgeordneter ein sehr zweifelhafter Anspruch auf Anerkennung.

Und das Volk? — Es läßt den Unfug geschehen, so weit es nicht unmittelbar von ihm berührt wird, Jeder geht seinem Privat-Erwerbe und seiner Bereicherung als höchstem Ziele nach; es wundert sich darum auch Niemand, wenn die Congreßmitglieder dasselbe thun. Nur zuweilen macht sich ein Schrei der Entrüstung Luft, um eben so schnell wieder zu verstummen, da in diesen Dingen hier keine öffentliche Meinung existirt. Es ist ein Glück für die Union, daß das hiesige Volksleben seine selbstständige, vom Staate unabhängige Entwickelung hat. Charakteristisch ist, daß man die Bundes-Regierung fern von den großen commerziellen Mittelpunkten in ein Landstädtchen verbannt hat, gleichsam als ob man ihr beweisen wollte, daß sie ein bloßer Luxus-Artikel, und daß die Vereinigten Staaten sich trotz Exekutive und Legislative ganz gut weiter entwickeln können. Die Constitution aber steht deshalb so unangefochten da, weil sie nur auf dem Papiere Leben hat; weil fast alle Verhältnisse und Interessen sich im directen Gegensatz zu ihr herausgebildet haben, und weil deshalb Niemand von ihrer Existenz Notiz weder nimmt noch zu nehmen braucht.

Die Vereinigten Staaten förderten bisher die rein geschäftlichen Interessen auf Kosten der Ideen, und hatten kaum zwei Menschenalter nöthig, um auf ihren jetzigen, blos merkantilen Standpunkt herabzusinken.

Die folgende Darstellung wird eins der interessantesten und bedeutendsten Stadien in diesem Entwickelungsprozesse näher auszuführen suchen.

II.

Als sich die Vereinigten Staaten vom Mutterlande losrissen, erklärte sich der erste Entwurf der diesen Akt motivirenden Unabhängigkeits-Erklärung auf's Entschiedenste gegen die Sklaverei, deren Begünstigung sogar dem Könige Georg III. als Capital-Verbrechen gegen das Volk der Colonien angerechnet wurde. Dieses war ihr, seiner großen Mehrheit nach, abgeneigt und hätte sich ihrer gern entledigt. Auch die Männer der Revolution, der treue Ausdruck der damaligen öffentlichen Meinung, drangen theils auf sofortige, theils auf allmählige Abschaffung der Sklaverei, der damals noch keine so tief gewurzelten ökonomischen Interessen im Wege standen. Außer den Reis und Indigo produzirenden Süd Carolina und Georgia wurden die Sklaven überall nur zu häuslichen Diensten verwandt und konnten eben so gut durch weiße Arbeiter ersetzt werden.

Nicht der Mangel an der erforderlichen Majorität, sondern blos der Wunsch, die Unabhängigkeit von allen dreizehn Colonien ausgesprochen zu sehen, veranlaßte Jefferson, jene die Sklaverei betreffende Stelle auf den von Süd Carolina und Georgia gedrohten Rücktritt aus seiner berühmten Erklärung zu streichen. Selbst während des Krieges machten einzelne Staaten verschiedene Emancipations-Anläufe. Schon 1778 hob Vir-

ginia, damals der bevölkertſte, reichſte und tonangebende Staat, jede Beſchränkung der Emancipation auf und verbot die weitere Einfuhr von Sklaven. Dieſem Beiſpiele folgten bald New York, New Jerſey, Maryland, Delaware und Pennſylvanien, welches letztere ſogar 1780 beſtimmte, daß alle von da an innerhalb ſeiner Gränzen geborenen Perſonen frei ſein ſollen. Maſſachuſets, mit ſeiner überwiegenden Puritaner-Bevölkerung, von jeher ein geſchworener Feind der Sklaverei, blieb nicht zurück und Rhode Island und Connecticut ſtellten ſich 1784 auf die Seite Pennſylvaniens. Ja, ſelbſt Nord Carolina erklärte 1786 die fernere Einfuhr von Sklaven für höchſt unpolitiſch und verderblich und legte auf jeden ſpäteren Import eine Steuer von fünf Dollars per Kopf.

Gleich nach dem Frieden und noch während des Continental-Congreſſes trat bei den Verhandlungen der nationalen Angelegenheiten die Sklaverei in den Vordergrund. Als es ſich um geſetzliche Beſtimmungen für das von Virginia abgetretene und noch unbebaute weſtliche Territorium, vom 31. bis zum 46. Breitengrade, handelte, verlangte Jefferſon 1784 u. A., daß nach dem Jahre 1800 in allen neu zu bildenden Gebieten und Staaten weder Sklaverei noch unfreiwillige Dienſtbarkeit gelten ſolle. Dieſer Vorſchlag, geſchichtlich berühmt als Jefferſon's Ordonnanz, ging damals nicht durch, weil nur ſieben ſtatt der vorſchriftsmäßigen neun von den dreizehn Staaten dafür waren. Jefferſon begab ſich 1785 als Geſandter nach Paris, und ſo blieb, da er die Seele der damaligen Freiheitsbewegungen war, die Sache eine Zeit lang ruhen. Im Jahre 1787 indeſſen, als die Territorial-Frage wegen der inzwiſchen von den nördlichen Staaten abgetretenen Gebiete vor dem alten Congreſſe wieder zur Verhandlung gelangte, wurde Jefferſon's Antrag, wenn auch nur für einen beſchränkten Raum, ſo doch in ſeinen Hauptzügen angenommen, und unterm 13. Juli 1787 einſtimmig das Geſetz erlaſſen, daß von allen

nordwestlich vom Ohio gelegenen Territorien die Sklaverei und unfreiwillige Dienstbarkeit für immer ausgeschlossen sein sollte. Diese, seitdem so berühmt gewordene Ordonnanz von 1787 bildet noch heute den Ausgangs- und Stützpunkt in den Controversen über die Gränze des Sklavengebiets. Zu derselben Zeit tagte in Philadelphia die für Entwerfung der neuen (jetzigen) Verfassung zusammenberufene National-Convention. Zu den Gegenständen, welche ihre Aufmerksamkeit vorzugsweise in Anspruch nahmen, gehörte u. A. auch die Bestimmung über die Importation Afrikanischer Sklaven, oder, — wie der Süden sich damals verblümt ausdrückte, — das Gesetz über Wanderung und Einführung solcher Personen, welche zuzulassen einzelne Staaten für gut befinden sollten. Der Continental-Congreß hatte nämlich schon im April 1776 ausdrücklich bestimmt, daß in keinem der Vereinigten Staaten Sklaven mehr eingeführt werden dürften, da dieser Handel unvereinbar mit den Grundsätzen der Revolution und Verfassung sei. Während der Dauer des Krieges hatten natürlich Englische Schiffe für genaue Befolgung dieses Gesetzes gesorgt. Gleich nach dem Frieden fingen jedoch Süd Carolina und Georgia den einträglichen Sklavenhandel wieder an, und beide Staaten wollten sich weder in ihm, noch im Halten von Sklaven selbst von der neuen Constitution beschränken lassen. Bei den darüber gepflogenen Verhandlungen zeigte sich zum ersten Male in der Geschichte der Vereinigten Staaten der schroffe Gegensatz zwischen Norden und Süden in seiner ganzen Schärfe. Die Erbitterung und Beweisführung war schon damals auf beiden Seiten ganz dieselbe, wie später und jetzt. Während ein Theil der Delegaten den schimpflichen Handel sofort und ganz abgeschafft wissen wollte und Gouverneur Morris von New York die Sklaverei für einen Fluch des Himmels erklärte, entgegnete ein anderer unter Führung von Pinkney von Süd Carolina, daß sein Staat ohne die Bewilligung des Sklavenhandels nicht in die

Union eintreten würde, da Süd Carolina und Georgia ohne Sklaverei gar nicht bestehen könnten. Die Delegaten anderer Staaten endlich wollten diesen Handelszweig durch starke Auflagen sehr erschweren oder ganz unmöglich machen, wie namentlich Delaware, Virginien und Marvland, deren Sklaveneigenthum bei dem möglichst schnellen Verbote ferneren Importes nur gewinnen konnte.

Theilweise erst durch sie hervorgerufen, theilweise sie ergänzend und näher bestimmend, verwob sich jener Streitpunkt eng mit der Debatte über die Frage: ob die neu zu gründende Föderal-Regierung befugt sein solle, Schifffahrtsgesetze zu erlassen und Ein- und Ausfuhrsteuern zu erheben.

Natürlich waren die südlichen Staaten als die einzigen schon damals nicht unbedeutenden Exporter heftige Feinde einer ihren Produkten aufzuerlegenden Steuer und ebenso fürchteten sie jede ihre Sklaven-Einfuhren vertheuernde Auflage. Die nördlichen ackerbauenden Staaten aber, besonders Pennsylvanien, betrachteten beide Steuern als eine gerechte und unerläßliche Quelle des öffentlichen Einkommens und die östlichen (New England) Staaten waren als Schiffs-Eigenthümer dafür, daß zu ihrer Sicherheit und Begünstigung dem Congresse die Befugniß zur Erlassung von Schifffahrtsgesetzen eingeräumt würde. Die mittleren Staaten, die bei diesen Fragen direct wenig betheiligt waren, verhielten sich gleichgültig dazu. War nun auch allen nördlich von Nord Carolina gelegenen Staaten die Abneigung gegen die Sklaverei gemeinsam, so kreuzten sich doch wieder ihre speciellen, näher liegenden Interessen und ermangelten so der durchgreifenden Einheit, welche beide Carolina's und Georgia beseelte. Diese sahen sehr gut ein, daß sie dem Norden nicht gewachsen waren, und legten sich daher gleichzeitig auf's Drohen, Nachgeben und Entgegenkommen, oder thaten auch, als ob sie sich vor der gegen sie verbündeten Uebermacht fürchteten. „Das Verbot der Sklaveneinfuhr wird

uns ruiniren," rief Pinkney, der energische Vorkämpfer des Südens in diesen Debatten; „eine Ausfuhrsteuer muß unserem Handel den Todesstoß versetzen; der Congreß wird, wenn ihm die Befugniß zur Erlassung von Schifffahrtsgesetzen eingeräumt werden sollte, daraus leicht Eingriffe in unser Vermögen herleiten." Diese Taktik verfehlte ihre Wirkung nicht.

Das aus je einem Mitglied jedes Staates zusammengesetzte Comité trug in seinem Berichte über die drei vereinten Fragen darauf an, daß der Congreß keine Exportsteuern erheben dürfe, erkannte ihm aber das Recht zu, Schifffahrtsgesetze zu erlassen und wollte die Einfuhr von Sklaven in die einzelnen Staaten nur bis zum Jahre 1800 nachgeben und ihnen zugleich eine 10 Dollars nicht übersteigende Steuer per Kopf auferlegen.

Aber auch jetzt gab Pinkney noch nicht unbedingt nach. Er beantragte: die festgesetzte Frist bis auf 1808 auszudehnen. Wenn das nicht geschehe, so würde die kaum gegründete Union wieder zerfallen und neues Blutvergießen die Folge sein; wenn aber sein Antrag angenommen würde, so wollte der Süden dem Norden zugestehen, daß der Congreß Handels- und Schifffahrts-Gesetze erlassen dürfte. Trotz der auf den oben angedeutenden Gründen fußenden Opposition Marylands und Virginiens wurde dieser „Handel," wie Gouverneur Morris ihn verächtlich nannte, Pinkneys Drohung gemäß abgeschlossen. Süd Carolina und Georgia bewilligten zu Gunsten der Kaufleute des Nordens dem Congreß das Recht, Schifffahrtsgesetze zu erlassen. Die nördlichen Kaufleute räumten dafür den südlichen Reis- und Indigo-Pflanzern die Fortsetzung des Sklavenhandels bis zum Jahre 1808 ein und stellten die Ausführung der Klausel, welche anfangs kategorisch eine Steuer von 10 Dollars auf jeden eingeführten Sklaven gelegt hatte, dem Gutdünken der betreffenden Staatslegislaturen anheim.

Diese Vereinbarung war das dritte große Compromiß der

neuen Constitution. Das erste hatte den kleinen Staaten die gleiche Repräsentation mit den großen im Senate bewilligt; das zweite den Sklavenhaltern das Zugeständniß erkämpft, daß für die Wahl der Abgeordneten fünf Sklaven gleich drei Freien bei der Bevölkerungs-Abschätzung in Anschlag gebracht werden sollten. Die Wichtigkeit dieser Bestimmung scheint in ihrer vollen Tragweite damals vom Norden gar nicht erwogen und erkannt zu sein. Die Sklaven waren zu gleicher Zeit Waare, Eigenthum und politisch berechtigte Personen, die aber blos für ihre Herren politische Rechte und Willen hatten und ihrer Jedem im Verhältniß zum Norden zwei Stimmen verliehen. Nicht ganz so hart trifft der Vorwurf der Kurzsichtigkeit den Norden beim Compromiß über die Sklaven-Einfuhr bis zum Jahre 1808. Damals glaubte sowohl Norden als Süden, mit dem Aufhören des Letztern müsse auch allmählig die Sklaverei verschwinden. Diese Ansicht war damals in so fern berechtigt, als das Gebiet der Vereinigten Staaten sich noch auf die Atlantischen Küsten beschränkte, und als der spätere Hauptstapel-Artikel des Südens, der diesen zum interessirten Fanatiker für die Sklaverei machte, kaum noch existirte. Zudem arbeitete der Congreß zu jener Zeit mit Zustimmung aller Staaten der Ausdehnung der Sklaverei auf's Entschiedenste entgegen und ließ sie nur in den ursprünglichen Staaten als ein bereits bestehendes, nicht wegzuleugnendes Faktum gewähren. „Slavery as it exists in the states is beyond the reach of Congress, it is a concern of the states themselves; they have never it submissed to Congress and Congress has no rightful power over it," so definirte Daniel Webster 1837 in seiner berühmten „Niblo-Garten-Rede" die damals in dieser Frage herrschende Ansicht ganz treffend.

Als zwei wichtige Zugeständnisse hatte sich der Süden, unter welchem in jener Zeit nur Georgia und Süd Carolina

zu verstehen ist, durch seine Energie und hartnäckigen Drohungen bereits errungen, ehe überhaupt nur die neue Constitution ins Leben trat; sie dienten ihm nur als Sporn, noch rücksichtsloser fordernd aufzutreten, um noch mehr zu erlangen.

Die vom Kriege her hocherregte öffentliche Meinung ließ sich übrigens durch das Compromiß über den Sklavenhandel nicht so leicht schnell zum Schweigen bringen. In den größeren Städten des Nordens bildeten sich zuerst Abolitionisten-Gesellschaften. Der erste Präsident der in Philadelphia gegründeten war Benjamin Franklin; in New York war Jay Mitglied einer solchen Gesellschaft und die hervorragendsten Männer des Landes betheiligten sich dabei. Namentlich waren es auch die Theologen, welche das Interesse und die Agitation des Volkes gegen die Sklaverei warm erhielten und auf der Kanzel und in Versammlungen dagegen sprachen. Im Jahre 1788 empfahl die General-Versammlung der Presbyterianischen Kirche in einem Hirtenbriefe Abschaffung der Sklaverei und Unterricht der Schwarzen in der Religion; die Methodisten-Episkopal-Kirche verstieß Sklavenhalter als Mitglieder ihrer Gemeinde und die Quäker übertrafen wo möglich noch beide Sekten an Erbitterung gegen diesen „Fluch." — Die Quäker von Pennsylvanien, Delaware und New York waren es auch, welche diese Frage im Februar 1790 beim Congreß wieder anregten, indem sie, von der Pennsylvanischen Abolitionisten-Gesellschaft unter Franklin unterstützt, mitten in die Debatte über die öffentliche Schuld der Vereinigten Staaten eine Petition um Abschaffung der Sklaverei schleuderten. Die südlichen Mitglieder wandten sofort ein, daß dieser Antrag unconstitutionell sei, da der Congreß sich von 1808 gar nicht in die Sklavenfrage zu mischen habe, und verlangten deshalb unbedingte Verwerfung; die nördlichen Abgeordneten forderten, daß die Petition einem Ausschuß zum Berichte überwiesen werden solle. „Geschieht das," rief Burke „so wird durch alle südlichen Staaten die

Trompete des Aufstandes schallen!“ — „„Die bloße Diskussion dieses Gegenstandes,““ wandte Smith von Süd Carolina ein, „„verursacht Alarm; die vorgeschlagene Maßregel ist ein Angriff auf das Eigenthum des Südens!““ — „Rührt dieses an,“ drohte Jackson von ebendaher, „so löst Ihr die Union auf.“ „So lange Euere Agitation gegen die Sklaverei blos spekulativen Charakters war, ließen wir Euch gewähren;“ schrie der Süden im Chor; „jetzt aber, wo die Gefahr einer legislativen Einmischung vorhanden ist, stehen wir wie ein Mann für die Sklaverei ein.“

Trotz dieses Aufwandes von Drohungen ging die Petition an das Spezial-Comité, auf dessen Bericht hin der Congreß am 23. März 1790 in sein Journal eintrug:

1) daß er vor 1808 die Sklaven-Einfuhr nicht verbieten könne;
2) daß er kein Recht habe, in irgend einem Staat sich in die Behandlung und Emancipation der Sklaven zu mischen, indem es den einzelnen Staaten allein überlassen bleibe, in dieser Angelegenheit diejenigen Bestimmungen zu treffen, welche die Menschlichkeit und wahre Politik erheischen;
3) daß er das Recht habe, Bürger der Vereinigten Staaten vom Sklavenhandel mit Fremden abzuhalten und geeignete Bestimmungen für die menschliche Behandlung der Sklaven auf ihrer Reise zu treffen, wenn sie von solchen Bürgern in die derartige Importationen gestattenden Staaten eingeführt würden;
4) daß er endlich das Recht habe, Fremden die Ausrüstung von Sklavenschiffen in irgend einem der Häfen der Vereinigten Staaten zu verbieten.

Schon einige Tage später, am 26. März 1790, machte Nord Carolina von den neuen Bestimmungen die erste Anwendung, indem es bei dem von ihm als Territorium Teneſſee abgetretenen Lande die Bedingung stellte, daß der Congreß keine

Maßregeln ergreifen dürfte, die auf die Emancipation der Sklaven hinzielten. Die über diese Bedingung geführte Debatte ist nicht aufbewahrt; die insolente Forderung wurde aber nicht bewilligt. Die Sklaverei jedoch blieb von dem neuen Gebiete als südlich vom Ohio liegend nicht von vornherein ausgeschlossen, wie denn überhaupt auch bei jeder später erfolgenden Aufnahme eines Staates die Ohio-Linie als maßgebend für die Zulassung oder Ausschließung der Sklaverei erachtet wurde. In dieser Praxis liegt die beste Widerlegung der Anklagen des Südens, als habe der Norden von Anfang an die Sklaverei überall abschaffen wollen. Er wollte sie nur in den bisher ganz freien Gebieten nicht zugelassen wissen, während er weit entfernt war, sie durch ein ohnmächtiges Gesetz in Territorien zu verbieten, die ursprünglich von Sklavenhaltern bevölkert waren. Daß auch der Süden seiner Seits unverbrüchlich die Bestimmungen der Ordonnanz von 1787 beobachtete und sie den Interessen des Nordens für entsprechend hielt, zeigte sich einige Jahre später, als das Territorium Indiana, zu jener Zeit alles westlich vom Staate Ohio, nördlich vom Flusse Ohio und östlich vom Mississippi gelegene Land, beim siebenten Congreß um Aufhebung jenes Artikels im Gesetze von 1787 einkam, der die Sklaverei nördlich vom Ohio verbietet. Das über diese Bittschrift Bericht erstattende Comité unter dem Vorsitze von Randolph, einem Ultra-Südländer, hielt es für höchst gefährlich und ungeeignet, eine Bestimmung zu verletzen, „welche weise darauf hinzielte, das Glück und Gedeihen des Nordwestens zu befördern und seinen ausgedehnten Gränzen Stärke und Sicherheit zu verleihen“ und glaubte, „daß die Einwohner Indiana's in der heilsamen Wirkung dieser weisen und wohlwollenden Beschränkung in nicht ferner Zukunft reichliche Belohnung für eine zeitweise Entbehrung von Einwanderung und Arbeit finden würden.“

Der Congreß vermied es übrigens schon zu jener Zeit sorg-

fältig, die kitzliche Sklavenfrage zu berühren. Washingtons Cabinet und die Oppositionspartei fürchteten sich gleichmäßig davor. Die verschiedenen Petitionen der Abolitionisten-Gesellschaften blieben unbeachtet auf dem Tische des Hauses liegen. Im November 1792 erregte indessen ein Delawarer Quäker, Warner Mifflin, von Neuem den kaum beschwichtigten Sturm durch eine Petition gegen die Ungerechtigkeit und für die Abschaffung der Sklaverei. Steele von Nord Carolina trug im höchsten Zorn darauf an, daß sie sofort zurückgegeben, und daß selbst ihr Eintrag aus dem Journal ausradirt werde. Smith von Süd Carolina erblickte sogar in der bloßen Präsentation dieser Bittschrift die Verletzung einer dem Süden schuldigen Rücksicht, da sie Lehren begünstige, welche direct auf Zerstörung der südlichen Interessen hinzielten und eine schreckliche Insurrection hervorzurufen drohten; in letzter Instanz aber nur das Loos der Sklaven verschlimmerten. Einen solchen Insult seiner südlichen Mitglieder dürfe der Congreß nicht ungestraft hinnehmen; er müsse daher dem Verfasser seine Petition mit Bezeugung seines höchsten Mißfallens zurückgeben." Diese Sprache war zwar deutlich, aber sie konnte doch den Congreß noch nicht überzeugen, daß er das Petitionsrecht beschränken und aufheben sollte. Er gab jedoch dem Antragsteller seine Schrift zurück, nachdem Steele von seinem Verlangen auf Ausradirung abgestanden hatte. Also wie im Großen, so wurden auch im Kleinen Compromisse geschlossen.

Aber gleich im folgenden Jahre 1793 erkämpfte der Süden wieder einen wichtigen Triumph durch das vom Congreß erlassene Gesetz über Auslieferung der arbeits- und dienstpflichtigen Personen. Dies Gesetz ist der erste Schritt zu seiner später so glänzend errungenen Allgewalt und der Vater des berüchtigten Compromisses von 1850. Als es sich nämlich um gesetzliche Bestimmungen über Auslieferung flüchtiger Verbrecher handelte, erweiterte der Senat diesen (noch jetzt geltenden) Act

durch Ausdehnung auf die flüchtigen Sklaven dahin, daß in jedem Staate, wo der Schuldige gefunden wurde, sein Herr oder dessen Anwalt ihn ergreifen und vor einen Vereinigten-Staaten-Richter oder Stadtbeamten schleppen konnten, welcher dann auf den vom Besitzer gehörig geführten Beweis hin, diesen ein Certifikat ausstellte, wonach sie den Flüchtigen in den Staat zurück bringen durften, aus dem er entflohen war. Die Personen, welche einer solchen Ergreifung in den Weg traten, wurden mit 500 Dollars Strafe belegt, waren aber noch nicht verpflichtet, wie dies im Jahre 1850 gesetzlich bestimmt wurde, den Vereinigten-Staaten-Beamten oder den Besitzern zu helfen, geschweige denn für solche Unterlassung als Hochverräther verfolgt zu werden. Das Haus passirte dies Gesetz ohne jede Debatte. Man schien es allgemein für einen sich von selbst verstehenden Akt der Gerechtigkeit für das Eigenthum des Südens zu halten, obgleich es nirgend von Eigenthum, sondern stets von Personen spricht. Das Volk verhielt sich ganz gleichgültig dagegen und fühlte wohl deshalb seine Bedeutung nicht, weil die meisten freien Staaten ihren Beamten bei schwerer Strafe verboten, ein Gesetz auszuführen, welches die Befugnisse des Congresses überschritt, da dieser nach einer Entscheidung des obersten Gerichtshofes der Vereinigten Staaten den Beamten der Einzelnstaaten keine Befehle vorschreiben durfte.

So blieb das Gesetz zwar faktisch ein todter Buchstabe, aber es statuirte einen der wichtigsten Präzedenzfälle in der Amerikanischen Verfassungsgeschichte.

III.

Wenn das vorige Capitel gezeigt hat, wie die Sklavenhalter aus einer blos geduldeten Fraction sich bald zu einer ungestüm fordernden politischen Partei emporzuarbeiten wußten, so werden wir von jetzt an ihr nur noch als der herrschenden begegnen. Mag sie selbst hie und da in einzelnen Nebenpunkten unterliegen, in der Hauptsache gewinnt sie immer, und diese Triumphe verdankt sie mehr noch ihrer unermüdlichen Energie und talentvollen Führung, als der Zerfahrenheit, Sorglosigkeit, ja Feigheit ihrer Gegner. Jemehr diese zurückweichen, desto kecker dringt sie vor, und bald findet sie selbst in ihrem Auftreten die Beschönigung und Heuchelei ganz überflüssig, mit der sie die ersten Schritte auf ihrer Siegeslaufbahn umgeben hatte. — Was vom Süden noch unter Einwirkung der revolutionairen Erinnerungen das „höchste Uebel“ und ein „Fluch des Himmels“ genannt war, das wandelte sich plötzlich in einen „Segen Gottes“ um; was lange als eine Schmach und ein Schandfleck an der Union gegolten hatte, das wurde bald der Grundpfeiler der „wahren Demokratie.“ Mit einem Wort: die Sklavenhalter wurden eine Macht.

Woher dieser plötzliche Umschwung, woher diese brutale Ankündigung der neuen Herrscherin? —

Ein bisher unbekannter Factor war über Nacht aus dem

Boden gewachsen; in ihm gingen alle südlichen- und Sklavenhalter-Interessen als in ihrer höheren Einheit und ihrem Brennpunkte auf. Dieser neue Factor war die Baumwolle, und ihre Geschichte ist fortan gleichbedeutend mit der Geschichte der Sklaverei in den Vereinigten Staaten, auf deren Politik und Weltstellung sie sogar mit jedem Jahre entscheidender einwirkt. Noch kein Artikel hat sich in verhältnißmäßig kurzer Zeit so überraschende Erfolge und eine so unbestrittene Suprematie im Weltmarkte errungen. Treffend für ihre Bedeutung sagt Charles Dickens in seinen „Household Words:“ „Jede soziale oder physische Convulsion in den Vereinigten Staaten würde England erschüttern von Cap Landsend bis nach John O Greats. Das Leben von nahezu zwei Millionen unserer Landsleute hängt von der Baumwollen-Erndte Amerika's ab; ihr Schicksal, man kann es ohne Uebertreibung sagen, hängt an einem Faden. Sollte irgend ein Mißgeschick über das Land der Baumwolle hereinbrechen, so würde ein Tausend von den Schiffen unserer Kauffahrtei-Flotte müßig in den Häfen verrotten; zehn Tausend Fabriken müßten ihre summenden Webstühle still stellen und zwei Millionen Menschen würden auf's Pflaster gesetzt.“ Die Baumwolle hat, wenn auch unscheinbarer, doch tiefer als das Gold die alte Produktionsweise und damit alle Verhältnisse revolutionirt.

Es sei hier, ehe wir weiter gehen, ein kurzer Rückblick auf das schnelle Emporblühen und die politische und kommerzielle Bedeutung dieser Pflanze gestattet.

Im Jahre 1794 erklärte Jay, als er den Vertrag mit England unterhandelte, er wisse überhaupt nicht, daß Baumwolle aus dem Süden der Vereinigten Staaten exportirt würde, und kurz nach Abschluß dieses Vertrages, wonach die Amerikaner ihre eigenen Produkte in ihren Schiffen in England einführen durften, weigerten sich die Englischen Zollbeamten, die Amerikanische Baumwolle zuzulassen, weil die Vereinigten Staa-

ten bekanntlich keine produzirten. Sie war zwar damals dort schon vorhanden, allein im Ganzen betrug in den beiden Jahren 1790 und 1791 die ganze Ausfuhr noch nicht 50,000 Dollars an Werth. Vor 1790 genügte die Amerikanische Baumwolle kaum zur Deckung des inneren Bedürfnisses und von 1790 bis 1793 verhielt sich der Export zum Import der südlichen Staaten wie 733,000 zu 889,000 Pfund. Erst nach Beendigung des Krieges wandte sich die Aufmerksamkeit überhaupt der Baumwolle zu, die bereits 1760 als Zierpflanze von den Westindischen Inseln importirt und im Januar 1775, also ein Jahr vor der Unabhängigkeits-Erklärung, von der Provinzial-Legislatur von Süd Carolina der Beachtung der Pflanzen empfohlen war. Im Jahre 1801 betrug der ganze Vorrath Amerikanischer Baumwolle in Liverpool einen Ballen.

Die zuerst exportirte war nur unvollkommen gereinigt und blos für ganz gewöhnliches Gespinnst geeignet. Bald aber fand man aus, daß die an der Küste von Süd Carolina und Georgia gezogene Baumwolle längere und feinere Fasern hatte, als die höher im Lande gewonnene (Upland). So wurden die längs der Küste jener beiden Staaten hinlaufenden Inseln mit ihrem leichten, lockeren und Sand gemischten Boden in den Kreis ihrer Produktion gezogen und lieferten bald die berühmte sea island, die im Handel auch als black seed, long staple und lowland figurirt und den 4—6, oft sogar den 12—16fachen Preis der Upland bringt. —

Durch die Erfindung resp. Anwendung der „Cottongin“ stieg die Produktion der Baumwolle auf einen ganz enormen Betrag und verdrängte vollends den bisher im Süden vielfach gezogenen Indigo. Die Cottongin ist nämlich eine von Ely Whitney gegen Ende des vorigen Jahrhunderts erfundene Maschine, welche die Baumwolle von ihrem Samen sondert und im Laufe der Zeit die Handarbeit für diesen Prozeß gänzlich verdrängt hat. Einmal arbeitet sie regelmäßiger, und dann

kann sie bequem in einem Tage an 1000 Pfund und darüber reinigen, während früher Wochen dazu erforderlich waren. So hat sie die Cultur der Baumwolle im ganzen Süden der Vereinigten Staaten mächtig und schnell gefördert. Die einige Jahrzehnte früher in England erfundene Spinnmaschine (Jenny) und die von Richard Arkwright daran angebrachten Verbesserungen hatten die Grundlage zu dem täglich sich vergrößerenden Consum der Baumwolle gelegt, und jetzt arbeiteten die Erfindungen beider Welttheile einander in die Hände, um ihr einen früher kaum geahnten Aufschwung zu geben.

Ueber das allmählige Steigen der Gesammt-Produktion liegen mir keine genauere Angaben vor und sind dieselben, soviel ich weiß, stets nur höchst nachlässig aufgenommen worden. Annähernd richtig sind nur die den Export specifizirenden, da von dem inländischen Verbrauch in früheren Zeiten offiziell keine Notiz genommen wurde. Ueberhaupt bemerke ich hier ein für alle Mal, daß man die Amerikanischen statistischen Arbeiten und selbst amtlichen Census-Ermittelungen nur mit größter Vorsicht aufnehmen darf; da sie, wie ich mich oft überzeugt, sehr häufig der Ausdruck des hiesigen Idealismus sind. Sie bilden aber den einzigen Anhaltspunkt und geben einen wenigstens annähernd richtigen Begriff von den wirklichen Verhältnissen und deshalb beziehe ich mich sowohl hier als in der Folge auf sie.

In dem von Israel D. Andrews verfaßten und vom Vereinigten Staaten Schatz-Sekretair im Jahre 1853 veröffentlichten offiziellen Berichte ist die Ausfuhr der Baumwolle wie folgt angegeben:

			Im Werthe von	
1805, 6 und 7	137,992,011	Pfund	32,004,005	Dollars
1808, (Embargo)	10,630,445	"	2,220,984	"
1809, 10 und 11	206,309,953	"	33,274,408	"
1812, 13 " 14 (Krieg mit England.)	65,726,400	"	8,087,628	"

			Im Werthe von	
1815	82,998,747	Pfund	17,529,244	Dollars
1821, 22 und 23	443,291,770	"	64,638,062	"
1849, 50 " 51	2,589,220,962	"	250,696,900	"
1852	1,093,230,639	"	87,965,732	"

Während der Preis der Baumwolle im Jahre 1790 im Durchschnitt 30 bis 40 Cents pr. Pfund betrug, war er in Folge der vermehrten Produktion im Jahre 1800 schon auf 17 bis 19 Cents, 1810 auf 14 bis 20, 1830 auf 17, 1840 auf 6½ bis 9¾, 1844 auf 6 bis 8, und 1849 auf 7½ bis 8½ Cents gesunken.

Der bedeutende inländische Verbrauch der Baumwolle wird theils nach den unoffiziellen Angaben der Fabrikanten, theils nach dem letzten Census und privaten Berichten berechnet. Nach einem solchen Status stellt sich derselbe für das Jahr 1849/50 auf 357,930,000 Pfund im Werthe von mehr als 40 Millionen Dollars. Uebrigens trat die Amerikanische Baumwollen-Industrie erst in Folge des Krieges mit England und der dadurch hervorgerufenen Handelssperre ins Leben, denn vor 1812 bestanden in den New England Staaten nur wenige Fabriken, die im Jahre 1810 blos — 856,645 Yards spannen. In dem Zeitraume von 1826 bis 1851 wurden aber schon zum Betrage von 77,887,553 Dollars Baumwollengüter exportirt, und beim Census von 1850 betrug das in ihre Fabrikation gesteckte Capital 74,501,081 Dollars; die Zahl der dabei beschäftigten Arbeiter aber 92,286.

In diesen Zahlen liegt der Schlüssel zur Politik der Vereinigten Staaten seit dem Anfange des Jahrhunderts. Wenn Europäische Politiker sich oft nicht zu erklären wissen, warum namentlich in der ersten Hälfte jener Periode die Union ihre neuen Staaten fast ausschließlich im Süden bildete, so übersehen sie den ganz natürlichen Entwickelungs-Prozeß der Baumwollen-Cultur und Manufaktur und vergaßen, daß während der großen Europäischen Continental-Kriege von 1792—1815

die Europäische Einwanderung ganz stockte. Diese ökonomischen und Produktions-Verhältnisse hatten aber zur Folge, daß der Norden wenig an Reichthum und Bevölkerung zunahm, und daß der politische Schwerpunkt der Vereinigten Staaten nach wie vor im reicheren und besser bevölkerten Süden wurzelte.

Der riesige Nutzen, den die Baumwollen-Cultur brachte, erweiterte ihr Feld schnell über ihr ursprüngliches Gebiet von Süd Carolina und Georgia hinaus. Die Pflanzer, um fortexistiren und noch mehr gewinnen zu können, brauchten immer mehr Land und drangen in kaum mehr als einem Menschenalter bis an den Rio Grande vor, bis der Baumwolle ihre Herrschaft über den ganzen Süden und Südwesten gesichert war. Die eigentliche Baumwollenzone umfaßt nämlich das südlich vom 35. Breitengrade bis zum Mexikanischen Golfe und vom Atlantischen Ozean bis zum Rio Grande sich erstreckende Land: eine Fläche von mehr als 450,000 Engl. Quadrat-Meilen, von welcher aber mehr als $^2/_3$ nicht zur Cultur dieser Pflanze geeignet ist. In der Aneignung dieses colossalen Gebietes hatte die Politik des Südens also gleich von seiner ersten staatlichen Selbstständigkeit an eine bedeutende Aufgabe, ein bestimmtes Ziel vor sich. Die allgemeine oft instinktartige Erkenntniß und Ausbeutung dieses territorialen Vorzuges gab aber dem Süden eine große Ueberlegenheit über den Norden, in welchem wegen der mannigfach sich durchkreuzenden Interessen so leicht keine Einheit des Wollens und Handelns möglich war.

Der Ankauf Louisiana's durch Thomas Jefferson legte den ersten Stein zur Befestigung der Herrschaft des Südens oder der Baumwolle, und bildete den Wendepunkt in der politischen Entwickelung der Vereinigten Staaten. Ich bin weit entfernt, diesen großen staatsmännischen Akt zu unterschätzen, der allein Jefferson einen unvergänglichen Namen in der Geschichte und den Dank seines Vaterlandes gesichert haben würde. Erst im Besitze der Mississippi Mündungen waren die

Vereinigten Staaten auch faktisch unabhängig, und wenn Napoleon mit ihrem Verkaufe den Engländern einen seiner empfindlichsten Schläge versetzte, so entfernte Jefferson mit jenem Ankaufe alle räumlichen Schranken, welche der Kraft-Entfaltung des jungen Volkes im Wege stehen konnten. Anderer Seits möchte ich hier aber wohl fragen, ob die große demokratische Majorität, welche Jefferson's Handlungsweise gut hieß, ganz von derselben staatsmännischen Einsicht geleitet war, oder ob nicht vielmehr bei den meisten Südländern die gewisse Aussicht auf vorzugsweise Ausbeutung des neu erworbenen Besitzes einen bedeutenden Antheil an ihrer Billigung gehabt hat? Diese Motive waren, als durch mächtige Interessen geboten, ganz natürlich. Wie sie aber auch gewesen sein mögen, der vorläufige Nutzen des neuen Erwerbes kam besonders dem Süden zu Statten, und es vergingen kaum 16 Jahre, bis die Baumwolle bauenden Pflanzer von Süd Carolina und Georgia außer Louisiana auch schon Alabama, Mississippi, Missouri und Tennessee in Besitz genommen hatten.

Diese schnelle Ausbreitung einer verhältnißmäßig kleinen Bevölkerung über solch ungeheuere Gebiete hat nichts Befremdendes, wenn man erwägt, daß der Amerikaner bei der unbeschränkten räumlichen Ausdehnung des Landes selten oder nie an der Scholle kleben bleibt, sondern von unbezähmter Wanderlust ergriffen, immer weiter und weiter in den Westen vordringt. Um wie viel mehr giebt er sich aber diesem ihm eingebornen Drange im Süden hin, wo die Cultur der Baumwolle den nie ausruhenden Boden innerhalb 5 bis 10 Jahren schon erschöpft; wo bei der Größe der Pflanzungen, bei der Möglichkeit ihrer Ausdehnung und der Art ihrer Bebauung weder an Dünger noch an Schonung des Bodens gedacht wird. Der Pflanzer muß also weiter und immer weiter dringen, bis er besseres und frisches Land findet. Vor einer so harten ökonomischen Nothwendigkeit schweigen alle moralischen und ge-

müthlichen Bedenken. Der Indianer wird gegen „heilige“ Verträge und Zusicherungen aus dem Lande seiner Väter vertrieben oder, wenn er sich nicht gutwillig fügt, mit Bluthunden zu Tode gehetzt, im günstigsten Falle aber im Namen der Civilisation und des Christenthums in einen Vernichtungskampf verwickelt. Auf diese Weise führte die „Frechheit und Raubgier“ der Seminolen gegen die südlichen Pflanzer zuerst zum Kriege und dann zum Ankauf von Florida, dessen Besitz für die maritime Bedeutung der Vereinigten Staaten freilich ganz unerläßlich ist.

So war zur Zeit des Missouri-Compromisses alles östlich vom Mississippi gelegene Land für die Baumwolle erobert und in Sklavenstaaten eingetheilt. Missouri, wenn auch weniger für den Baumwollenbau geeignet, wurde ihnen doch noch hinzugefügt, weil es für die Sklavenzucht gut zu brauchen war. Virginien und Maryland, die wegen Beschränkung und späteren Verbots der Sklaven-Einfuhr hauptsächlich zum „Slave raising and breeding“ dienten, reichten für den vermehrten Bedarf nicht aus, und hauptsächlich, um durch Missouri den jährlichen Consum zu decken, hielt der Süden so fest an der Sklaven-Klausel für diesen Staat.

Ebenfalls in den zwanziger Jahren beginnt schon die Auswanderung nach Texas, welches trotz Clay's pfiffig ausgedachter „Reannexations-Theorie 1819 noch nicht annectirt werden konnte. Der südöstliche Theil von Texas hat gegenwärtig den besten Baumwollen- und Zuckerboden in den Vereinigten Staaten. Mexiko, zu welchem Texas damals noch gehörte, hatte zwar im ganzen Umfang der Republik 1828 die Sklaverei abgeschafft; allein die ersten Amerikanischen Ansiedler wußten der Regierung genug plausiblen Titel für unverkürzte Beibehaltung ihrer Sklaven vorzuspiegeln, und so behielten sie diese unter der Firma einer neun und neunzigjährigen Lehrzeit für Schwarze ungestört bei. Angesichts dieser und vieler anderer Thatsachen klingt es wie ein Hohn, wenn man Amerikanischer Seits den

Texanischen „Freiheitskampf“ wie eine endliche Erhebung des Volkes gegen das Mexikanische Joch schildert. Allerdings ließ sich die Regierung hie und da vereinzelte Anmaßungen zu Schulden kommen, und die Soldaten begingen verschiedene Ausschweifungen; aber von eigentlicher Unterdrückung kann in einem Lande kaum die Rede sein, dessen schwache Regierung, Tausende von Meilen entfernt, selbst in der nächsten Nähe über keine reelle Macht zu verfügen hat, in einem Lande, dessen spärliche Bewohner über endlose Prairien zerstreut leben und so unabhängig sind, wie ein Nomade nur sein kann. Die Losreißung von Texas und seine Proklamirung als selbstständige Republik war vielmehr in erster Instanz nichts anderes als ein Sieg der vordringenden Pionniere der Sklaverei; ein Sieg der aus Alabama, Georgia, Tennessee und sonstigen Sklavenstaaten eingedrungenen Baumwollenpflanzer, deren erster Schritt nach errungener Unabhängigkeit die rechtliche und nackte Anerkennung der bereits faktisch bestehenden Sklaverei war. Die hervorragenden Helden dieser trotz alledem spannenden und heldenmüthigen Episode aus der Amerikanischen Colonisationsgeschichte sind lauter sklavenhaltende Südländer, wie Austin, Smith, Houston u. A.

Wenn diese selbst auch den Texanischen Kampf nicht von einem derartigen Gesichtspunkt aus auffaßten, so zeigten ihn doch die Congreß-Verhandlungen ganz unumwunden in diesem Charakter, als die junge Republik einige Jahre später um Aufnahme in die Union einkam und nach heftiger Debatte auch aufgenommen wurde.

Aus den durch die Annexation von Texas hervorgerufenen Reibungen entbrannte der Mexikanische Krieg. Seine glückliche Beendigung brachte den Vereinigten Staaten Californien, Neu Mexiko und Utah ein. Die Ehrlichkeit des alten braven Taylor verhinderte, daß in dem neuen Eldorado die Sklaverei eingeführt wurde, worauf die Sklavenhalter mit aller ihnen zu

Gebote ſtehenden Macht gedrungen hatten. Utah und Neu Mexiko wurde in der Beziehung freie Hand gelaſſen. Was dieſes durch Boden und climatiſche Verhältniſſe beider Territorien bedingte Zugeſtändniß des Südens aber heißen wollte, zeigte ſich 1854 bei der Nebraska-Frage. Kaum war übrigens Californien als freier Staat zugelaſſen, ſo widerhallten auch die Zeitungen von einer Theilung deſſelben in einen nördlichen und einen ſüdlichen Staat, welcher letztere natürlich die Sklaverei bei ſich einführen ſollte. Die Ausführung dieſes Planes wurde bisher dadurch verhindert, daß ſich die Bevölkerung Californiens hauptſächlich in ſeinen Minen und deren Nachbarſchaft concentrirte, und daß es alſo dem Süden an hinreichender Bevölkerung mangelte. Der Plan iſt aber darum lange noch nicht aufgegeben, und die neueſten Ereigniſſe in Sonora und Unter-Californien deuten zur Genüge darauf hin, daß eifrig an ſeiner Verwirklichung gearbeitet wird. Dieſe abenteuerliche Expedition Walker's, die ſich ſelbſt aus Mangel an feindlichem Widerſtand aufrieb, war ganz das Werk von Südländern. Walker, der Präſident in partibus, iſt aus Tenneſſee und ſeine Hauptleute ſind aus den Sklavenſtaaten, deren in Californien wohnende Angehörige offen und freudig den Zug unterſtützten.

Bei den drei verunglückten Cuba-Expeditionen waren ganz dieſelben Geſichtspunkte maßgebend. Alles im Süden enthuſiasmirte ſich dafür. In New Orleans wurde am hellen Tage für Lopez gegen Spanien geworben und die Schiffe mit den nach Cuba beſtimmten Soldaten fuhren ebenfalls am hellen Tage aus den Amerikaniſchen Häfen ab. General Quitman von Tenneſſee, einer der wüthendſten Seceſſioniſten, vertheidigte die Expedition vor den Geſchworenen in New Orleans und bekannte ſich als einer ihrer eifrigſten Förderer. Natürlich wurde er ſowohl als Lopez glänzend freigeſprochen. Fillmore machte ſich durch ſeine ernſtgemeinten Befehle und Philippiken

gegen Lopez' Unternehmen lächerlich und legte höchstens die ganze Ohnmacht der Executive damit bloß, denn seine eigenen vollziehenden Beamten im Süden hielten zu Lopez und ein Einschreiten gegen ihn würde ihr Leben gefährdet haben.

Cubas Annexation ist vorläufig verunglückt. Sonoras, Unter-Californiens und Chihuhahua's Anschluß an die Vereinigten Staaten noch nicht zu Stande gebracht; dafür sucht jetzt der Süden durch die Nebraska-Bill den ganzen Westen und Nordwesten der Sklaverei zu öffnen. Nebenbei spielt die Annexations-Wuth schon hinüber nach den Sandwich-Inseln. Diese liegen unter den Tropen und sind für Sklaven-Arbeit wie ausgesucht; auch wird ihre von den Missionairen cretinisirte und christianisirte Bevölkerung bald ausgestorben sein. Also ist es ihr „manifest destiny" den Vereinigten Staaten annectirt zu werden, um, wie es heißt, Wallfischstation und zugleich Kohlenstation für die nach Australien, China und Japan fahrenden Amerikanischen Dampfer zu werden. Ja, bei der letzten „Black Warrior" Affaire drohten einige große, selbst conservative Blätter, wie z. B. der New Yorker „Courier and Enquirer" der Spanischen Regierung mit Besitz Ergreifung der Philippinen, da diese für die späteren Amerikanischen Besitzungen in Asien und den Handel dahin ohnedem nicht gut zu entbehren seien. Die von Herrn Fillmore nach Japan bestimmte Expedition war ein gutes Manöver, um dem eitlen Kitzel seiner südlichen Prinzipale zu schmeicheln, denn von ihrem Erfolge für Handel, Verkehr und Wissenschaft kann bei ihrer mangelhaften Ausrüstung kaum die Rede sein.

Ueberall, wohin man blickt, Annexation! Sie ist die politische Fettsucht der Amerikaner. Von Central-Amerika ganz zu schweigen, welches, wie man hier sagt, ganz von selbst kommt, berath der Süden bei seinen Conventionen in Nashville, Baltimore und Charleston schon, wie er Süd-Amerika für sich ausbeuten, wie er durch den Handel dahin den freien Nor-

den überflügeln und die schöne Gegend um den Aequator und einige Dutzend Breitengrade mehr annectiren könne. Im Jahre 1848 wurde sogar vorgeschlagen und Geld gesammelt, um Irland an die Vereinigten Staaten zu annectiren. Kann man sich da wundern, wenn eine Carrikatur die andere noch überbietet und wenn einige so eitle als kurzsichtige politische Flüchtlinge, denen so viel ich weiß, die materielle Macht des Südens fehlte, 1852 einen Congreß in Wheeling hielten, um zu beschließen, daß kurzweg ganz Europa an die Vereinigten Staaten annectirt werden sollte? —

Die Vereinigten Staaten gränzen jetzt an drei Meere und nehmen mehr als das ganze Europa (ohne Rußland) an Flächen-Inhalt ein. Aber wie steht es denn mit der Bevölkerung und Produktion der südlichen Staaten?

Ein Blick in den letzten offiziellen Census, der die Periode von 1840 bis 1850 umfaßt, giebt die unwiderleglichsten Aufschlüsse. Die fünfzehn Sklavenstaaten hatten am Ende jenes Zeitabschnittes ein Landgebiet von 825,240 Engl. □Meilen und nur 6,440,501 freie Einwohner, während der Norden auf nur 641,677 □Meilen 13,434,800 freie Einwohner zählte. Aus Virginien wanderten zwischen 1840 und 50 von der ganzen Bevölkerung 26 pCt. aus, aus Nord Carolina 31 pCt. und aus Süd Carolina 36 pCt. — Von 1,826,958 freigebornen und nicht in ihrer Heimath wohnenden Südländern waren 610,258, also mehr als 1/3 in freie Staaten gezogen. Am auffallendsten zeigte sich dies Verhältniß bei den Sklavengränzstaaten, denn es waren von der Einwanderung aus Missouri, Kentucky, Virginien, Maryland und Delaware 55 pCt. in freie Staaten gezogen; von der Auswanderung aus den freien Gränzstaaten Jowa, Illinois, Indiana, Ohio, Pennsylvanien und New-Jersey nur 15 pCt. und von New-York und den New-England-Staaten nur 4 pCt. in Sklavenstaaten eingewandert. Von der Europäischen Einwanderung wandte sich höchstens 1/

den Sklavenstaaten zu; diese Angabe ist aber wohl deshalb ungenau, weil die in New-Orleans Landenden gewöhnlich nicht im Süden bleiben, sondern den Mississippi hinauf in freie Staaten ziehen. Die folgende Tafel stellt diese überraschenden Resultate auf's Uebersichtlichste zusammen:

Auswanderer aus freien		In Sklavenstaaten:	In freien Staaten:
Staaten	2,307,923	209,441	2,098,482
Dgl. aus Sklavenstaaten	1,826,958	1,216,713	610,245
Fremde Einwanderer .	2,210,839	245,310	1,965,529
	6,345,720	1,671,464	4,673,256.

Hieraus ergiebt sich ein ganz entschiedenes Mißverhältniß zu Ungunsten des Südens. Hier ist noch kaum der 20. Theil des Bodens bebaut und die Unnatürlichkeit der Produktions-Bedingungen, sowie die Ausbreitung der Baumwollenpflanzer über ungeheure Strecken mit einer schwach gesäeten Bevölkerung begünstigt die Befestigung einer Aristokratie, welche gar keine anderen Classen neben sich aufkommen läßt.

In den freien nördlichen Staaten dagegen, wo die Produktion und Existenzbedingungen natürlicher sind, hat das Volk noch nie nach Annexation begehrt. Durch die fremde Einwanderung verstärkt, ist es ganz naturgemäß weiter nach Westen vorgeschritten und hat, ohne große Sprünge zu machen, ein Gebiet nach dem andern in den Kreis seiner Cultur gezogen und bebaut.

Diese krankhafte Ländergier des Südens erzeugt aber eine Schwerfälligkeit für den Staatsorganismus, die, selbst abgesehen von anderen Nebengründen, schon deshalb den Keim von dessen Auflösung in sich trägt, weil, je weiter er dringt, desto mehr der Amerikanische National-Charakter von seiner Assimilationskraft verlieren muß, und weil auf dem hinter ihm liegenden Gebiete eine blos sporadische Cultur dem Vordringenden den Rücken deckt.

Es ist nicht ein Glück, sondern ein Unglück für die Vereinigten Staaten, daß sie keine Nachbarn haben; denn nur bei dieser Ungebundenheit können sie, statt sich auf sich selbst zu beschränken, ins unbegränzte Weite streben. So zersplittern sie ihre Kraft. Natürlich fehlt ihnen diese dann da, wo sie vermöge ihrer Stellung zur großen Politik entscheidend und gebietend auftreten sollten, ja sie lassen sich selbst jede Einmischung in ihre eigenen Angelegenheiten gefallen, weil sie nicht die Macht haben, ihnen kategorisch gegenüber zu treten. Ueberall in ihren Beziehungen zu Europäischen Mächten zogen die Vereinigten Staaten daher in den letzten Jahrzehnten den Kürzeren.

Der Süden muß aber immer vorwärts und weiter dringen und das Gesetz seiner Selbsterhaltung schreibt ihm vor, daß er nicht stehen bleiben darf. So gut jeder Absolutismus zum Widerspruch an sich selbst wird, wenn er von der angreifenden Eroberungspolitik sich auf die bloße Defensive beschränken will, eben so gut würden die Sklavenhalter ihr eigenes Todesurtheil dekretiren, wenn sie sich auf ihr ursprüngliches Gebiet beschränken wollten. Jeder Fuß breit Landes den sie gewinnen, vermehrt den Werth ihrer Sklaven, und jeder Ballen Baumwolle, den sie mehr cultiviren, ist eine Vergrößerung ihrer Macht. Ihre parlamentarischen Führer hatten von Pinkney bis Calhoun diese Position sehr richtig erkannt und darnach gehandelt. Der Norden aber wollte sie nicht begreifen und wußte darum auch seine eigene Stellung nicht zu bestimmen.

Wir können nunmehr, nach dieser weniger willkührlichen als nothwendigen Abschweifung den im letzten Kapitel abgebrochenen Faden wieder aufnehmen und den Süden auf seinem Eroberungszuge weiter begleiten.

IV.

Unter den neuerworbenen ungeheueren Landstrecken, welche nach dem Jahre 1793 die Sklavenfrage wieder in den Vordergrund drängten, steht das 1803 unter Jefferson von Napoleon gekaufte Louisiana oben an. Man verstand darunter — abgesehen hier von seinen östlichen streitigen Gränzen — alles westlich und nordwestlich vom Missisippi gelegene, ungefähr fünfzehn Breitengrade einnehmende Land, welches nicht von Spanien als zu Mexico gehörig beansprucht wurde.

Im Jahre 1804, gleich zu Anfang der Sitzung des achten Congresses, trug die von allen nördlichen Staaten beschickte Abolitionisten-Gesellschaft von Philadelphia darauf an, die fernere Einfuhr von Sklaven in die neuerworbenen Gebiete von Louisiana zu verbieten. Dieser Antrag wurde dem für dessen Regierung niedergesetzten Ausschuß überwiesen und hatte für die Organisations-Urkunde des Territoriums Orleans die Bestimmung zur Folge, daß nur von den sich wirklich ansiedelnden Vereinigten Staaten-Bürgern die vor 1798 in die Union importirten Sklaven dahin geführt werden durften. Die letzte Clausel war gegen Süd Carolina gerichtet, welches nach einer Unterbrechung und Unterlassung von fünfzehn Jahren den Afrikanischen Sklavenhandel wieder eingeführt hatte. Die nördlichen Mitglieder fürchteten daher mit vollem Rechte, daß von

jenem Staate aus die neu erworbenen Gebiete mit Afrikaniſchen Sklaven überſchwemmt würden, und um dies wenigſtens theilweiſe zu verhindern, beantragte Bard von Pennſylvanien, eine Auflage von 10 Dollars auf jeden eingeführten Sklaven zu erheben. Dieſelbe Steuer war ſchon 1789 bei Diskuſſion des Revenue-Syſtems von Parker aus Virginien vorgeſchlagen, aber vor den vereinten Angriffen der Südländer wieder zurückgezogen worden.

Jetzt wandten ſich die Süd Caroliner mit um ſo größerer Erbitterung gegen dieſe „unconſtitutionelle“ Auflage, als die täglich wachſende Nachfrage nach Baumwolle den Werth der Sklavenarbeit bedeutend erhöht hatte, und als ſie hofften, Charleston zum Entrepot für die Sklavenzufuhren in die neuen Territorien Miſſiſſippi und Orleans zu machen. Natürlich hieß es gleich: daß Süd Carolina nur ein unbeſtrittenes conſtitutionelles Recht ausübe, welches die Vereinigten Staaten ſtatt zu verhindern ſchützen müßten. Mehrere nördliche Mitglieder, wie u. A. Griswold, der Führer der Föderaliſten, traten auf die Seite Carolina's, welches er ſeiner Partei wieder zu gewinnen hoffte, gebrauchten aber den Vorwand, daß es den Afrikaniſchen Sklavenhandel Seitens des Congreſſes anerkennen hieße, wenn man ihn beſteuern wollte. Nur die Pennſylvaniſchen Abgeordneten ſtimmten dagegen; die übrigen nördlichen Mitglieder waren getheilt und das fromme Rhode Island gewiß gegen die Taxe, weil es viele Schiffe zum Sklavenhandel lieferte und einen anſehnlichen Gewinn dabei machte. So brachte es der ganze Congreß zu keinem Entſchluß gegen das ſchwache, aber geſchickt manöverirende Süd Carolina und auch 1806 im Mai wurde die Verhandlung deſſelben Gegenſtandes wieder bis zur nächſten Sitzung verſchoben, weil der Congreß erſt vom Jahre 1808 an das Recht hatte, definitive Beſtimmungen in der Sklavenfrage zu treffen. Aber der §. 1 der 9. Section der Conſtitution beſchränkt ihn in dieſer Beziehung

nur den Staaten gegenüber, während er doch selbstredend die Befugniß hat, den Territorien die Bedingung ihrer Zulassung vorzuschreiben!

Im Dezember 1806 verlangte Jefferson in seiner Botschaft, daß vom 1. Januar 1808 an jede Sklaven-Einfuhr aufhören solle. Dagegen ließ sich selbst von einem pedantischen Constitutions-Erklären nichts einwenden, da mit diesem Tage die Competenz über die Frage dem Congresse anheimfiel; allein der Congreß konnte sich über einzelne Bestimmungen nicht einigen. Was sollte mit den ungesetzlich eingeführten Negern geschehen? — fragte es sich zuerst.

Das Comité wollte, daß sie verwirkt seien und zum Besten der Vereinigten Staaten verkauft würden; Sloan verlangte sie in Freiheit gesetzt zu sehen, welchem Antrage aber alle südlichen Mitglieder die Souverainität der Einzelnstaaten entgegensetzten. Trotzdem wurde die Verwirkung der importirten Sklaven mit 63 gegen 36 Stimmen beschlossen.

Die bei dieser Gelegenheit im Hause geführte Debatte zeichnete sich durch große Gereiztheit aus und bewies, bis zu welchem Grade schon die offene Verhöhnung der revolutionairen Erinnerungen zu gehen wagte. Smielie hatte erklärt, daß von der Entscheidung jener Frage die Ehre des National-Charakters abhinge, und daß die Grundsätze der Unabhängigkeits-Erklärung hier maßgebend sein müßten. Wer diese, erwiederte Clay, ein ultraradikaler Pennsylvanischer Demokrat, im wörtlichen Sinne nehmen wollte, der müßte ebenso gut Raub und Mord gewähren lassen, denn es könnte leicht Jemand solche Verbrechen für seine eigene Glückseligkeit für nöthig erachten. Der Congreß hätte über den Sklavenhandel nur deshalb zu entscheiden, weil er eine commerzielle Frage sei. Und dieser freche, plumpe Hohn durfte sich selbst noch während Jefferson's Präsidentschaft ungescheut spreizen.

Welche Strafe sollte die Sklavenhändler treffen? fragte er

sich weiter. — 52 Mitglieder stimmten für Todesstrafe, 63 für Gefängniß, und so wurde dieses angenommen.

Ein paar Tage nach der Abstimmung sahen die nördlichen Mitglieder denn doch ein, daß sie ihre eigene Niederlage dekretirt hatten, durch ein Gesetz, welches das Prinzip der Sklaverei direct anerkannte. Sie setzten es deshalb durch, daß die Bill nochmals einem Comité von Siebenzehn (je Einer von jedem Staate) übergeben wurde. Dieses verlangte unterm 20. Januar 1807, daß alle Personen, die unter Verletzung jenes Actes importirt wären, in solche Staaten geschickt werden sollten, welche die Sklaverei entweder schon abgeschafft oder Schritte für deren allmähliche Abschaffung gethan hätten, und daß sie dort für eine bestimmte Zeit Lehrlinge sein und dann frei werden sollten.

Während dieser Verhandlungen im Hause, hatte der Senat eine Bill über denselben Gegenstand angenommen und schickte sie jenem zu. Sie bestimmte, daß weder der Importer noch der Käufer irgend einen Anspruch an die Person des gesetzwidrig Importirten „haben" oder „gewinnen" sollte. Das Haus änderte diese beiden letzten Worte in hold „halten" statt, wie Süd Carolina gewollt hatte, in „zurückbehalten" (retain) um und schickte die so berichtigte Bill dem Senate zurück.

Aber trotz dieses Zugeständnisses war der Hader noch lange nicht beseitigt. Zu den verschiedenen Vorsichtsmaßregeln gegen die küstenweise Transportation eingeführter Sklaven hatte der Senat das Verbot gefügt, daß zum Verkauf bestimmte Sklaven in keinen Schiffen unter 40 Tonnenlast transportirt werden sollten, ausgenommen, wenn, wie das Haus noch bestimmte, ein solcher Sklaven-Transport vom Eigenthümer oder seinen Agenten begleitet war. Der Senat wollte den Zusatz des Hauses nicht annehmen. Dagegen erhob sich der Süden wie ein Mann. „Wenn er nicht angenommen wird, rief John Randolph, der bis dahin ganz geschwiegen hatte, so werde ic

der Erste sein, der dem Gesetze trotzt. Ich werde selbst mit meinen eigenen Sklaven gehen und so die Rechte der Sklavenhalter wahren. Euer nächster konsequenter Schritt wird der sein, daß Ihr selbst den Umzug von einem Staate in den anderen verbietet und die Besitzer heiliger Rechte des constitutionellen Gebrauches ihres Eigenthums beraubt."

Auf diese und andere nicht minder heftige Einwendungen hin, wurde endlich mit 63 gegen 49 Stimmen beschlossen, daß die Transportation der im Einklang mit jenem Gesetze eingeführten Neger gestattet sein sollte, in Schiffen jeden Gehaltes auf Flüssen oder Inland Buchten, welche unter Jurisdiction der Vereinigten Staaten stehen. — Aber auch diese mildernde Bestimmung konnte den Süden nicht besänftigen. "Sie ist ein Eingriff in's Privateigenthum," erklärte Randolph, "und dieser Machtspruch kann in nicht ferner Zukunft leicht den Vorwand für eine allgemeine Emancipation abgeben. Sie stürzt die Constitution in Trümmer und wenn wirklich die Entzweiung eintritt, so wird die Linie des Zwiespaltes nicht zwischen Osten und Westen, sondern zwischen den sklavenhaltenden und nicht sklavenhaltenden Staaten durchgehen."

Am 26. Februar 1807 wurden die endgültigen Bestimmungen des Gesetzes festgesetzt, woraus folgende besonders hervorzuheben sind:

"Alle Personen, die beim Ausrüsten eines Sklavenschiffes betroffen werden, trifft Verlust des Schiffes und 20,000 Dollars Strafe; dagegen 5000 Dollars und Verlust des Schiffes Diejenigen, welche einen Neger oder Farbigen an Bord nehmen, um ihn als Sklaven in den Vereinigten Staaten zu verkaufen. Wer wirklich aus einem fremden Lande eine Person in die Vereinigten Staaten bringt und sie hier als Sklave verkauft, wird mit Gefängniß von nicht weniger als fünf und nicht mehr als zehn Jahren und mit einer Geldstrafe von 5000 bis 10,000 Dollars be-

legt. Der Käufer, der darum wußte, hat für jede so gekaufte Person 800 Dollars Strafe zu zahlen. Weder Importer noch Käufer sollen irgend ein Recht oder Titel an einer solchen Person oder ihrer Arbeit und ihren Diensten behalten, sondern die Verfügung über diese Personen soll den Staaten und Territorien anheimfallen, die im Einklange mit diesem Gesetz ihre Bestimmungen zu treffen haben."

Es folgen dann scharfe Verordnungen über die Küstenfahrer, welche Sklaven von einem Staate zum anderen transportiren und heißt es darauf weiter:

"Kein Schiff von weniger als 40 Tonnen soll Sklaven an Bord nehmen, ausgenommen für den Transport auf den Inland Baien und Vereinigten Staaten Flüssen; jedes Schiff aber, das mit Sklaven an Bord an der Küste kreuzend sich treffen läßt, wird mit Beschlag belegt und condemnirt. Die an Bord gefundenen Neger sind endlich den von den betreffenden Staaten bestimmten Personen oder den Armen-Aufsehern des Ortes zu überliefern, wo sie landen." ꝛc. ꝛc.

Dieses Gesetz vermeidet mit großer Geschicklichkeit jede Anerkennung eines Eigenthums an Personen und schließt jede nationale Betheiligung an dem Verkaufe von Menschen aus.

Aber selbst nach seiner Annahme ruhte Randolph nicht. Er verlangte, eine erläuternde Bill über die Tragweite des Gesetzes einzubringen, damit es nicht etwa so erklärt würde, als ob es das Sklaven-Eigenthum beschränkte. Wenn sein Antrag verworfen würde, so zweifelte er, ob überhaupt je wieder ein südlicher Abgeordneter im Hause gesehen werden dürfte; er wenigstens würde seinen Collegen zurufen: "Kommt, laßt uns ausscheiden (secede) und nach Hause gehen!" — Mit dieser seitdem stereotyp gewordenen Drohung des Südens erreichte Randolph dies Mal wenigstens so viel, daß er seine

Bill einbringen durfte; sie blieb aber liegen und kann deshalb nicht weiter hier in Betracht kommen. Uebrigens machte sich in Folge jenes Gesetzes in allen Sklavenstaaten die heftigste Reaction geltend. Die Abolitionisten-Gesellschaften, die bisher vom Norden und Süden beschickt, jährlich in Philadelphia zusammentraten, zählten bald so gut als gar keine südlichen Mitglieder mehr, hielten daher nur alle drei Jahre ihre Zusammenkünfte und hörten bald ganz auf. Die Sklavenstaaten verboten die Neger-Emancipation ganz oder erschwerten sie bedeutend. Süd Carolina erklärte jede Versammlung, selbst Gottesdienst und Unterricht von freien Negern, Mulatten oder Mestizen, selbst im Beisein eines Weißen, für ungesetzlich; Virginien, angeblich erschreckt durch zwei Aufstandsversuche, verbot, die Schwarzen Lesen, Schreiben und Rechnen zu lehren (ein Gesetz, das heute noch gilt, und vor einigen Monaten erst einer Frau Douglaß in Richmond Gefängniß und Geldstrafe einbrachte) und ließ jeden freigegebenen Sklaven, der nach erlangter Emancipation länger als 12 Monate im Lande blieb, zu Gunsten des Armenfonds verkaufen. Kenntucky forderte sogar durch Gesetz von 1808, daß jeder freie Neger, der den Staat betrat, dafür Bürgschaft stellen mußte, daß er ihn innerhalb 14 Tage wieder verlassen wollte. Im Uebertretungsfalle wurde er für ein Jahr verkauft.

Den in den nächsten Jahren auftauchenden äußeren Verwickelungen und dem daraus hervorgehenden Kriege von 1812—1814 ist es zuzuschreiben, daß die Sklavenfrage für eine ungewöhnlich lange Zeit ruhte. Die Neu-England-Staaten, welche durch ihren Handel und ihre Industrie die reichsten in der Union waren, sahen es natürlich höchst ungern, daß ihnen, wie sie glaubten, einzig und allein von den armen sklavenhaltenden Agricultur-Staaten der Krieg aufgezwängt worden, und beriefen auf Veranlassung von Massachusets eine Convention der verschiedenen Staaten nach Hartford zusammen,

um den „Unbilden“ der Regierung die Spitze zu bieten, und zu diesem Zwecke die Vereinigten Staaten-Constitution zu revidiren. Ihr Hauptaugenmerk richtete diese am 15. Dezember 1814 zusammengetretene Versammlung auf Abänderung der Repräsentationsbasis, in welche bekanntlich $^3/_5$ der Sklavenbevölkerung eingeschlossen waren; auf Verbot der Wiederwahl des Präsidenten; auf Beschränkung des Embargo auf 60 Tage; auf die Unfähigkeit Fremder zur Bekleidung von Aemtern; außerdem aber verlangte sie $^2/_3$ Majorität im Congreß, um neue Staaten zuzulassen, Handelsverkehr zu verbieten, Krieg zu erklären und zu Feindseligkeiten zu ermächtigen. Die Convention reichte ihre Beschlüsse dem Congresse ein, und damit endete die Wirksamkeit ihrer 26—28 Delegaten.

Der Süden dagegen blieb nicht bei Worten und der friedlichen Agitation stehen. Noch während des Krieges war der Sklavenhandel wieder aufgelebt; eine Masse Seeabenteurer, die im Gefolge jedes solchen Krieges sind, betrieben ihn lebhaft und mit großem Vortheil. Aber die damit verbundene Gefahr und die Verfolgung beider Kriegführenden Mächte verhinderten doch eine dem Bedürfniß entsprechende Einfuhr, deren Nachfrage mit dem größeren Verbrauch der Baumwolle sich täglich vermehrte. Um diesem Bedürfnisse nun entgegenzukommen, bildeten sich im Gebiete der Vereinigten Staaten selbst Sklavenmärkte, welche die aufblühenden Niederlassungen des Südens und Südwestens mit regelmäßigen Zufuhren versorgten. Namentlich trieben die Händler sie bei den durch den Krieg ruinirten Pflanzern in Maryland und Virginien auf und eröffneten sogar am Sitze der Bundesregierung einen ihrer bedeutendsten Sklavenmärkte. Uebrigens kam es diesen Händlern gar nicht darauf an, sich auch auf illegalem Wege ihre Zufuhren zu verschaffen, und so riß bald ein systematisches Stehlen (Kidnapping) freier Schwarzen selbst aus freien Staaten ein, wofür das Gesetz gegen flüchtige Sklaven von 1793 den Vorwand

und Schutz abgeben mußte. Der Unfug wurde bald so stark, daß 1817 beim Congresse Klage dagegen erhoben wurde, und daß ein Senats-Comité ein Gesetz zur Berichtigung jenes Aktes vorschlug. Die Sklavenhalter-Partei im Congresse setzte aber durch, daß es liegen blieb, damit dem Süden die Wiederergreifung flüchtiger Sklaven nicht erschwert würde; anscheinend als Aquivalent für diese Conzession, im Grund aber um diesen ihr lästigen Theil der Bevölkerung los zu werden, bildete sie die noch jetzt bestehende Amerikanische Colonisations-Gesellschaft, welche es sich zur Aufgabe machte, die freigelassenen Sklaven in der Afrikanischen Neger-Republik Liberia anzusiedeln.

Bei dem 1818 zusammenkommenden fünfzehnten Congreß trugen die Baltimorer Quäker indessen von Neuem darauf an, die Farbigen und Neger gegen die stets zunehmende Gefahr des Entführtwerdens zu schützen. Im Gegensatz zu diesem Antrage verlangte Pindall von Virginien, daß das Gesetz gegen flüchtige Sklaven verschärft werden müßte, da bei dem sich hebenden Sklavenhandel im Innern die Sklaven in immer größerer Anzahl aus den Gränzstaaten entliefen. Dies zu verhindern, wollte er also die Arbeitsflüchtigen auf gleiche Stufe mit den vor der Justiz Flüchtigen gestellt wissen. Bei den letzteren hatte der Verfolger seinen Titel blos vor dem Richter seines Staates festzustellen, war dann zu einem Exekutions-Mandat Seitens des Gouverneurs des Staates berechtigt, in welchem der Flüchtige betroffen wurde, und konnte bei der Verhaftung gesetzlich die Hülfe der Bevölkerung verlangen, welche im Unterlassungsfalle schwere Strafe traf.

Einige nördliche Mitglieder entgegneten, daß die Frage der Dienstbarkeit in dem Staate entschieden werden müßte, wo der Flüchtige sich aufhielt; Andere bewiesen, daß das Gesetz weit genug gehe. Henry Clay unterstützte Pindall's Bill auf's Wärmste und mit ihm waren natürlich alle Südländer. Ihren vereinten Angriffen gegenüber benahm sich der Norden feig,

schwach und engherzig. Holmes von Massachusets und Stons von New York meinten: daß um des lieben Friedens willen der Norden lernen müsse, seine Vorurtheile aufzugeben; Mason von Boston fürchtete, daß wenn die Bill passirte, Boston zu sehr mit südlichen Flüchtlingen angefüllt werden würde; ein Pennsylvanisches Mitglied, Balwin, war für das Gesetz, weil er durch seine Stimme den Süden für einen erhöhten Tarif, sein Lieblingsthema, zu gewinnen hoffte. So ging es mit 83 gegen 69 Stimmen durch's Haus; unter den ersteren waren 10 von New York, 5 von Massachusets, 4 von Pennsylvanien und 1 von New Jersey.

Der Senat dagegen hielt es sogar für unerläßlich, der Bill unter Anderem die Bestimmung hinzuzufügen, daß die Identität des angeblich Entflohenen, nachdem er zurückgebracht, doch auch noch durch ein anderes Zeugniß als das des Verfolgers bewiesen werden sollte. So verbessert wurde sie mit 17 gegen 13 Stimmen im Senat angenommen (12. März 1818) und in's Haus zurückgeschickt, welches sie aber liegen ließ. Ob ihren nördlichen Bevorwortern inzwischen wohl die Consequenzen des Gesetzes klar geworden waren?

Das Volk der nördlichen Staaten verhielt sich zur ganzen Debatte sehr still und scheint sich wenig oder gar nicht darum gekümmert zu haben; die damaligen Zeitungen sprachen kaum davon.

Natürlich hatte unter diesen Verhältnissen der Sklavenhandel im Innern nicht allein seinen ungestörten, sondern sogar seinen vermehrten Fortgang. New York und New Jersey, damals selbst noch Sklavenstaaten, verboten, über seine kolossale Ausdehnung erschreckt, die Ausfuhr von Sklaven aus ihren Gebieten und wandten sich an den Congreß um Abhülfe. Allein vergebens! Selbst die Sklaven-Einfuhr dauerte fort. In Georgia und Alabama wurden nach wie vor Sklaven importirt, so z. B. im Jahre 1818 nach der niedrigsten Schätzung

etwa 14,000. Einige Cargoes wurden zwar confiscirt und öffentlich verkauft; aber diese vereinzelten Strafen waren ebensowenig geeignet, den öffentlichen Unfug zu unterdrücken, als das im Jahre 1819 angenommene Gesetz; wonach Jeder, der zur Habhaftwerdung eines widerrechtlich eingeführten Afrikaners verhilft, 50 Dollars und halb so viel erhält, wenn der Sklave noch auf offener See ergriffen werden kann. Der Versuch endlich, den Sklavenhandel mit dem Tode zu bestrafen, passirte zwar das Haus, stieß aber im Senate auf Widerspruch und wurde also kein Gesetz.

Der Congreß fing übrigens erst zu einer Zeit an, ernste Maßregeln gegen die Sklaven-Einfuhr zu ergreifen, wo sie in Folge des Friedens und des einstimmigen Beschlusses der Seemächte ohnehin bald ganz aufhören mußte. Je mehr er also jetzt gegen den auswärtigen Sklavenhandel gesetzgeberte, desto ungestörter ließ er den inneren sich entwickeln, ja desto mehr that er offen und heimlich für dessen Vergrößerung.

Das Missouri-Compromiß legte diese Majorität des Congresses für die Sklavenhalter am offensten zu Tage — doch darüber im nächsten Kapitel.

V.

Das Territorium Missouri war am 18. Dezember 1818 beim Congresse darum eingekommen, als Staat in die Union aufgenommen zu werden. Da dem kurz vorher geschaffenen, ausschließlich aus Sklavenstaaten angesiedelten Territorium Alabama nachgegeben war, seine Constitution ohne irgend eine Beschränkung in der Sklavenfrage zu entwerfen, so nahm auch Missouri dies Recht für sich in Anspruch.

Bei der Verhandlung dieses Antrages im Hause verlangte dagegen J. Tallmadge, Abgeordneter von New York, daß dem Verfassungs-Entwurf eine Bedingung hinzugefügt werden sollte, wonach Missouri von jetzt an keine Sklaven mehr einführen und die Kinder der bereits vorhandenen mit dem fünfundzwanzigsten Jahre frei werden sollten. Nach einer dreitägigen heftigen Debatte drang dieser Antrag mit 87 gegen 76 Stimmen durch. Taylor, welcher bei dem die Missouri-Bill begleitenden Gesetzesvorschlage über die Organisation des Gebietes Arkansas dieselbe Beschränkung eingeschaltet hatte, konnte für seinen Antrag (88 gegen 88 Stimmen) keine Majorität erlangen und schlug deshalb zu dem Gesetze einen Zusatz vor, welcher die Einführung weder von Sklaven noch von unfreiwilliger Dienstbarkeit in irgend eins der Territorien nördlich vom 36° 30′ der beabsichtigten Gränze von Arkansas, gestattete.

Livermore von New Hampshire fand diesen Vorschlag im wahren Geiste der Vereinbarung, meinte aber, daß die Theilungslinie nicht zum Vortheil der Freiheit ausfiele; Harrison beantragte eine nördliche Gränzlinie, welche ganz Missouri und die mit ihm in derselben Breite gelegenen Territorien in das Gebiet der Sklaverei zog; Mc Lean von Delaware sprach sich auch für eine Theilungspolitik aus; aber die meisten nördlichen und südlichen Mitglieder waren jeder Vereinbarung feind, und so zog Taylor sein Amendement zurück. Die Arkansas-Bill passirte denn ohne jede Beschränkung das Haus und ging an den Senat. Offenbar wurde Taylor bei seinem Antrage von der Absicht geleitet, westlich des Mississippi dasselbe Princip hinsichtlich der Zulässigkeit der Sklaverei einzuführen, als es bereits östlich vom großen Flusse herrschte, und dem Ohio sollte der 36° 30′ der Breite als Gränzscheide der freien und Sklavenstaaten entsprechen.

Die Sklavenhalter erklärten jedoch eine Beschränkung der Sklaverei den Bestimmungen des mit Frankreich abgeschlossenen Cessions-Vertrages für zuwiderlaufend, weil den Einwohnern der abgetretenen Territorien die Zulassung zur Union mit allen Privilegien der Vereinigten Staatenbürger verbürgt worden, und weil es eins dieser Privilegien wäre, Farbige als Eigenthum zu halten. Der Congreß könnte daher ohne gewaltthätig in die Souverainität der Einzelnstaaten einzugreifen, das Sklavenhalten nicht verbieten, noch die Sklavenhalter im Genuß ihres Eigenthums innerhalb der Territorien hindern. Ihre Gegner indessen waren weit entfernt einzuräumen, daß das Halten von Sklaven ein Recht der Vereinigten Staatenbürger sei, und entgegneten, daß dem Congreß allerdings frei stehe, Demjenigen, den es in die Union zulassen wolle, Bedingungen aufzuerlegen. Die Constitution habe freilich den südlichen Staaten, welche die Union mitgebildet, die Sklaverei nachgegeben, allein diese Conzession könne sich nicht auf die neuerworbenen

Gebiete erstrecken; hier setze sie vielmehr unbedingte Freiheit voraus und deshalb müsse die Gesetzgebung die Sklaverei immer beschränken, aber nirgend ermuthigen. Ein Aufgeben dieses Princips heiße die Interessen der arbeitenden Klasse der verhältnißmäßig geringen und wenig verdienstlichen Sklavenhalter-Kaste opfern.

Also damals schon ganz dieselben Argumente und dieselbe Erbitterung wie heute! Colston von Virginien warf Livermore vor, daß er zu den Gallerien rede und den Bürgerkrieg entzünde; Cobb von Georgia rief Tallmadge, dem Urheber der Beschränkungs-Clausel zu, daß er ein Feuer angezündet habe, welches nicht alle Wasser des Ozeans, sondern nur Seen von Blut auslöschen könnten. Wenn die nördlichen Mitglieder auf ihrer Politik beharrten, so würde die Union aufgelöst werden.

„Derartige Redensarten," antwortete Tallmadge würdig, „machen keinen Eindruck auf mich. Die glorreiche Sache, für die ich hier einstehe, ist mit meiner ganzen Existenz verwachsen, sie ist der unversöhnlichste Haß gegen die grausamste und erniedrigendste Sklaverei, welche die Welt kennt. Aber ist es wirklich schon dahin gekommen, daß in dem Congresse der Vereinigten Staaten die Sklaverei ein so delikates, gefährliches und rücksichtsvolles Thema geworden ist, daß man sie nicht mehr verhandeln darf? — Dürfen Mitglieder, welche ihre Ansicht darüber auszusprechen wagen, deshalb angeklagt werden, daß sie zu den Gallerien reden und einen Sklaven-Aufstand hervorzurufen trachten? — Dieselben Männer sprechen von Auflösung der Union, von Bürgerkrieg und Blutscenen, welche das Uebel, welches sie einzig hervorrufen könnte, die Sklaverei, nur noch weiter ausdehnen wollen. Wenn man jetzt schon nicht mehr unangefochten über diesen Gegenstand sprechen soll, was wird erst das Resultat sein, wenn die Sklaverei sich bereits über ein ungeheures Gebiet ausgedehnt hat? — Jetzt aber

muß seiner Ausdehnung vorgebeugt werden, oder die Gelegenheit dazu ist für immer verloren. Man sagt, die Ansiedlung des Westens werde verzögert und der Werth des dortigen Eigenthums sich vermindern, wenn die Sklaverei dort nicht erlaubt würde. Eine solche Beweisführung spricht jeder Moral Hohn und macht das persönliche Interesse zur Basis der Gesetzgebung. Wenn der Westen jetzt nicht ohne Sklaverei angesiedelt werden kann, so möge er lieber bis auf bessere Zeiten in seinem gegenwärtigen Zustande bleiben. Selbst kein Südländer wird die Sklaverei und den Sklavenhandel prinzipiell zu vertheidigen wagen; möge sie darum auf die ursprünglichen Sklavenstaaten beschränkt bleiben, und uns ein solcher Beschluß vor den Vorwürfen der Zukunft schützen."

Als die Arkansas-Bill an den Senat kam, machte Roberts von Pennsylvanien den Vorschlag, das Verbot der Sklaverei darin auszusprechen, wurde aber mit 19 gegen 14 Stimmen zurückgewiesen. Auch in der Missouri-Bill wurde die Bestimmung gegen die fernere Sklaven-Einfuhr mit 22 gegen 16 Stimmen gestrichen, und die Clausel für die Emancipation der Kinder, sobald sie 25 Jahre alt, erhielt nur 7 Stimmen. Das Haus indessen weigerte sich durch ein Votum von 78 gegen 76 diesen Abänderungen zuzustimmen. Der Senat wollte aber auch nicht nachgeben, und so war die Bill für diese Sitzung des Congresses verloren.

Der kurze Zwischenraum, der zwischen dem Rücktritt des 15. und dem Zusammentreten des 16. Congresses lag, schien denn doch endlich im Norden die Erkenntniß der ihm von den Sklavenstaaten drohenden Gefahr erweckt zu haben. Die Amerikanische Abolitionisten-Gesellschaft versammelte sich nach langer Pause im Oktober 1819 wieder in Philadelphia, um mit wohlgemeintem philantropischem Rathe auf Abschaffung der Sklaverei zu dringen. So wenig diese religiösen Schwärmer auch in gewöhnlichen Zeiten vermocht hätten, so kamen ihnen diesmal

doch die Politiker zu Hülfe und machten die von jenen ausgegangene Agitation zur schneidenden Waffe gegen den Süden. Eifersucht auf dessen Uebergewicht und Bevormundung hatte die nördlichen Föderalisten bereits gegen den Ankauf von Louisiana aufgebracht; sie waren aus demselben Grunde gegen die Errichtung des Territoriums Orleans in einen Staat gewesen und hatten 1814 auf der Hartforder Convention sogar verlangt, das sie bedrohende Uebel mit der Wurzel auszurotten, indem sie Abschaffung der Sklaven-Repräsentation verlangten Bis zum Jahre 1819 standen die Föderalisten vereinzelt und ohne Stütze da; jetzt aber vereinigten sich die nördlichen, namentlich die New Yorker Demokraten mit ihnen. Die Nichtzulassung neuer Staaten oder die Abänderung der Constitution, soweit sie die Sklaven-Vertretung im Congresse betraf, schienen zu hoffnungslose und unpopuläre Mittel, um im Kampfe gegen den Süden zu dienen; dagegen glaubten sie in der Anwendung der Ordonnanz von 1787 auf die westlich vom Mississippi gelegenen Territorien eine bessere Waffe zu finden. Diese Idee griff mit Blitzesschnelle um sich, verwischte vollends die alten Partei-Unterschiede und bewirkte im Norden eine neue politische Vereinigung der bisherigen Föderalisten und Republikaner, ähnlich derjenigen, welche im Süden schon zwanzig Jahr lang bestanden und die Controlle über die auswärtige und innere Politik der General-Regierung geführt hatte.

Die mittleren Staaten, aus denen bisher jede Maßregel zur Beschränkung der Sklaverei hervorgegangen war, standen auch diesmal wieder an der Spitze der Bewegung. Einer großen Versammlung zu Trenton in New Jersey, folgten bald mehrere in New York, Philadelphia, Boston und Salem, und in allen größern nördlichen Städten wirkten Demokraten und Föderalisten eifrig zusammen, um für die neue Politik gegen die Sklavenhalter zu agitiren. Comités richteten Ansprachen an das Volk, und auf Bitte des New Yorker Comité's ver-

öffentlichte Senator Rufus King die Skizzen zweier durch die Senatsberichte nicht mitgetheilten Reden, in welchen er dem Congreß das konstitutionelle Recht zusprach, die Sklaverei in den Territorien zu verbieten.

Mitten in diese Agitation trat ein Ereigniß, das den Norden dem Süden gegenüber in entschiedenen Nachtheil brachte. Der Plan, das Gebiet Maine von Massachusets zu trennen und zu einem selbstständigen Staate zu erheben, war schon seit dem Kriege wieder aufgenommen, und namentlich in jüngster Zeit von den Demokraten, welche dort wegen der vorwiegenden Schifffahrts-Interessen die Oberhand hatten, sehr lebhaft betrieben worden, weil sie sich im Falle seiner Ausführung der Controlle der Massachusets Föderalisten entzogen. Auch diese waren nicht dagegen, weil sie sich dann zu Hause stärkten, während sie freilich die bisher hervorragende Stellung des Staates Massachusets in allen nationalen Angelegenheiten aufgaben und New York Platz machten. Die Föderalisten von Maine waren freilich gegen eine Trennung von Massachusets; indessen sprach sich das Volk von Maine nach vorheriger Einwilligung des Mutterstaates für selbstständige Constituirung aus und entwarf unterm 11. October 1819 eine in ihren Grundsätzen der von Massachusets nachgebildete Verfassung.

In demselben Sommer hatte auch der neue Staat Alabama seine Constitution ganz nach dem Vorbild von Mississippi angenommen. Nach der bisherigen versöhnenden und beschwichtigenden Praxis wurde vom Congresse immer alternirend je ein Sklaven- und ein freier Staat aufgenommen. So folgten sich Kentucky und Vermont, Tennessee und Ohio, Louisiana und Indiana, Mississippi und Illinois, und Alabama hätte Missouri gegenüber gestanden, wenn sich jetzt nicht auch Maine als unbedingt freier Staat mit seinem Aufnahme-Gesuche zwischen sie gedrängt und die Aufnahme Missouri's als freien Staat zweifelhaft gemacht hätte.

Durch diesen Umstand gewann die Missouri-Frage für den am 6. Dezember 1819 zusammengetretenen 16. Congreß doppelt an Bedeutung. Gleich nach seiner Constituirung wurde auf Antrag Taylor's von New York ein Ausschuß ernannt, welcher die Zulässigkeit des Sklaverei-Verbots westlich vom Mississippi untersuchen sollte. Eine bereits eingebrachte Bill, welche Missouri berechtigte, seine Constitution zu entwerfen, wurde zurückgesetzt, bis jener Ausschuß seinen Bericht erstattet hätte. Er konnte sich aber nicht einigen, erstattete also auch keinen Bericht, und bat am 5. Januar 1820 um seine Auflösung. Dieser Versuch, die Sklaverei in den Territorien durch ein besonderes Gesetz zu verbieten, verdient große Beachtung wegen der verschiedenen Meinungs-Aeußerungen, die er hervorrief. Taylor sagte u. A., er setze voraus, daß kein Mitglied vorhanden wäre, welches die constitutionelle Befugniß des Congresses zur Erlassung eines solchen Verbotes in Frage stellte. Mercer von Virginien bemerkte, er würde die Frage unterstützen, sobald sie vor's Haus käme, damit nicht bis an die friedlichen Ufer des stillen Ozeans die düsteren Wolken der Unmenschlichkeit drängen, welche jetzt sein Land verfinsterten. Dagegen unterlag der Versuch, den die andere Seite des Hauses machte, um den Beschluß über die Zulassung von Maine so lange zu verschieben, bis die Missouri-Bill vorkam; denn die Maine-Bill passirte und ging sofort an den Senat.

Dies Mal blieb die Debatte nicht auf den Congreß beschränkt. Die Staatslegislaturen sprachen sich zuerst aus. Die Pennsylvanische appellirte einstimmig an die übrigen Staaten „den Vertrag mit dem Verbrechen zu verweigern“ und erklärte es für Recht und Pflicht des Congresses, westlich vom Mississippi die Sklaverei zu verbieten. New Jersey und Delaware, letzteres bekanntlich ein Sklavenstaat, folgten ebenfalls einstimmig. New York nahm auf Empfehlung des Gouverneurs Clinton hin dieselben Beschlüsse an. Hier übertrafen Föde-

ralisten, Clintonianer und Tammany-Hall-Männer einander an Eifer gegen die Missouri-Bill, und unter seinem Einflusse sandte der Staat fast ohne Opposition King in den Senat zurück, während sich noch kurz zuvor Tammany-Hall, das Haupt-Quartier der New Yorker Demokraten und Clintonianer über seinen Nachfolger nicht einigen konnten. Ohio bekannte sich ebenfalls zu derselben Ansicht. Indiana's Legislatur tadelte Taylor, einen ihrer Senatoren, auf's Strengste, weil er dafür gestimmt hatte, das Territorium Arkansas ohne das Sklaverei-Verbot zu organisiren. Neu Englands Legislaturen verhielten sich zwar still; indessen wurden von dorther zahlreiche Petitionen von Städten, Flecken und öffentlichen Versammlungen gegen die Missouri-Bill beim Congreß eingereicht.

Virginien und Kentucky agitirten ebenso eifrig auf der entgegengesetzten Seite; die Legislatur von Maryland nahm zwar ihre Partei, indessen traten die Bürger von Baltimore, dem Haupthandelsplatz des Südens, bei einem Meeting unter Vorsitz des Mayor entschieden beim Congresse gegen die weitere Ausdehnung der Sklaverei auf.

Im Senate wurde der Maine-Bill eine Clausel für Zulassung von Missouri angehängt. Alle südlichen Senatoren stimmten dafür, weil sie auf diese Weise Missouri, der bisher befolgten Praxis gemäß, unbedingt als Sklavenstaat aufnehmen konnten. Roberts von Pennsylvanien beantragte, dieser Clausel ein Sklaverei-Verbot hinzuzufügen; aber nach vierzehntägiger Debatte fiel sein Antrag mit 27 gegen 16 Stimmen durch. William Pinkney von Maryland, zu jener Zeit das anerkannte Haupt des Amerikanischen Barreau's, legte am 21. Januar zuerst den Compromißplan nahe und meinte, die Streitfrage werde am besten durch ein in Aussicht gestelltes Sklaverei-Verbot nördlich und westlich vom Missouri geschlichtet. Nach einer ferneren vierzehntägigen Debatte ging dann die Vereinigung von Maine und Missouri in einer Bill mit 23 zu

21 Stimmen durch, und damals schlug Thomas von Illinois ein neues Amendement vor, welches für den Rest von Louisiana und nördlich von der Gränze von Arkansas die Einführung der Sklaverei für immer verbot, und welches, die Basis für das spätere Compromiß bildend, mit 34 gegen 10 Stimmen angenommen wurde.

In dieser Bill gewinnt das Missouri-Compromiß zuerst Form und Gestalt. Ihre wesentlichen Bedingungen sind die Zulassung von Missouri als Staat, ohne jede Beschränkung in der Sklavenfrage, und das Verbot der Sklaverei in dem nördlich vom 30° 30′ gelegenen Theile von Louisiana. In ihrer nunmehrigen Gestalt passirte die Bill mit 24 gegen 20 Stimmen die letzte Abstimmung. Bejahend stimmten alle südlichen Senatoren, mit Ausnahme von Nathaniel Macon von Nord Carolina und William Smith von Süd Carolina, beide Senatoren von Illinois, einer von Rhode Island und einer von New Hampshire. Angekündigt, eingeführt und vertheidigt von einem ausgezeichneten südlichen Staatsmann, wurde das Missouri-Compromiß dem Norden auch durch das fast einstimmige Votum des Südens aufgezwängt. Die betreffende Stelle aber (§. 8 des späteren Gesetzes) lautet wie folgt:

> „Und sei ferner verfügt, daß im gesammten, von Frankreich unter dem Namen Louisiana an die Vereinigten Staaten abgetretenen Territorium, welches nördlich vom 36° 30′ liegt und nicht in den Grenzen dieses Staates (Missouri) einbegriffen ist, Sklaverei und unfreiwillige Dienstbarkeit, außer als Strafe für Verbrecher, für immer verboten sein soll und verboten ist.“

Inzwischen war das Haus als Comité des Ganzen mit der Original-Bill für die Zulassung von Missouri und mit dem Verbot fernerer Sklaven-Einfuhr dahin beschäftigt. Als die Maine-Bill mit der unbeschränkten Zulassung Missouri's und

dem Compromiß von Thomas vom Senat an's Haus zurückkam, stimmten 159 zu 18 dagegen, so wenig hatte man damals noch auf beiden Seiten Lust, einen Vergleich abzuschließen. Unter den 18 bejahenden Stimmen waren 8 aus dem Süden und 10 aus dem Norden.

Da beide Häuser bei ihrem Entschlusse beharrten, so trug der Senat endlich auf ein Conferenz-Comité an, welches von den Repräsentanten bewilligt und von Seiten Clays, des Sprechers des Hauses, mit einer entschiedenen Mehrheit von Vereinbarern besetzt wurde. Während dieser Conferenz wurde am 29. Februar 1820 im Hause Bericht über die Original-Missouri-Bill erstattet und eine Clausel, welche die fernere Sklaven-Einfuhr verbot, mit 93 gegen 84 Stimmen angenommen. Clay und Stores von New York suchten aus dem kategorischen Verbot eine bittende Empfehlung zu machen; allein sie unterlagen mit 98 gegen 82 Stimmen, und die Bill ging in der adoptirten Form an den Senat.

Am 1. März 1820 schickte dieser die Missouri-Bill an's Haus zurück, nachdem er dies Sklaven-Einfuhr Verbot gestrichen hatte. Zu gleicher Zeit empfahl Holmes vom Conferenz-Comité dem Senate von seinen Amendements zur Maine-Bill abzustehen, was auch am 2. März 1820 geschah, dem Hause aber, die Missouri-Bill in ihrer neuen Form zu passiren. Um dieser Empfehlung die Annahme zu sichern, wurden alle erforderlichen Schritte gethan. Man gewann vier obscure nördliche Mitglieder für's Compromiß und drei, darunter zwei von New York, entfernten sich bei der Abstimmung. Durch dies Manöver gelang es mit 90 zu 87 Stimmen das Verbot der Sklaverei in Missouri zu streichen, statt dessen wurde aber dieselbe von allen nördlich vom 36° 30′ gelegenen Territorien mit 134 gegen 42 Stimmen ausgeschlossen. Unter den letzteren befanden sich 35 südliche, welche dem Congresse die Befugniß zur Erlassung eines solchen Gesetzes bestritten, und 5

nördliche, denen es nicht weit und umfassend genug war. Maine und Missouri traten jetzt als unabhängige Staaten in die Union ein und im Einklange damit fügte man dem Titel der Missouri-Bill die Worte bei: „und Sklaverei-Verbot in gewissen Territorien.“ So passirte die Bill beide Häuser in der Nacht vom 2. auf den 3. März 1820 und am Morgen des 3. brachte der „National-Intelligenzer“ einen Leit-Artikel mit der Ueberschrift: „Die Frage ist abgemacht“ (the question settled).

Alles war jetzt gespannt auf das Verfahren des Präsidenten Monroe in dieser Angelegenheit, besonders nachdem die Virginische Legislatur sich ausdrücklich dahin ausgesprochen hatte, daß der Congreß nicht das Recht habe, einem in die Union zuzulassenden Staate irgend ein Verbot aufzuerlegen. Auch im Laufe der Debatten hatten die südlichen Unterstützer des Compromisses zwischen Staaten und Territorien unterschieden. Sie gaben zu, daß dem Congreß das Recht zustehe, den Letzteren Bedingungen aufzuerlegen, und daß sie in der constitutionellen Befugniß enthalten seien, alle nöthigen Bestimmungen und Anordnungen zu treffen, welche die Gebiete und anderes Eigenthum der Vereinigten Staaten angehen. Dagegen war geltend gemacht worden, daß diese Clausel sich nur auf die Territorien als Eigenthum bezöge, daß sie aber als Gegenstand der politischen Organisation ganz auf demselben Boden mit den Staaten ständen.

Um sich aus dieser Verlegenheit zu helfen, legte Monroe seinem Cabinete zwei Fragen vor, nämlich:

1) „Hatte der Congreß die constitutionelle Gewalt, die Sklaverei in den Territorien zu verbieten?“
2) „War der Ausdruck „für immer“ in der Verbots-Clausel der Missouri-Bill dahin zu verstehen, daß er sich nur auf die territoriale Eigenschaft des betreffenden Distriktes bezog, oder war es ein Versuch, das Verbot der

Sklaverei auch auf die daraus zu bildenden Staaten auszudehnen?"

In der ersteren Frage sprach sich das ganze Cabinet einstimmig bejahend aus, darunter Calhoun, der Vorfechter des Südens. Hinsichtlich der zweiten meinte Adams (der spätere Präsident), daß der Ausdruck „für immer" nicht allein mit dem Aufhören der territorialen Eigenschaft des Distriktes noch bestehen bliebe, sondern daß er sich auch auf alle später und zu beliebiger Zeit daraus zu errichtenden Staaten bezöge und so weit als möglich erklärt werden müßte. Die andern Mitglieder hielten dafür, daß dies „für immer" nur ein territoriales „für immer" und daß es nur als solches nicht mit dem Rechte irgend eines später zu errichtenden Staates in Zwiespalt träte, der die Sklaverei einführen oder verbieten wollte. Um aber die Erörterung dieses delikaten Punktes zu vermeiden und der Ansicht des Cabinetes den Anschein der Einstimmigkeit zu geben, wurde die zweite Frage auf Calhoun's Suggestion dahin abgeändert:

„War die Bestimmung, wie sie im Gesetze stand, constitutionell oder nicht? —"

Hierzu konnten alle Minister trotz der prinzipiellen Meinungsverschiedenheit Ja sagen, und auf dieses Ja hin zeichnete Monroe beide Bills. Ihre schriftliche Antwort wurde in den Archiven aufbewahrt und ist seitdem daraus verschwunden. Monroe's Bestätigung der Congreß-Bill ging also aus einem ganz andern Gesichtspunkte hervor, als ihre Annahme im Congresse. Augenblicklich kam es dem Süden nur darauf an, mit jenem Kniffe der Zulassung Missouri's als Sklavenstaates den Weg zu ebenen und für das im Gesetz enthaltene Gebiet ein Versprechen in Aussicht zu stellen, das man nie zu erfüllen die Absicht hatte.

Trotz der Erbitterung Randolphs, der das Compromiß einen „schmutzigen Handel" und seine nördlichen Unterstützer

„Breigesichter“ nannte, betrachtete der Süden dasselbe als einen großen Triumph. Und mit vollem Recht! Missouri war ihm gesichert, Arkansas und Florida, schon theilweise bevölkert, konnten bei geschickter Leitung in 6 oder 7 Sklavenstaaten zerlegt werden, und der nördlich vom 36. 30 Grade der Breite gelegene große Landstrich fiel vor den nächsten Jahrzehnten kaum in die Wagschale, da hier Alles noch undurchforschte Wildniß und Indianer-Territorium war.

„Ich beeile mich“ — so schreibt ungefähr Ch. Pinkney, ein wüthender Secessionist von Süd Carolina, um 3 Uhr Morgens am 2. März 1820 aus der Congreßhalle an einen befreundeten Redacteur — „ich beeile mich Ihnen mitzutheilen, daß wir in diesem Augenblick die Zulassung Missouri's und alles südlich vom 36° 30′ gelegenen Gebietes ohne das Verbot der Sklaverei durchgesetzt haben. Somit muß sich der Süden in kurzer Zeit durch 6 bis 8 neue Senatoren verstärken. Dies Resultat wird von allen südlichen Mitgliedern als ein großer Triumph betrachtet. Ein paar gemäßigte nördliche Repräsentanten entfernten sich und dadurch war uns der Sieg gesichert. Auf das Land nördlich vom 36° 30′ kommt es vorläufig noch gar nicht an; es ist nur von wilden Bestien und Indianern bewohnt und kann dort für's Erste noch kein Landamt errichtet werden.“

Auf der andern Seite fühlten die einsichtigern Politiker des Nordens diese ihre Niederlage nur zu wohl.

„Der Eindruck, den die fortschreitende Diskussion auf mich macht“ — schreibt John Quincy Adams zu jener Zeit in seinem Tagebuche — „ist der, daß der Handel zwischen Freiheit und Sklaverei, den die Constitution der Vereinigten Staaten in sich enthält, ein großes moralisches und politisches Uebel und unverträglich mit den Prinzipien ist, durch welche einzig und allein unsere Revolution gerechtfertigt werden kann; daß er grausam und unterdrückend, weil er die Sklavenketten

befestigt, und von der Freiheit das Pfand verlangt, die Tyrannei der Herren zu verewigen; daß er im höchsten Grade ungerecht und unpolitisch, weil er zuläßt, daß die Sklaven zu gleicher Zeit als Eigenthum besessen und ihren Herren zurückgegeben werden, während sie auf der andern Seite sich nicht selbst als Personen repräsentiren, sondern nur ihren Herren den doppelten Antheil an der Repräsentation geben. Die Folge davon ist, daß die Sklavenrepräsentation die Union beherrscht.

Die Legislatur des Staates Pennsylvanien erschwerte als Antwort auf das Missouri-Compromiß die Ausführung des Gesetzes gegen flüchtige Sklaven, die namentlich in diesem an die Sklavengebiete gränzenden Staate gewöhnlich eingefangen wurden. Sie verbot durch Beschluß vom 22. März 1820 den Friedensrichtern und Aldermen das Gesetz von 1793 zu befolgen, da seine Ausführung nur den Richtern der höchsten Gerichtshöfe zustehe, und erließ strenge Strafbestimmungen dagegen, daß Neger und Mulatten ohne Prozeß, mit List oder Gewalt aus dem Staate ausgeführt würden, um sie als Sklaven zu behalten oder zu verkaufen. Das hieß mit andern Worten das Gesetz von 1793 verbieten.

Uebrigens war die Missouri-Streitfrage mit der Genehmigung des Compromisses durch den Präsidenten noch keineswegs abgethan. Die Convention, welche die Verfassung des neuen Staates zu entwerfen hatte, verlangte u. A. auch von der Legislatur Gesetze gegen die Niederlassung freier farbiger Personen im Staate. Der Norden sah diese Clausel als eine absichtliche Beleidigung und Verhöhnung an, da freie Farbige in andern Staaten bisher volles Bürgerrecht genossen hatten. Im Senate gelang es, die Zulassung Missouri's mit jenem Verbote durch die ausdrückliche Voraussetzung zu ebenen, daß der Congreß zu keiner Clausel in der Constitution Missouri's seine Zustimmung gebe, welche im Widerspruche zu den constitutionellen Rechten stehe, welche die Bürger der Einzelstaaten

in allen übrigen Staaten haben. Das Haus aber wollte jene Clausel gestrichen wissen, und dann erst Missouri an einem bestimmten Tage zulassen. Aber dieser Antrag fiel durch, namentlich weil eine große Anzahl compromißfeindlicher Stimmen dagegen war, die durch dies Manöver das letzte Compromiß zu stürzen und die Zulassung Missouri's als freien Staates durchzusetzen suchten. Clay nahm darauf den Senatsbeschluß wieder auf und setzte nach einer vierwöchentlichen heftigen Debatte endlich unterm 27. Februar 1821 durch, daß der Senat mit 26 zu 15 und das Haus mit 86 zu 82 Stimmen Missouri als Staat zuließen, wenn sich seine Gesetzgebung feierlich verpflichtete, weder ein Gesetz anerkennen, noch erlassen zu wollen, wodurch ein Bürger eines andern Staates von den Privilegien und Freiheiten ausgeschlossen sein sollte, zu welchen er unter den Vereinigten Staaten-Gesetzen berechtigt war. Die Gesetzgebung erkannte diese Verpflichtung an, und so trat Missouri erst am 10. August 1821 als Sklavenstaat in die Union ein.

Während vom Anfang der Union an die freien Staaten den Sklavenstaaten immer um einen überlegen gewesen waren, und während bei Aufnahme von neuen Staaten immer ein nördlicher und südlicher zugleich aufgenommen wurden, brach das Missouri-Compromiß das alte Balancirsystem und stellte durch Zulassung von Missouri und Alabama gegenüber Maine die freien Sklaven der Sklavenstaaten auch an Zahl im Senate gleich. In ihm schlossen der Norden und Süden einen Waffenstillstand auf unbestimmte Zeit ab, denn das Mißtrauen, welches sich früher mehr instinktiv als bewußt ausgesprochen hatte, zeigte sich bei der Aufnahme von Missouri zuerst unverhohlen und offen. Beide Theile wurden hier zuerst die schroffe Kluft gewahr, die sie für alle Zeiten von einander trennen mußte, und wenn sie dieselbe durch einen „schmutzigen Handel“ zu überbrücken suchten, so erklärten sie durch diesen Akt als

höchſtes Geſetz des Landes, daß fortan der Schacher über dem Princip der Freiheit ſtehe. Der Schacher hört aber ſo lange nicht auf, als es etwas zu handeln giebt. Deshalb wird auch das mühſam wieder hergeſtellte Gleichgewicht durch jeden neu zu machenden Erwerb wieder in Frage geſtellt. Je intenſiver ſich der Norden entwickelt, deſto extenſiver ſucht der Süden zu werden. So wird in Zukunft jedes Mal, ſo oft es ſich um Aufnahme eines neuen Staates oder um den Erwerb eines neuen Gebietes handelt, die Sklavenfrage zur Frage des politiſchen Gleichgewichtes und aus dieſem Grunde nothwendig von den heftigſten Kämpfen und inneren Erſchütterungen begleitet.

VI.

Bei dem Missouri-Compromiß behielt es über 30 Jahre sein Bewenden. Die hohe Aufregung der letzten Jahre machte einer eben so tiefen Erschlaffung der Kampf ermüdeten Parteien Platz. Der Friede schien für ewige Zeiten wieder hergestellt zu sein, und Monroe's zweite Präsidentschaft, zu der er einstimmig erwählt wurde, hieß das Zeitalter des guten Einverständnisses. Alle Partei-Unterschiede gingen in den am Ruder befindlichen Demokraten auf, weil eben die entscheidenden und Alles erschütternden politischen Fragen einige Jahre lang schliefen, nicht aber etwa deshalb, weil der jüngste Tag der Eintracht und der allgemeinen Gottseligkeit auf Erden herabgestiegen wäre. Nein, von diesem langweiligen Schicksale wurden die Vereinigten Staaten verschont. Die Parteiungen mit ihren Kämpfen und Spaltungen waren aber selbstredend gleich wieder bei der Hand, als die Lebens-Interessen des Landes in eine neue Phase traten. Die Tarif- und Bank-Frage liefern den besten Beweis hierfür.

Die Politik der nächsten Jahrzehnte hatte es fast ausschließlich mit den inneren Intriguen und nebenbei auch mit den staatlichen Verhältnissen zu thun. Erst die Verhandlungen über die Aufnahme von Texas drängten die Sklavenfrage von Neuem in den Vordergrund. Mexico hatte bekanntlich 8 Jahre nach

seiner Unabhängigkeits-Erklärung seine Sklaven vollständig emancipirt, und auch die Provinz Texas dieses Decret genehmigt. Unmittelbar von dieser Maßregel an datirt der Plan für Annexation von Texas an die Vereinigten Staaten. Der Süden verlangte es, um seinen Interessen eine größere Sicherheit zu geben und sich neue Sklavenmärkte zu öffnen. Jackson hatte zu wiederholten Malen der Mexicanischen Regierung den Ankauf von Texas angeboten, allein alle seine Bemühungen blieben sechs Jahre hindurch vergeblich. So wurden denn vom Süd-Westen Anstalten getroffen, um dort einen Aufstand zu Stande zu bringen, und Leute und Kriegsmunition hingesandt. Im December 1835 erklärten etwa 90 Personen die Unabhängigkeit; sie waren mit Ausnahme von zweien, alle Amerikaner und von Niemanden zu diesem Schritte abgeordnet oder beauftragt. Santa Anna wurde im April 1836 bei San Jacinto von den eingedrungenen Freibeutern geschlagen, und diese machten Texas 1836 zur selbstständigen Republik, deren Verfassung ganz nach dem Muster der südlichen Unions-Staaten copirt war. Unfähig, selbstständig zu leben oder zu sterben, wandte es sich schon 1837 an die Vereinigten Staaten um Zulassung in die Union, fand aber beim Präsidenten van Buren nicht die erwartete Ermunterung. Deshalb ruhte der ganze Plan bis zur nächsten Präsidentschaft unter Tyler. Sein Staatssekretair Upshur von Virginien eröffnete wieder die Unterhandlungen und brachte einen Annexations-Vertrag zu Stande, der aber am 8. Juni 1844 vom Senate verworfen wurde.

Es ist wahr, daß sich die Engländer in Texas gegen die Vereinigten Staaten festzusetzen und sie bei der empfindlichsten, verwundbarsten Seite, der Sklavenfrage, zu packen versuchten. Um statt aller Beispiele ein naheliegendes anzuführen, so zeigten die Verhandlungen mit dem Prinzen Solms-Braunfels und die Englische Begünstigung des „Vereines deutscher Fürsten

und Herren für die Coloniſation von Texas“ dies Streben Englands am deutlichſten. Den ſüdlichen politiſchen Führern konnte nichts erwünſchter ſein, und namentlich malte Calhoun die durch den engliſchen Abolitionismus den Vereinigten Staaten drohende Gefahr mit den glühendſten Farben aus. John Tyler, der Zufalls-Präſident und ſelbſt Sklavenhalter aus Virginien, ſekundirte ihm getreulich, und bald ſprach ſich der Süden wie Ein Mann für die Aufnahme von Texas als Sklavenſtaat aus. „To strengthen the slave interest of this country“ war der offen ausgeſprochene Zweck der ſüdlichen Agitation. Der Norden aber erklärte ſich in großer Mehrzahl aus denſelben Gründen gegen die Aufnahme von Texas, und fortan nahm die Frage den Charakter ſectioneller Gehäſſigkeit zwiſchen Norden und Süden an.

Die Angriffsweiſe der Sklavenhalter, ihre Taktik, Drohungen und ſelbſt Beſtechungen waren ganz dieſelben wie bei allen vorhergehenden Gelegenheiten, wo es ſich um Ausdehnung des Sklavengebietes handelte. Die demokratiſche Partei in der ganzen Union ſchrieb Texas auf ihre Fahne und erklärte ſeine Zulaſſung für eine Prinzipien-Frage, für welche unbedingt der gerade neu zu erwählende Präſident ſich ausſprechen müßte. Die Gegner der Sklaverei im Norden und Weſten zerſplitterten ſich aber auch hier wieder, konnten ihre kleinen Rancunen der großen Hauptſache nicht unterordnen, und wichen Schritt vor Schritt zurück, bis ſie das Feld ganz den Demokraten, d. h. der Sklavenhalter-Partei, überlaſſen mußten. Dieſe ſetzten denn auch im Herbſte 1844 die Wahl von James K. Polk aus Tenneſſee zum Präſidenten durch. Die alten Parteiführer waren zu abgenutzt und abgetrieben, als daß ſie dem gläubigen Volke noch zur Parade hätten vorgeritten werden können; Polk aber war ein homo novus, von dem Niemand bisher etwas gewußt hatte, von dem man aber Alles verſprechen konnte. Er verpflichtete ſich ſelbſtredend durch die bloße Annahme ſeiner

Wahl zur Durchführung aller Pläne seiner Wähler und entsprach ihren weitgehendsten Anforderungen, so lange es sich um Ausdehnung der Sklaverei handelte.

Am 1. März 1845, drei Tage vor dem Rücktritt Tylers, wurde vom Congreß der Beschluß gefaßt, Texas den Vereinigten Staaten zu annectiren. Die diesem Beschluß unmittelbar vorhergehenden Debatten des Congresses werfen ein helles Licht auf einige bei anderen Gelegenheiten aufgestellte Behauptungen und Forderungen. Sie sind deshalb von ganz besonderem Interesse für die spätere Nebraskafrage und für die Beurtheilung von deren Urheber, Senator Douglas, der damals eine von seiner jetzigen himmelweit verschiedene Politik verfolgte. Unter dem 25. Januar 1845 stellte Milton Brown von Tennessee folgendes Amendement zu einer der Bedingungen, unter denen Texas aufgenommen werden sollte:

„Es sollen späterhin neue, aber nicht mehr als vier Staaten von entsprechender Größe und hinreichender Bevölkerung aus dem Gebiete von Texas mit dessen Zustimmung gebildet werden dürfen, und sind diese unter den Bedingungen der Bundes-Verfassung in die Union zuzulassen. Die südlich von der Missouri-Compromiß-Linie gelegenen Staaten aber sollen mit oder ohne Sklaverei aufgenommen werden, gerade so wie es das um Aufnahme einkommende Volk jedes Staates verlangt."

Douglas von Illinois, hiermit noch nicht zufrieden gestellt, bat den Antragsteller, seinem Amendement am Schlusse noch folgende modificirende Clausel hinzuzufügen:

„Und in solchen Staaten, die nördlich von der Missouri-Compromiß-Linie aus dem besagten Gebiete gebildet werden, soll Sklaverei und unfreiwillige Dienstbarkeit verboten sein."

Brown nahm auch diesen Zusatz an. Das Haus ent-

schied sich mit 118 zu 101 Stimmen dafür und auch der Senat stimmte ihm bei. Am 29. December 1845 passirte der vereinte Beschluß, welcher Texas auf Grund und im Einklang mit dem Missouri-Compromiß als Sklavenstaat zuließ, nachdem es seine Constitution angenommen und sich mit den ihm auferlegten Bedingungen einverstanden erklärt hatte. In formeller Beziehung enthält diese Zulassung sogar eine offene Verletzung der Verfassung, denn diese schreibt vor, daß Verträge mit auswärtigen Mächten, um gültig zu sein, der Bestätigung von $^2/_3$ aller Stimmen des Senats bedürfen. Texas war nun offenbar eine auswärtige Macht, mit welcher ein Vertrag wegen Aufnahme in die Union abgeschlossen werden mußte; allein der betreffende Artikel wäre bei der Zusammensetzung des Senates ein unübersteigliches Hinderniß gegen den Anschluß von Texas und die dadurch bedingte Ausbreitung der Sklaverei gewesen. Die Demokraten wußten sich aber zu helfen und faßten mit einfacher Majorität im Senate den Beschluß zur Aufnahme von Texas; sie ermächtigten zugleich den Präsidenten, dafür die erforderlichen Schritte zu thun.

So wurde Texas ein Staat der Union und bereitete durch seine möglichst unbestimmten Gränzen den Mexicanischen Krieg vor. Selten ist wohl ein ungerechterer Krieg von einem mächtigen Nachbarn begonnen worden, und höchstens bildet das jetzt von Rußland gegen die Türkei beobachtete Verfahren die Parallele zu dem Auftreten der Amerikaner gegen Mexico. Es ist die Wiederholung jener barbarischen Praxis aus den Zeiten der Völkerwanderung, wo der bloße Wunsch, ein schönes Land zu besitzen, und die erforderliche Macht, diesen Wunsch zu verwirklichen, die Herrschaft über große Gebiete verlieh. Aber die mittelalterlichen Barbaren verübten die nackte That, ohne sie erst rechtfertigen oder bemänteln zu wollen. Unsere modernen, sogenannten Cultur-Völker dagegen staffiren den Raubzug, nachdem er geglückt ist, mit allen möglichen schönen Prinzipien,

mit „manifest destiny“, Freiheit, Christenthum und Glaube, Liebe und Hoffnung aus.

Doch sei dem wie ihm wolle! — Als der Krieg bereits soweit fortgeschritten war, daß seine glückliche Beendigung durch die Vereinigten Staaten keinem Zweifel mehr unterlag, verlangte Polk vom Congresse die Bewilligung von 3 Millionen Dollars und versprach dafür „zur Entschädigung für die Vergangenheit und Bürgschaft für die Zukunft“ die Mexikanische Regierung zur Abtretung großer Ländermassen zu zwingen. David Wilmot, ein Repräsentant von Pennsylvanien, wollte die Bewilligung der geforderten Summe von der Bedingung abhängig gemacht wissen, daß die Sklaverei von den neuen, durch den Frieden zu erwerbenden Gebieten ausgeschlossen bleiben sollte, und das Haus trat am 6. August 1846 seinem Proviso bei. Antrag und Beschluß waren um so gerechtfertigter, als die Neger-Sklaverei nirgends in Mexico bestand. Aber der Senat ließ das Proviso fallen, und rief, während seine Annahme ein für alle Mal der Sklaverei eine Gränze gesetzt hätte, die weiteren Ansprüche und consequenten Forderungen des Südens zu Gunsten des „göttlichen Instituts“ hervor. Darum scheiterten auch alle Bemühungen, das Wilmot-Proviso unter einem anderen Titel zum Gesetz zu erheben.

Kurz nach dem Zusammentritt der zweiten Session des 29. Congresses, am 4. Januar 1847, suchte Preston King, demokratischer Repräsentant von New York, die Erlaubniß nach, zur Einbringung einer Bill, welche die wesentlichen Punkte des Wilmot'schen Antrages umfaßte. Die Erlaubniß wurde mit 89 gegen 86 Stimmen verweigert. Am 15. Februar erneuerte Herr Hamlin, demokratischer Repräsentant von Maine, die Motion in Form eines Amendements zu der Bill, welche die oben erwähnten 3 Millionen Dollars bewilligt wissen wollte. Die so emendirte Bill passirte mit 110 gegen 89 das Co-

mité des Ganzen und das Haus mit 115 gegen 106 Stimmen bei namentlicher Abstimmung. Der Senat aber verwarf auch dies Amendement und nahm die einfache Bill mit 31 gegen 21 Stimmen an. Das Haus fügte sich darin und ließ mit 102 bejahenden gegen 97 verneinende Stimmen das Amendement fallen, obschon das Comité des Ganzen es mit 90 gegen 80 aufrecht erhalten hatte. Die genaue Aufführung der Stimmenzahl ist deshalb von Interesse, weil sich darin der allmälige Sieg der Ueberredung, Einschüchterung und Bestechung ausspricht.

Die Gründe, welche die Südländer hier und bei anderen Gelegenheiten für ihre Opposition geltend machten, liefen darauf hinaus, daß ihnen kein Hinderniß in den Weg gelegt werden durfte, mit ihren Sklaven nach den eroberten Ländern auszuwandern. Das Wilmot-Proviso würde sie aber in dieser constitutionellen Befugniß, (d. h. in Ausdehnung der Sklaverei) hindern. Die Frage, hieß es ferner, sei von zu großer Wichtigkeit, als daß sie bloß wie ein Anhängsel an eine Geldbewilligung entschieden werden könnte; es sei darum besser, sie bei einer späteren Gelegenheit gründlicher zu erörtern, um dann zu entscheiden. So wurde denn die Summe von 3 Millionen ohne jede Bedingung bewilligt; die Tragweite des Wilmot-Proviso aber über der Freude des günstigen Friedensabschlusses und des dadurch gemachten Erwerbes von Californien, New Mexico und Utah übersehen. Die Bedingungen für ihre Aufnahme in die Union blieben in dieser Congreß-Sitzung unerörtert. Da inzwischen auch die Zeit der Präsidentenwahl herannahete, so wurde der Kampf mehr außerhalb der Congreßhallen verlegt.

Im Jahre 1848 eröffnete die demokratische Partei den eigentlichen Kampf, indem sie auf ihrer Convention in Baltimore am 23. Mai den General Lewis Caß von Michigan als Präsidentschafts-Candidaten aufstellte. Man hatte vorher

die Geschäfts-Ordnung für diese Versammlung so entworfen, daß $^2/_3$ der Stimmen für einen Beschluß nöthig, den Sklavenhaltern also ein absolutes Veto in die Hände gegeben war. Dieser Caß, welcher lange Zeit der Mehrzahl der naiven eingewanderten Deutschen als demokratisches Ideal vorleuchtete, hatte sich bei der Debatte des Wilmot-Proviso ganz besondere Verdienste in den Augen des Südens erworben und selbst außerhalb des Congresses den südlichen Grundsätzen seinen pflichtschuldigen Tribut dargebracht. So schrieb er im December 1847 seinen später so oft genannten Brief an Nicolson in Tennessee, worin er sich gegen die Anwendung der Ordonnanz von 1787 oder des Wilmot-Proviso's auf die neu erworbenen Gebiete aussprach und die ganz eigenthümliche Meinung äußerte, daß die Ausdehnung der Sklaverei durchaus keine Vermehrung des Uebels, sondern eher seine Verminderung herbeiführen würde. Einige Jahre früher war derselbe Caß Gesandter am Hofe Louis Philipps, als dessen enthusiastischer Bewunderer und Lobredner er sich auch durch ein langes, vom Kammerdiener-Standpunkt aus geschriebenes Buch bekannt machte.

Die Convention der Whigs trat am 7. Juni 1848 in Philadelphia zusammen. Ihre nördliche Fraction war anfangs für Webster gewesen, weil dieser sich gerühmt hatte, das Wilmot-Proviso schon im Jahre 1838 erfunden zu haben. „Ich habe", sagte er bei der Whig-Versammlung in Springfield, „ein ganz persönliches Interesse in dieser Sache. Es scheint mir die Ansicht des Wilmot-Proviso die zu sein, daß kein Sklaverei-Gebiet dieser Union mehr annectirt werde. Aber trat ich dafür nicht schon vollständig im Jahre 1838 auf und bin ich von dieser Politik je einen Finger breit abgewichen? Ich kann nicht zugeben, daß neuere Erfinder ein Patent für ihre Erfindung herausnehmen und daß sie sich alle Ehre und allen Vortheil dafür zueignen. Der Donner, mit dem sie donnern,

gehört nicht ihnen.“ Nachdem aber die Demokraten ihren „nördlichen“ Caß nominirt hatten, schien es den erfahrenen Taktikern der Whigs an der Zeit, nach dem Süden zu greifen, und hier leuchteten dann namentlich die Siege des Generals Zacharias Taylor in die Augen. Er stand wegen seiner Mexicanischen Siege damals gerade im Glanzpunkte seiner Popularität, war dabei aus einem Sklavenstaat und selbst Sklavenhalter, Niemanden anstößig und im Uebrigen eine politische Null, mit der die Parteihäupter am besten operiren konnten. Man brachte ihn also zu der Erklärung, daß er ein Whig sei, folglich auch die Beute unter die Whigs vertheilen wolle. So wurde er unter dem stürmischen Protest der freesoilistischen Mitglieder der Convention zum Präsidentschafts-Candidaten nominirt. Um nun jene mit der befolgten Taktik in etwas zu versöhnen, ernannten sie zum Vice-Präsidentschafts-Candidaten Herrn Millard Fillmore von New York, weil er sich stets als einen Gegner der Sklaverei gezeigt hatte. Mit dieser Maßregel nicht zufrieden gestellt, vereinigten sich die Massachusets-Whigs in Worcester, um wirksame Schritte gegen die ihnen drohende Gefahr und gegen die weitere Ausdehnung der Sklaverei zu berathen, und von dieser am 28. Juni 1848 abgehaltenen Convention datirt die Freesoil- (Freiboden-) Partei von Massachusets.

Im Einklang mit jener Fraction traten demokratischer Seits die sogenannten Barnburner (wörtlich übersetzt mit Scheuer-Verbrenner, d. h. Radikale im Gegensatz zu den conservativen Demokraten, den sogenannten Oldhunkers) am 9. August 1848 in Buffalo durch die Delegaten von 17—18 Staaten zusammen, um dem weiteren Umsichgreifen der Sklaverei entgegenzuwirken. Es ist wahr, daß der in seinem Ehrgeiz gekränkte Martin van Buren erst die überall zerstreuten Elemente dieser Partei sammelte und sie dann für seine Präsidentschafts-Candidatur zu benutzen suchte; allein dieser Umstand

spricht eher für als gegen die numerische Stärke und innere Macht der Partei, denn sonst würde sicherlich ein so erfahrener und gewiegter Politiker wie van Buren sich ihr nicht unbedingt angeschlossen haben. Van Buren fand auch hier wieder mit seinem gewohnten Scharfblicke sofort heraus, daß nur die Offensive gegen die Sklaverei-Politik seiner ehemaligen Parteigenossen seinem Ehrgeize ein festes Fundament schaffen konnte, und wenn er einen Fehler in seiner Berechnung beging, so lag er nicht im Prinzip, sondern in der Zahl der in Anschlag gebrachten Jahre.

„Unzufrieden mit der Usurpation, welche die Sklavenhalter ausübten," ernannten die Barnburner Martin van Buren aus New York und Ch. Fr. Adams aus Massachusets, Sohn und Enkel der beiden Präsidenten Adams, zu ihren Präsidentschafts- und Vice-Präsidentschafts-Candidaten, stellten das Wilmot-Proviso an die Spitze ihrer Grundsätze, verlangten die unentgeldliche Bewilligung von Land an alle wirklichen Bebauer, wollten die Sklaverei aus allen Gebieten vertreiben, über die der Congreß ein constitutionelles Recht habe, sprachen sich für die Regulirung schiffbarer Flüsse und Verbesserung der Häfen auf Kosten der Vereinigten Staaten aus und gründeten so die bekannte Buffalo-Plattform. Die regulären Demokraten suchten zwar diese junge, von ihnen sich trennende Partei als unbedeutend und schwach darzustellen; indessen mußten sie sich nur zu bald überzeugen, daß bei der Präsidentenwahl von 1848 die auf Martin van Buren abgegebenen Stimmen die Niederlage des „demokratisch gesunden" L. Caß und die Wahl Z. Taylors bewirkten.

Unter dem mächtigen Eindruck, den die Convention in Buffalo hervorgebracht, vertagte der 30. Congreß am 14. August 1848 seine erste Sitzung. Der Norden, auf den die gleichzeitigen großen Europäischen Ereignisse ihren mächtigen Eindruck ausübten, schien erwacht aus dem Schlummer, in welchen

die Hunker beider Parteien ihn eingewiegt hatten. Der energischen und unerschütterlichen Stellung, welche das Repräsentantenhaus eingenommen, unterwarf sich der Senat nach einer 24stündigen Sitzung an dem der Vertagung vorhergehenden Tage; die Oregon-Bill des Hauses, welche, sich auf die Ordonnanz von 1787 stützend, die Sklaverei von diesem Gebiete ausschloß, passirte, und Herr Polk befand es für gut, sie zu unterzeichnen. Wie bei der Aufnahme von Texas, so beantragte auch hier wieder Douglas am 10. August ein Amendement, welches ausdrücklich das Missouri-Compromiß anerkannte und namentlich von den südlichen Senatoren mit 33 gegen 21 Stimmen angenommen wurde. Das Haus aber war mit 121 zu 82 Stimmen gegen die Missouri-Compromißlinie, weil diese sich nur auf die durch den Ankauf von Louisiana erworbenen Gebiete bezöge und im vorliegenden Falle die Ordonnanz von 1787 in Anwendung käme.

Die Demokraten des Südens brachten auch bei dieser Gelegenheit jenen neuen Grundsatz zur Anwendung, der schon das Wilmot-Proviso niedergestimmt hatte. Die Theorie nämlich, welche die Sklavenmacht bisher bei den Territorien befolgt und welche deren Bewohnern überlassen hatte, die Sklavenfrage selbst zu entscheiden, hatte sich bisher für das Interesse der Südländer sehr gut bewährt und für alle ihre Absichten und Pläne ausgereicht. Als aber die Errichtung einer Territorial-Regierung für Oregon immer näher rückte, welches bei seiner nördlichen Lage die Sklaverei weder kannte, noch brauchen konnte, wurde es nöthig, einen anderen Standpunkt einzunehmen und die Taktik der Vertheidiger des „Instituts“ im Congreß dahin geändert, daß es keine constitutionelle Gewalt gäbe, die einen Sklavenhalter verhindern könnte, sein menschliches Eigenthum mit sich nach jedem beliebigen Theile der Union zu nehmen, und es da zu halten. Der Demokrat Calhoun ging bei dieser Gelegenheit in der Hitze des Widerspruchs gegen

früher vertheidigte Ansichten so weit, zu erklären, daß an dem Grundsatze, alle Menschen seien frei und gleich geboren, kein wahres Wort sei.

Die Aufnahme von Californien, Utah und New Mexico blieb der zweiten Session dieses Congresses überlassen. Seine Verhandlungen waren aber fruchtlos. Der Senat unter der Diktatur von Calhoun stieß die den Sklavenhaltern feindlichen Beschlüsse des Hauses um und dieses wieder nahm die ihnen günstigen Beschlüsse des Senates nicht an, so viel Mühe ihm das auch machte, da sechs Whigs aus Pennsylvanien zu den Sklavenhaltern übergingen und deren Einfluß verstärken halfen. Am Sonntag, den 4. März 1849, bei Sonnenaufgang vertagte sich der 30. Congreß, ohne irgend einen Beschluß über die neuen Gebiete gefaßt zu haben.

An demselben Tage trat der neu gewählte Präsident Taylor sein Amt an. Er war wie gesagt ein glücklicher Soldat, hatte nie eine eigene politische Ansicht gehabt und besaß weder den Scharfblick noch die Energie, um die wahre Bedeutung des Kampfes der Sklavenhalter um Vergrößerung ihrer Macht zu erkennen. Aber Taylor war ein ehrlicher Mann und forderte sogar Californien auf, unverzüglich seine Staats-Verfassung zu entwerfen und darin selbständig über die Sklaverei zu entscheiden. Auch sein Kabinet dachte über diese wichtige Frage mit ihm ganz gleich; wenigstens beförderte es nicht wissentlich die Absichten der Sklavenhalter.

Noch ehe der 31. Congreß zusammentrat, hatte Californien seine Constitution angenommen und sich darin einstimmig gegen die Sklaverei ausgesprochen. Wie dieser überraschende Beschluß herbeigeführt wurde, ist nie recht klar geworden, denn es saßen Männer in der Constituirenden, welche allezeit Vertheidiger der Sklavenmacht waren, Leute wie Gwinn und Butler King von Georgia. Daß sie für eine Maßregl stimmen sollten, die nothwendig für ihr Interesse, so verderblich und

ihren Freunden im Congreß so verhaßt war, mußte wenigstens Verwunderung erregen, und läßt sich nur dadurch erklären, daß die Haltung des 30. Congresses die Ueberzeugung hervorrief, Californien würde nun und nimmer ohne Ausschluß der Sklaverei aufgenommen werden. Die Freunde des Instituts unterwarfen sich, in der sicheren Aussicht, durch ein späteres Amendement zur Constitution günstigere Bedingungen herbeizuführen und den unterhalb des 36′ 30° Breitengrades gelegenen Theil des Staates der Sklaverei zu überantworten. Die Agitation für diesen Zweck dauert noch fort, und die Theilung Californien's wird höchst wahrscheinlich die Antwort auf die in nicht langer Zeit bevorstehende Aufnahme des freien Minnesota bilden.

Die Sklavenhalter fanden in diesem Triumph ihrer Gegner eine wohlverstandene Aufforderung, ihre Interessen mit unerbittlicher Consequenz zu vertheidigen und sich jeder Einschränkung des Sklaverei-Gebietes aufs Energischste zu widersetzen. Natürlich war die Drohung mit der Auflösung der Union wieder das Paradepferd, auf welchem der Süden in die Schranken ritt. Zwei Wochen vor dem Zusammentritt des Congresses erschien im National-Intelligenzer eine Correspondenz zwischen Herrn Foote, Senator von Mississippi, und Herrn Clingman, Abgeordneten von Nord Carolina. Letzterer antwortete Herrn Foote auf dessen Anfrage, daß nach seiner Ansicht die Sklavenstaaten sich jeder Congreß-Acte widersetzen sollten, welche das „Institut" von den Gebieten ausschließen würde, und daß er für Herrn Mangin, Senator von Nord Carolina, dieselbe Ansicht auszusprechen autorisirt sei. Dies war die Eröffnung des neuen Feldzuges und zugleich das Zeichen zur Vereinigung der Sklavenhaltenden Whigs und Demokraten. Ihnen schlossen sich die beutelustigen Schaaren der alten nördlichen Demokraten und Whigs an; Caß, Buchanan und Douglas z. B. auf der einen, Webster und Fillmore

auf der anderen Seite. Der Verrath wurde unter dem Vorwande der Aufrechthaltung der Union vollzogen. Die consequente Logik, die parlamentarische Taktik, welche die Führer der Sklavenmacht, ihren John C. Calhoun an der Spitze, entwickelten, trieb die unentschiedenen, weder ihre Aufgabe noch ihr Ziel erkennenden, sogenannten nationalen Demokraten, so wie die ebenso unklaren und schwachen Freesoiler immer mehr in die Enge. Die prophetische Drohung John Randolph's ging in Erfüllung und schien das Losungswort der Sklavenhalter geworden zu sein: „Wir regieren Euch nicht durch unsere schwarzen, sondern durch Eure eigenen weißen Sklaven. Wir wissen, was wir thun. Wir haben Euch einmal niedergeworfen und wir werden Euch noch öfter niederwerfen. Wir wollen Euch an die Wand treiben und wenn wir Euch erst da haben, wollen wir Euch dort festhalten und aufnageln wie schlechtes Geld!“

Daß diese Drohung nur zu sehr und zu bald eine Wahrheit wurde, bewies am besten das Compromiß vom Jahre 1850, welches von dem 31. Congresse angenommen wurde, um alle schwebenden Fragen zu erledigen. Die Geschichte und Charakteristik dieses wichtigen Gesetzes möge aber dem folgenden Abschnitte vorbehalten bleiben.

VII.

Die brennende Frage des Tages ließ sich nicht länger mehr verschieben; die Zulassung und Organisation der neuen Territorien mit oder ohne Sklaverei mußte endlich entschieden werden. Von einer Sitzung der andern überwiesen, fiel sie zuletzt dem 31. Congresse anheim. Er trat am 3. Dezember 1849 zusammen und hat sich durch seinen Beschluß in dieser Angelegenheit eine nicht beneidenswerthe Berühmtheit in den Annalen der Amerikanischen Geschichte erworben.

Der Präsident Taylor sprach in der dem Congresse bei seiner Eröffnung eingesandten Jahresbotschaft dieselben Ansichten über Nicht-Intervention in der Sklavenfrage aus, welche die Baltimorer Conventionen bereits sanctionirt hatten. Er begnügte sich damit, das Gesuch Californiens, falls es mit seiner neuentworfenen Constitution um Aufnahme in die Union einkommen sollte, einer günstigen Berücksichtigung zu empfehlen. Sein Standpunkt befriedigte also weder Diejenigen, welche gar keine constitutionelle, die Territorien vor Einführung der Sklaverei schützende Macht anerkennen, noch Diejenigen, welche dies Uebel durch die Constitution von den Territorien abhalten wollen. Um nun der herrschenden Ungewißheit ein Ende zu machen und die Sache ihrer Entscheidung zuzutreiben, ergriffen die Gegner der Sklaverei dies Mal die Initiative.

Am 31. Dezember 1849 beantragte Root von Ohio im Hause, daß das Territorial-Comité angewiesen würde, diesem unverzüglich eine Bill vorzulegen, welche für die Errichtung von Territorial-Regierungen sorgte und die Sklaverei in allen von Mexico an die Vereinigten Staaten abgetretenen Gebieten verböte. Dieser Antrag gelangte erst am 4. Februar 1850 zur Abstimmung, wurde aber mit 105 gegen 75 Stimmen verworfen. Im Ganzen waren 237 Mitglieder anwesend, 32 nördliche stimmten dagegen, Andere, z. B. einige Massachusets Whigs stimmten gar nicht. Um diesen Schlag zu pariren, legte Giddings von Ohio noch an demselben Tage folgende Beschlüsse vor:

„Beschlossen, daß wir folgende Wahrheiten als sich von selbst verstehend ansehen: Alle Menschen sind gleich geschaffen; sie sind von ihrem Schöpfer mit dem unveräußerlichen Rechte auf Leben und Freiheit begabt; die Regierungen sind lediglich dazu errichtet, um diese Rechte zu erhalten;"

„Beschlossen, daß bei Errichtung einer Regierung für irgend ein Territorium der Vereinigten Staaten es die Pflicht des Congresses ist, dem ganzen Volke desselben ohne Ausnahme die benannten Rechte zu sichern."

Aber auch diese Anträge wurden mit 104 gegen 92 Stimmen auf die Tafel des Hauses gelegt und damit die Aussichten auf Anerkennung des Wilmot-Proviso so gut wie vernichtet. Es war zu Ende mit der Politik, welche die Sklaverei durch einen Congreß-Act von den Territorien ausschließen wollte. Nach dieser Niederlage des Princips handelte es sich nur noch um Entscheidung der Frage, wie weit der Sieger gehen sollte?

Der Senat war inzwischen auch nicht müßig gewesen. Die meisten nördlichen Whigs waren durch geeignete Köder, wie Verheißung eines höheren Tarifs, für die südlichen Interessen gewonnen worden und mit Freuden zu einem guten Handel

bereit, denn nur mit diesem Einverständniß konnte Henry Clay am 29. Januar 1850 eine ganze Reihe von Beschlüssen einbringen, um, wie er sagte, auf der Basis eines Compromisses die schwebenden Fragen mit einem Male zu erledigen. Diese Beschlüsse aber verlangten:

1) Zulassung von Californien in die Union, ohne ihm ein Verbot über Einführung oder Ausschließung der Sklaverei aufzuerlegen;
2) Errichtung von Territorial-Regierungen, die den von Mexico abgetretenen Gebieten, ohne Annahme irgend einer Beschränkung oder Bedingung hinsichtlich der Sklaverei, zumal da diese in der ganzen Republik Mexico rechtlich nicht existirte.
3) Feststellung der westlichen Gränzen von Texas und Rio grande und mit Ausschluß aller südlichen und westlich von diesem Flusse gelegenen Theile von New Mexico.
4) Bezahlung der Texanischen, vor seiner Annexation contrahirten Staatsschuld in einer bestimmten Periode und Summe, und unter der Bedingung, daß Texas sich feierlichst verpflichtet, jeden Anspruch, den es an einen Theil von New Mexico macht, an die Vereinigten Staaten abzutreten.
5) Die Erklärung, daß es unangemessen sei, die Sklaverei im Districte von Columbia abzuschaffen, ohne Zustimmung der Einwohner desselben und ohne Entschädigung der Eigenthümer.
6) Verbot der Einführung von Sklaven in den District, um sie dort entweder als Waare zu verkaufen oder auf andere Märkte durchzuführen.
7) Strengere gesetzliche Maßregeln für Wieder-Einbringung von flüchtigen Sklaven.
8) Die Erklärung, daß der Congreß keine Macht habe, den

Sklavenhandel zwischen den Sklaven haltenden Staaten zu verbieten oder zu hemmen.

Die Debatte über die in diesen Beschlüssen enthaltenen Forderungen beschäftigte den Congreß volle acht Monate und führte alle bedeutenden Redner dafür und dagegen in's Feld. Sie wurde eröffnet durch Clay und weiter geführt durch Webster, Caß, Seward, Walker, Douglas, Calhoun, Butler, Mason u. A. Am 13. Februar benachrichtigte der Präsident den Congreß in einer Botschaft, daß Californien sich als Staat organisirt und die Sklaverei ausgeschlossen hätte; und bevorwortete die Zulassung des neuen Staates. Unter dem Eindruck dieser dem Territorial-Comité überwiesenen Botschaft bereitete Calhoun, damals schon todt krank, seine letzte Rede vor, welche am 4. März durch Herrn Mason im Senate vorgelesen wurde. Während des Vortrages schleppte sich Calhoun, auf zwei Freunde gestützt, in die horchende Versammlung. Nachdem er in seiner Rede oder vielmehr Abhandlung mehrere Wege zur „Rettung der Union" erwähnt, kam er endlich zu dem Vorschlag, durch ein Amendement der Constitution eine Bestimmung hinzuzufügen, welche dem Süden auch rechtlich die Macht des Selbstschutzes (die er factisch bereits besaß) ertheilte, ehe das Gleichgewicht zwischen den Sectionen durch die Handlungen der Regierung gestört wäre. „Und es wird nicht schwer sein," fügte er hinzu, eine solche Bestimmung zu entwerfen." Das heißt, die 100,000 Sklavenhalter sollten nicht länger damit zufrieden sein, eine controlirende Aristokratie unter der Form einer Republik zu bilden, sondern sie sollten ihre bereits anerkannte Autorität durch Bildung einer neuen Regierung ganz außer Gefahr bringen. So oft Calhoun vor seinem Ende (31. März) noch in der Sitzung erschien, kam er auf diesen Plan zurück, als ob es sein Sterbegedanke wäre.

Drei Tage später hielt D. Webster seine denkwürdige

Rede vom 7. März, deren Bedeutung und Tragweite schon in dem ersten Capitel besprochen ist. Herr Foote von Mississippi trug jetzt auf Ernennung eines Comités von 13 Mitgliedern an, um ein Compromiß zwischen den beiden Sectionen des Landes zu Stande zu bringen; d. h. zwischen den 100,000 Sklavenhaltern einer Seits und dem Volke von mehr als 20 Millionen anderer Seits. Nach sechswöchentlicher Debatte ging dieser Antrag am 18. April durch und das Dreizehner-Comité wurde gebildet aus den Herren Clay (Bericht-Erstatter), Caß, Bright, Cooper, King, Downs, Berrien, Dickinson, Webster, Phelps, Mason, Mangum und Bell, also 7 wirklichen Vertretern der Sklavenmacht und 6 sogenannten Vertretern der freien Staaten. Um nur ein annäherndes Bild von der damals herrschenden Aufregung zu geben, möge hier erwähnt werden, wie Schimpf und Skandal-Scenen zu jener Zeit gar nichts Seltenes im Senate waren und wie am 17. April selbst Senator Foote während der Sitzung und mitten in der Debatte auf den Senator Benton ein Pistol abzufeuern suchte. „Ich bin unbewaffnet," rief der ehrwürdige Benton, indem er die Weste aufrieß, untersucht mich, ich trage nie Waffen, niemals, niemals — geht aus dem Wege und laßt den Meuchelmörder und Schurken schießen!" Dickinson entwand Foote das Pistol und später wurde die Sache in den Acten eines Comités begraben.

Am 8. Mai 1850 erstattete Henry Clay den Bericht des Dreizehner-Comités. Die Vorlesung dauerte über eine Stunde und der Bericht ist seit der Zeit in der politischen Literatur dieses Landes wegen der Verschiedenheit der darin enthaltenen Gegenstände unter dem Namen der Omnibusbill bekannt geworden; Benton taufte ihn so. Die in ihm vorgeschlagenen Maßregeln beschränkten sich im wesentlichen auf Clay's Resolutionen vom 29. Januar, nur wurde jede Bestimmung über den Sklavenhandel zwischen den Einzelstaaten vermieden.

Gleich in derselben Sitzung erhoben sich fast ein Dutzend Senatoren gegen den Bericht, so daß sich eine langgedehnte Debatte an ihn anschloß, in deren Laufe der Präsident Taylor am 9. Juli 1850 starb. Unter den damaligen Umständen war selbst sein Tod ein Unglück. Wie zweifelhaft auch anfangs seine Politik war, so mußte sie doch unbedingt derjenigen vorgezogen werden, welche sein Nachfolger voraussichtlich verfolgen würde. Man wußte namentlich in der Sklavenfrage stets wie man mit ihm dran war; ja, die offenen Anmaßungen des Südens verstummten unter seiner Verwaltung; Süd Carolina wagte nicht seine ehrgeizigen Phantastereien laut werden zu lassen; Texas, das einige Monate früher um zwei Regimenter Soldaten zum Schutze gegen die Indianer gebeten hatte und kurz darauf die Union mit Krieg bedrohte, wenn man ihm ein Stückchen seiner neumexicanischen „Ansprüche“ nähme, Texas wagte es unter Taylor nicht, mit solch lächerlichen Drohungen hervorzutreten.

Millard Fillmore aus Buffalo, der Vice-Präsident, der dem General Taylor bis zu dessen Amts-Ablauf als Präsident folgte, war ebenso durch Zufall Vice-Präsident geworden, wie er jetzt Präsident wurde. Anfangs hatte die Partei beabsichtigt, Abbot Lawrence von Massachusets, einen persönlichen Freund Taylor's zum Vice-Präsidenten zu ernennen; aber die Opposition zweier Freesoil-Whigs auf der National-Convention gegen Lawrence, so wie der Umstand, daß man das wichtige New York mit seinen 36 Stimmen auch etwas bedenken zu müssen glaubte, hob Fillmore auf den Wahlzettel. Außerdem war der Haß der nördlichen Whigs gegen die Sklavenhalter in New York, der von New England und mehrern westlichen Staaten damals so stark, daß die Convention glaubte, ihm Rechnung tragen zu müssen. So brachte man den Sklavenhalter Taylor mit einem Manne in Verbindung, der bisher entschieden gegen Annexationen von Skla-

venhalterstaaten, für Abschaffung des Sklavenhandels überhaupt und der Sklaven im Distrikte von Columbia gewesen war.

Aber selbst der leiseste Zweifel über die Politik der neuen Administration mußte aufhören, als Fillmore wenige Tage nach seinem Amtsantritt sein Cabinet wählte und Daniel Webster zu seinem Premier-Minister (secretary of the state) ernannte. Die Sklavenhalter-Politik, die Webster seit dem 7. März 1850 so leidenschaftlich und rücksichtslos gepredigt hatte, nahm durch ihn Besitz vom weißen Hause und den verschiedenen Ministerien. Die Politik der Ordonnanz von 1787, ja, selbst die Nicht-Interventions-Politik von Taylor und Caß wurde jetzt entschieden verworfen, und die Sklavenhalter triumphirten, denn die ganze Politik der neuen Executive bestand nur in offener und geheimer Begünstigung der Compromißmaßregeln.

Ihre Diskussion nahm den ganzen Sommer in Anspruch. Mason, Berrien, Clemens und Yulee feindeten die Clay'schen Anträge an, weil sie ihnen als entschiedenen Südländern nicht weit genug gingen und überhaupt zu vermittelnd waren. Caß, Webster, Dickinson, Clay, Douglas und Foote vertheidigten sie energisch und Seward, Benton, Smith, Hale u. A. traten ihnen ebenso entschieden gegenüber. Am 1. Juli waren ihnen durch eine Reihe verschiedener Amendements so sehr alle ursprünglichen Bestandtheile und Züge genommen, daß blos der Utah betreffende Paragraph übrig geblieben war. Benton erregte daher große Heiterkeit, als er den Senat mit der webenden und wieder auflösenden Penelope verglich.

Uebrigens verloren die Sklavenhalter ihr Ziel nicht aus den Augen; sie setzten nach achtmonatlicher Debatte endlich durch, daß die beiden Häuser einzeln über jede Bill abstimmten, die nach Verwerfung der Gesammtbill in verschiedenen

selbständigen Gestalten von den südlichen Abgeordneten eingebracht worden waren. So passirte am 10. August der Senat mit 30 gegen 20 und am 6. September das Haus mit 107 gegen 97 Stimmen die von Pearce aus Maryland eingebrachte Texanische Gränzbill. Diese setzte einmal die nördliche und westliche Gränze von Texas fest, trat ihm dann aber auch etwa 90- bis 100,000 □ Meilen ab, welche es vom New Mexicanischen Gebiete beansprucht hatte, und welche dieser Act aus einem freien in Sklaven-Territorium verwandelte. Darauf entschied der Senat, am 13. August mit 34 gegen 18 Stimmen die Zulassung Californiens ohne die Sklaverei-Clausel; am 14. August passirte er die Bill für Organisation der Territorien New Mexico und Utah; am 23. das Gesetz gegen flüchtige Sklaven und am 14. September endlich die Bill, welche den Sklavenmarkt im Distrikte Columbia abschaffte. Das Haus der Repräsentanten war noch viel eiliger; es vollbrachte das ganze Werk in neun Tagen und nahm sich nicht einmal die Zeit, die wichtigsten Punkte zu debattiren, indem es sich mittelst der vorherigen Frage (previous question) über jede Diskussion hinwegsetzte.

Den längsten und heftigsten Kampf rief in beiden Häusern die Texanische Gränzbill hervor. Im Senate beantragte Chase von Ohio, ihr das Wilmot-Proviso hinzuzufügen, und es fehlten seinem Antrage nur 3 Stimmen, um ihn zum Gesetz zu erheben; er fiel mit 20 gegen 25 durch. Im Hause schwankte der Kampf drei Tage lang. Die Gegner der Sklaverei schienen sich endlich der ganzen Größe der Gefahr bewußt geworden zu sein, welche ihren Interessen drohte; sie rafften sich plötzlich mit aller Macht auf und suchten das an Texas abzutretende Gebiet der Freiheit zu erhalten. Am 4. September wurde wirklich der Gränzbill mit 126 gegen 80 Stimmen die dritte Lesung verweigert. Am folgenden Morgen ging der Antrag durch, diese Abstimmung nochmals einer Probe zu un-

terwerfen; aber als es dazu kam, wurde die dritte Lesung wiederholt mit 107 gegen 99 Stimmen zurückgewiesen. Hiermit war nach allen und auch der Vereinigten Staaten parlamentarischen Rechten die Bill verworfen. Aber die Sklavenhalter und ihre Verbündeten stießen diese Regeln um, und verlangten eine nochmalige Abstimmung. Der Sprecher des Hauses, obgleich selbst Sklavenhalter, konnte nicht anders und mußte den Antrag für ordnungswidrig erklären. Auf eine Appellation an das Haus selbst, überstimmte dieses den Sprecher mit 123 gegen 83 Stimmen, und die Bill wurde schließlich mit 108 gegen 97 Stimmen angenommen. In diesem Augenblicke stiegen die Texanischen Schuldscheine, die bisher werthlose Papierstreifen gewesen waren, auf Pari. Wenn Zahler und Bezahlte reden wollten, so würde sich eine recht artige Summe ergeben, die in der Zeit vom 4. bis 6. September für Stimmen-Ankauf aufgewandt wurde, und die namentlich in der letzten Nacht vor dem 6. wahre Wunder wirkte.

Das Compromiß enthält in dieser endgültigen von beiden Häusern angenommenen und auch vom Präsidenten nach einigem Scheinbedenken genehmigten Gestalt folgende fünf Punkte:

1) Gränzregulirung von Texas, dessen Verzichtleistung auf alle gegen die Vereinigten Staaten erhobenen Ansprüche, wofür diese 10 Millionen von der Texanischen Staatsschuld übernehmen, Errichtung einer Territorial-Regierung für New Mexico, welches letztere seiner Zeit mit oder ohne Sklaverei, so wie es seine Constitution vorschreibt, als Staat aufgenommen werden soll.
2) Errichtung einer Territorial-Regierung für Utah mit derselben Bestimmung über Sklaverei wie bei New Mexico.
3) Zulassung von Californien mit seiner die Sklaverei ausschließenden Constitution.
4) Auslieferungs- und Jagd-Gesetz gegen flüchtige Sklaven;
5) Unterdrückung des Sklavenmarktes im Distrikte Columbia.

In wie weit dieses Gesetz den Namen eines Compromisses verdient, ist mir nicht recht klar, denn die Sklavenhalter machen dem Norden nirgends ein wesentliches Zugeständniß. Die Sklaverei war in Californien bereits gesetzlich ausgeschlossen und seine Zulassung wurde nur deshalb von ihnen so lange hinausgeschoben, um anderer Seits die höchsten Preise dafür zu erlangen. Die Unterdrückung des Sklavenmarktes in Washington war eine bloße Form, eine reine Aeußerlichkeit, denn nicht die Sklaverei wurde, wie Seward wollte, im Distrikte Columbia verboten, sondern der Sklavenmarkt nur außerhalb der Stadtlinie verlegt. Der Norden räumte aber Alles ein, was man von ihm verlangt hatte, und vier Jahre später bei der Nebraska-Bill sollte er erst einsehen lernen, daß selbst die eventuelle Zulassung von New Mexico und Utah ohne die Sklaverei-Clausel eine schlau gelegte Falle war, obgleich er sie anfangs als ein Zugeständniß betrachtete.

Der 31. Congreß vertagte sich Ende September 1850. Er hatte die eine Hälfte der Arbeit gethan. Es galt jetzt noch, die Entrüstung des Nordens über die erlassenen Gesetze zu beschwichtigen, von denen hier das Sklaven-Jagdgesetz das verhaßteste war. Anfangs versuchte man, den Sturm durch Vertröstungen und Aussicht auf Besserung, wenigstens durch Beschränkung des letzteren Gesetzes zu beschwichtigen. Aber die Verwaltung trat täglich schroffer auf und entfernte oder belästigte die Beamten, welche nicht ihre volle Uebereinstimmung mit den neuen Gesetzen durch die That bewiesen. Die Hunkerdemokraten erhoben bald das Compromiß zu einem ihrer Glaubensartikel; sie setzten es auf ihre Plattform. Jetzt mußten Corruption und Denunziation das Ihrige thun, um das Volk, wenn auch nicht zur positiven Anerkennung, jedoch zur stillschweigenden Gutheißung des Compromisses zu zwingen. Die einflußreichsten Blätter wurden bestochen, z. B. der New Yorker Herald, und 40 bis 50 Congreß-Mitglieder traten zu einem

„Unions-Comité“ zusammen, durch welches sie sich verpflichteten, keinen Mann für irgend ein Amt zu unterstützen, der nicht Leib und Seele der compromißseligen Administration verkaufte. In den größern Städten wurden sogenannte Union-Versammlungen gehalten, wo die Gegner des neuen Gesetzes durch Mitglieder der beiden alten Parteien denuncirt und feierlichst excommunicirt wurden. In New York namentlich bildete sich die berüchtigte Unions-Rettungs-Commission und organisirte ein vollständiges Proscriptions- und Polizei-System. Sie forderte unter Führung der Blätter „Expreß, Herald, Daybook“ die südlichen Kaufleute und Zwischenhändler auf, bei verschiedenen namhaft gemachten Firmen New Yorks wegen ihrer der Sklaverei feindlichen Ansichten fortan keine Einkäufe mehr zu machen, verläumdete die großen Handelsplätze des Nordens als Sitze des Abolitionismus und schürte überall das Feuer der Erbitterung und des Fanatismus gegen Diejenigen, welche sich nicht unbedingt für das Compromiß erklärten. So lösten sich in der Hitze der Leidenschaften die alten Parteibande mit einer Schnelligkeit, die alle Hoffnung auf eine friedliche Wiedervereinigung unmöglich machte.

Um New Yorks Fanatismus für das Compromiß zu verstehen und zu würdigen, darf man nicht außer Acht lassen, daß es nach New Orleans und Mobile den bedeutendsten Baumwollen-Export hat; daß es das große Depot für den gesammten Amerikanischen Import-Handel bildet, und daß sich hier eine gute Geschäftssaison ohne Einkäufe durch Südländer gar nicht denken läßt. Bei dieser Gelegenheit wirkte aber auch zugleich die Angst auf die New Yorker, weil sie theilweise an die Drohungen eines selbstständigen Imports durch den Süden glaubten, der ihnen nachhaltige Concurrenz machen könnte, theilweise aber, weil sie durch diese Politik jeder wirklichen Volks-Agitation vorbeugen zu können glaubten.

Die gehässigste der Compromißbestimmungen war von An-

fang an und ist das Sklaven-Jagdgesetz. Sein Inhalt ist kurz der: „Jeder Sklavenbesitzer kann, sobald er nur die auf Grund zweier Zeugenaussagen amtlich constatirte Flucht eines Sklaven beweist, diesen im ganzen freien Norden jagen und vor den Commissionär schleppen, der dann auch auf die oberflächlichsten Beweise hin und bei der nur halbwegs stimmenden Identität der Person den Ergriffenen in die Sklaverei zurückschickt. Also nicht die gesetzliche Jury, sondern ein abhängiger, von dem entsprechenden Gerichtshofe (circuit oder supreme court) zu ernennender Beamter, der Commissionär, entscheidet über die vom angeblichen Eigenthümer des Schwarzen vor ihn gebrachten Thatsachen, über die Freiheit oder Knechtschaft des Mannes. Der Vereinigte Staaten-Marschall, der die Verhaftsbefehle des Commissionärs zu vollziehen sich weigert, hat 1000 Dollars Strafe zu zahlen, die der verfolgende Eigenthümer erhält. Alle guten Bürger sind verpflichtet, zur schleunigen und wirksamen Ausführung dieses Gesetzes behülflich zu sein. Dabeistehende können zur Hülfe aufgefordert werden und verfallen in Strafe, wenn sie nicht helfen; ja wer einen Flüchtling in seinem Entrinnen aus der Gewalt des Agenten unterstützt oder wer ihn beherbigt oder verbirgt, so daß seine Entdeckung und Verhaftung verhindert wird, verfällt einer Geldstrafe bis zu 1000 Dollars oder einer Einsperrung bis zu sechs Monaten und hat außerdem noch 1000 Dollars Entschädigung an den seines Eigenthums beraubten Eigenthümer zu zahlen. Die Leute, welche die Sklaven einfangen, bekommen 5 Dollars und mehr, je nach Verdienst und Arbeit. Ueberweist der Commissionär den Sklaven an seinen Besitzer, so erhält er 10 Dollars; thut oder kann er es nicht, so bekommt er nur 5 Dollars.“ In dieser 8. Section des Gesetzes liegt seine direct corrumpirende Absicht und Wirkung, um so mehr, als das Zeugniß eines angeblich flüchtigen Sklaven nicht gelten soll, und als in Section 6 ferner bestimmt wird, daß selbst der Commissionär,

wenn ein Sklavenbesitzer oder dessen Agent einen Flüchtling ohne Prozeß verhaftet oder ergreift, nur in summarischer Weise den Fall zu entscheiden braucht, und daß er, wenn er die ihm vorgeführte Person mit der Beschreibung des entlaufenen Sklaven für identisch hält, den Flüchtigen nöthigenfalls mit Anwendung von Gewalt nach dem Süden zu schleppen habe. Die aus diesem Transport erwachsenden Kosten, die erforderliche Bedeckung des Verurtheilten mit Vereinigten Staaten-Beamten werden aus dem Schatze der Bundes-Regierung gezahlt. Die Sklaverei ist also eine nationale Angelegenheit! —

Gleich die ersten Anwendungen des Gesetzes waren wenig geeignet, die ob seiner Annahme laut gewordenen Befürchtungen zu beschwichtigen. Es entfaltete sich über das ganze Land eine terreur noire, welche die Heldenthaten der terreur blanche, der weiland Demagogenriechereien und Europäischen Hochverrathsprozesse wenig nachgab und nachgiebt. Während die südlichen Häscher nur theilweise in den Vereinigten Staaten-Beamten willfährige Werkzeuge fanden und während sie bei ihren Arretirungen, mit wenigen servilen Ausnahmen, fast überall auf den bewaffneten Widerstand des Volkes stießen, suchte die Regierung das von ihr geschaffene Gesetz mit den äußersten Mitteln und mit unmenschlicher Strenge durchzuführen. Freie Schwarze, die schon seit Jahrzehnten unbehelligt im Norden gelebt hatten, wurden auf die nichtssagendsten Indicien hin an die sich als Eigenthümer Ausgebenden ausgeliefert und mit Gewalt in den Süden geschleppt; Männer, die den Vereinigten Staaten-Commissären trotz deren Aufforderung keine Hülfe bei Arrestation der Schwarzen leisten wollten, wurden für diese bloße Unterlassungssünde als Hochverräther vor ein Gericht gestellt, und auf Grund des hier als Landesgesetz geltenden mittelalterlichen Englischen Königsgesetzes inquirirt. Jeder Freisprechung antwortete die Exekutive mit einer neuen Verfolgung, als wenn ihr die über die ganzen Vereinigten

Staaten ausgestreute Zwietracht und Corruption nicht genügt hätte.

Unter diesen Umständen konnte es nicht befremden, daß der Senator Foote in der letzten Sitzung des 32. Congresses darauf anzutragen wagte, man solle das Compromiß für eine Finalität erklären, d. h. festsetzen, daß es eine über dem Rechte aller Majoritäten und Minoritäten erhabenes, endgültiges, unantastbares und unangreifbares Grundgesetz, daß es unverletzlich wie die Republik oder die Constitution selbst und die von ihr garantirte Preßfreiheit, Versammlungs- und Petitions-Recht wäre. Daß dieser Antrag nicht durchging, hatte nicht etwa seinen Grund in der Freisinnigkeit des Congresses, sondern vielmehr in dem entschiedenen Widerspruch der südlichen, der Trennungs- (Secessionisten-) Partei, welche das Compromiß als eine halbe Maßregel nicht zufrieden gestellt hatte.

Man hat seiner Zeit viel über die Constitutionalität des Compromisses hin und her debattirt. Dieser Streit war so müßig, wie etwa die Controverspredigten der Amerikanischen Priester, die mit Bibelsprüchen für und gegen die Göttlichkeit der Sklaverei kämpfen. Mag die Constitution immerhin das Wort Sklaverei mit keiner Sylbe erwähnen, mag sie immerhin dem Congreß nicht das Recht einräumen, in die inneren Angelegenheiten der Staaten sich zu mischen, so hat sie doch so gut wie jedes andere Gesetz eine wächserne Nase und läßt sich ebensowohl zum Beweise für als gegen ausdehnen. Es scheint mir aber weniger darauf anzukommen, einen Rechtsboden zu begründen, als vielmehr darauf, die Annehmbarkeit oder Verwerflichkeit eines Gesetzes durch die Interessen des Volkes zu motiviren. Ich habe nie zu jenen Politikern gehört, welche bei Allem, was nicht in ihren Moral- und Begriffskodex paßt, an die Affekte, an die guten oder schlechten Leidenschaften der Massen, an Ehre oder Ruhm, an Ruhm und Freiheit appelliren. So lange nicht das Gefühl und die Schwäche, sondern

der Verstand und die Energie Politik und Geschichte machen, ist und bleibt der fast ausschließliche Hebel des Vollbringens und des zu Vollbringenden das Interesse, das Interesse eben, das an und für sich weder Ehre noch Schande, weder Ruhm noch Freiheit kennt, und sich höchstens bei feierlichen Gelegenheiten mit dem Mantel des Pathos und Idealismus verhüllt. Das Compromiß von 1850 ist eben deshalb schlecht, weil es im Interesse einer kleinen, kaum 100,000 Köpfe zählenden Minorität des Volkes erlassen ist, und weil es außer dem Sklavenhalter-Interesse alle übrigen Interessen verletzt. Der freie Norden hat kein Interesse daran, daß sein Grund und Boden ein Jagdgebiet wird, daß ihm durch die Jagden der Südländer, deren Kosten er mit tragen soll, tüchtige Arbeitskräfte entzogen werden; er hat kein Interesse daran, daß die Sklaverei sich erhalte und ausbreite, weil sie sich thatsächlich dem Aufblühen der Staaten hinderlich erweist und weil sie die massenhaften Einwanderungen von sich abhält; er hat kein Interesse daran, daß die durch Sklavenarbeit erzeugte Baumwolle des Südens den Freihandel verlangt, während seine eigne, kaum aufblühende Industrie ohne Schutz nicht existiren zu können glaubt. Die Sklavenfangbill macht die Sklaverei zu einer nationalen Angelegenheit, der Norden will sie höchstens noch als eine territoriale und partikulare dulden. Während er also consequenter Weise von ihrer Beschränkung auf ihre allmälige Vernichtung hinarbeiten muß, sucht der Süden sie ebenso consequent zu einem unabänderlichen Glaubensartikel zu erheben.

Zugleich aber muß auch die politische Etik und Moral das Compromiß entschieden verdammen. Es ist ein frecher Gewaltstreich, ja noch mehr als das, ist es ein offenes Verbrechen und prämeditirter Hochverrath an der Menschheit. Es hat der Sklaverei neue Stärke und Unterstützung verliehen, und macht sie aus einem allmälig abzuschaffenden Uebel zu einem heiligen Prinzip. Das Compromiß verwischt jede Scheidelinie zwischen

Freiheit und Sklaverei und ſtellt dieſe mit frecher Stirn als leitenden Grundſatz auf. Ja, die Union iſt in Gefahr, aber nur durch ihre ſogenannten Retter, die zwei feindliche Prinzipien durch einen Vertrag miteinander verſöhnen wollen; ſie war in Gefahr vom Tage des Conſtitutions-Entwurfes an, weil dieſer dieſelbe Unmöglichkeit träumte, und ſie wird in Gefahr ſein, ſo lange Compromiſſe ſie retten ſollen.

Vor dieſen aus dem Widerſtreite der Intereſſen erzeugten Gegenſätzen können ſich natürlich auch die innerlich hohlen und zerſetzten alten Parteien nicht mehr halten; ſie gehen daher auch äußerlich an der Sklavenfrage zu Grunde.

VIII.

Um diesen Auflösungs-Prozeß der alten Parteien verstehen und würdigen zu können, bedarf es zunächst eines Rückblickes auf ihre Geschichte.

Auswärtige Journalisten und Politiker nehmen in der Regel an, daß das hiesige öffentliche Leben von zwei streng gesonderten Parteien beherrscht werde, von Whigs und Demokraten. Jene halten sie für die Rückschritts-, diese für die Fortschrittsmänner. So hieß es noch Ende 1850 in einem Artikel, welchen die Berliner Nationalzeitung über die erste Präsidentenbotschaft des Herrn Fillmore brachte, daß dieser als Whig der conservativen Partei des Landes angehörte. Wenn die Nationalzeitung damals gesagt hätte, daß die Gothaer die revolutionäre Partei Deutschlands bildeten, so hätte sie kaum einen ärgeren Verstoß begehen können. Es gestatten aber, selbst abgesehen von der äußeren Staatsform, weder Whigs noch Demokraten die leiseste Analogie mit den Europäischen Reaktionären und Revolutionären. Ueberhaupt sind hier die beiden offiziellen Parteien schon deshalb nicht so schroff von einander geschieden als in Europa, weil sie von einem und demselben Prinzipe ausgehen und darum stets mehr durch einen persönlichen als prinzipiellen Kampf die Entwicklung des Volkes fördern helfen.

Die Whigs und Demokraten existiren zwar in ihrer jetzigen

Benennung erſt ſeit der zweiten Präſidentſchaft Jackſons; allein unter anderem Namen treten ſie gleich mit der Souverainität der Vereinigten Staaten in's Leben. Als die dreizehn Colonien im Begriffe ſtanden, ſich von England loszureißen, hießen die Anhänger des Engliſchen Syſtems Tories, und ihre Gegner, die Väter der Unabhängigkeits-Erklärung, nannte man Whigs. Nach Erringung der äußeren Selbſtſtändigkeit kam es vor Allem darauf an, einen neuen Staat zu bilden und die in der Unabhängigkeits-Erklärung ausgeſprochenen Grundſätze zu verwirklichen. Diejenigen waren fortan Föderaliſten, welche vorzugsweiſe die Engliſche Conſtitution als Vorbild vor Augen hatten und mehr deren bewährten Vorzügen, als einer noch nicht bewährten demokratiſchen Republik, mehr der Zweckmäßigkeit der alten Autoritäten, als der Reife und Bildung des Volkes für die neue Staatsform vertrauten, während ihre Gegner, die Anhänger Jefferſons und die Vertheidiger der demokratiſchen Republik, in bloß negativem Gegenſatz zu ihnen Antiföderaliſten hießen.

Die Verfaſſung wurde indeſſen nach verſchiedenen Compromiſſen endlich doch zu Stande gebracht und nach langem Streite angenommen. Die Föderaliſten drangen auf ihre unbedingte und ſofortige Genehmigung; die Antiföderaliſten aber verlangten ihre Verwerfung, wenn ihr nicht gewiſſe Amendements hinzugefügt würden.

Es iſt wichtig, ja unerläßlich für das Verſtändniß dieſer und der ſpäteren Perioden der Vereinigten Staaten-Geſchichte, die Elemente und Motive des damaligen Kampfes genau zu charakteriſiren, indem ſie, wenn auch unter veränderten Formen, doch ihrem innerſten Weſen nach bis auf den heutigen Tag ganz dieſelben ſind.

Die von den Antiföderaliſten aufgeſtellten Amendements waren keine prinzipiellen Fragen, ſondern nur Maßregeln der äußeren Zweckmäßigkeit, Beſchränkungen der geſetzlichen und

richterlichen Gewalt zu Gunsten der persönlichen Rechte, oder Ausflüsse eines subjektiven Beliebens, welches in keinem Staatsverbande auf Anerkennung Anspruch machen kann, kurz, lokale oder persönliche Interessen. Die Föderalisten waren im vorliegenden Falle von dem Wunsche beseelt, die Union zu befestigen, den öffentlichen Credit aufrecht zu erhalten, den nationalen Handel, Schifffahrt und Industrie zu ermuthigen, die Ausgabe von Papiergeld zu verhindern und die Erfüllung der abgeschlossenen Verträge zu erzwingen. Weil sie nun ein Gouvernement, welches diese Ziele zu erreichen im Stande war, gründen wollten, so erschienen sie als besonders starke Vertheidiger der Macht und Autorität. Die Antiföderalisten dagegen, beunruhigt über den Plan nationaler Taxen, fürchteten, daß die Agrikultur-Interessen der Beschützung des Handels und der Gewerbthätigkeit geopfert werden möchten, waren nicht zu ängstlich wegen der Zahlung der öffentlichen und Privat-Schulden, berücksichtigten überhaupt mehr das Interesse der Schuldner als der Gläubiger, sahen deshalb mit Besorgniß auf die ausgedehnten Befugnisse der neuen National-Regierung und suchten ihr, deren Nothwendigkeit sie nicht leugneten, durch kleine Beschränkungen Hindernisse in den Weg zu legen. „So zahlreich und mannigfach die vorgeschlagenen Amendements auch sein mögen“ — schrieb Madison an Jefferson bei dieser Gelegenheit — „so erwähnen sie sicherlich nicht die wahren Oppositionsgründe. Die Artikel über Erfüllung der Verträge, über Papiergeld und Contrakte machen der Constitution mehr Feinde als alle positiven und negativen Irrthümer des Systems zusammen genommen.“

Es kann nicht genug betont und hervorgehoben werden: wie damals die Föderalisten und Antiföderalisten, später die Föderalisten und Republikaner, so unterscheiden sich auch bis auf die neueste Zeit Whigs und Demokraten nur durch entgegengesetzte Maßregeln und enthalten in sich die ungeschiedensten

Elemente von Freiheit und Unfreiheit, von Fortschritt und Rückschritt. Man kann daher nicht sagen, die Demokraten seien die fortschreitende und die Whigs die zurückhaltende, jene die unbedingt demokratische, und diese die unbedingt aristokratische Partei. Die eine ist so gut republikanisch als die andere; aber jene hat einen mehr radikalen Charakter und eine pupulärere Methode des Fortschritts für sich, weil die demokratischen Ideen besser mit dem Instinkte und dem unbestimmten Fortschrittsdrange der Massen harmoniren, während die Whigs mehr Nachdruck auf die Thatsachen der Wirklichkeit und die positiven Verhältnisse legen und darum weniger eine populäre Bedeutung im Volksleben gewinnen können. Die Demokraten nehmen das Volk, wie es sein sollte; die Whigs, wie es ist; jene stehen mit ihren Idealen im Widerspruch, weil sie bisher weder einen mächtigen Staatsorganismus zu schaffen, noch überhaupt, wenn sie am Ruder waren, ihre Versprechungen und abstracten Grundsätze zu erfüllen wußten; diese gerathen mit der Theorie in Collision, weil sie ihren die Praxis beherrschenden Einfluß nicht anerkennen können oder wollen.

Während die Demokraten als ihren ersten Grundsatz die Souverainität des Volkes aufstellen, während sie aus gleichen Rechten gleiche Pflichten folgern und die freie Zustimmung der Regierten für die einzig rechtliche Grundlage jeder Regierung erklären, stützen sich die Whigs darauf, daß diese Theorie nirgends mit der Praxis stimmt, daß Naturanlage, Erziehung und äußere Verhältnisse von jeher einen solchen Unterschied unter den Menschen begründet haben, daß sie in Leistungen und Ansprüchen weit aus einander gehen. „Alle Menschen sind gleich," sagt Jefferson, der Vater der sog. demokratischen Partei, — „das Volk hat keinen ärgern Feind als sich selbst," erklärt Alexander Hamilton, der Gründer der Whigs. Wenn also die Demokraten jenen Grundsätzen gemäß aus der freien Wahl des ganzen Volkes ihre Regierung hervorgehen lassen,

so wollen die Whigs, daß die aus den Weisesten und Besten des Volkes zu Erwählenden auch seine Gesetzgebung und Leitung übernehmen. Die Whigs suchen folgerichtig im Congresse ihre Stärke. Sie sandten ihm stets die bedeutendsten Talente zu und stärkten, wo sich nur die Gelegenheit dazu bot, die Macht der Executive. Die Demokraten dagegen gründeten ihre Macht außerhalb des Congresses, beschränkten, wo es nur ging die Befugnisse des Präsidenten und gewannen dafür im Volke ihren Gegnern immer mehr Boden ab. Sie schlossen sich eng den Massen an, erkämpften ihnen neue Rechte und eröffneten ihnen eine größere Arena für das politische Handeln. Sie hoben und vermehrten die Masse wirklicher Landbebauer und der kleineren Grundbesitzer dadurch, daß sie große und werthvolle neue Gebiete erwarben, den Preis der öffentlichen Ländereien herab- und den Verkauf kleiner Parcellen bis 40 Acres durchsetzten. Die Demokraten huldigen überall mehr dem Individualismus, der sich im Staatsleben als Selbstregierung und im Handel als freie Concurrenz ausprägt; sie sind darum auch dagegen, daß die Union die Schulden der Einzelnstaaten übernehme, für die Verbesserung der Häfen und Flüsse im Innern des Landes sorge, und daß eine National-Bank oder gar Schutzzölle den Handel und Verkehr von Oben herab reguliren. Die Whigs dagegen, deren Kern aus den Neu England und östlichen Staaten stammte, suchen ihrem Ursprunge gemäß vom Standpunkte des Mercantilsystems aus nicht direct durch das Volk, sondern durch den Congreß eine bedeutende Kriegsflotte zu schaffen, innere Verbesserungen ins Leben zu rufen, inländischen Handel und Industrie durch eine National-Bank und hohe Zölle zu heben. Gegen das Ausland halten sie streng am Neutralitätsprincip, um die Union nicht in Kriege zu verwickeln, welche für den Handel und Verkehr nachtheilig werden könnten; sie sind darum auch gegen jede weitere von den Demokraten erstrebte Ausdehnung des Gebietes der Vereinigten

Staaten. Künste und Wissenschaften erfreuen sich auch als den höheren Kreisen des Lebens angehörend bei den Whigs einer besseren Pflege, einer liebevolleren Beförderung als bei den Demokraten, welche in dieser Beziehung naturwüchsiger und uncultivirter sind und vielfach aus diesem Grunde ihre Gegner Aristokraten nennen.

Die Richtigkeit dieser Analyse läßt sich in der politischen und socialen Geschichte des Landes genau verfolgen und schlagend nachweisen. Es treten hier drei Interessengruppen besonders scharf hervor: einmal der Constitutions-Entwurf, seine Annahme und Auslegung, dann die Beziehungen der Vereinigten Staaten zu den auswärtigen Mächten und die Kriegsfrage, endlich aber das System der inneren Verbesserungen, wie Banken- und Tarif-Frage, Hafen- und Fluß-Regulirungen. In neuester Zeit aber gelingt es der Sklavenfrage, die im Verhältniß zu diesen Interessen sich entwickelnden Parteien umzuwerfen und neue zu gestalten.

Verfolgen wir sie namentlich in ihrer Stellung zur ersten dieser Interessengruppen etwas genauer, weil in ihrem Verständniß zugleich der Schlüssel zur richtigen Auffassung aller späteren politischen Parteikämpfe liegt.

In dem Kampfe um Annahme der Constitution waren die Föderalisten die Vertreter der Handels- und Schifffahrts-Interessen; die Antiföderalisten dagegen traten für die Ackerbau-, Pflanzer- und Sonder-Interessen in die Schranken. Der Potomac bildete, wenn auch nicht bestimmt, doch annähernd die Gränzlinie für beide Parteien. Die Städte und Ortschaften, als Sitze des Handels und der Gewerbthätigkeit, waren für die neue Constitution, weil sie von dieser den so lange entbehrten und ersehnten Schutz erwarteten; die großen Pflanzer und kleinen Landbebauer, die Farmer und Hinterwäldler aber stemmten sich gegen die Annahme der Verfassung, weil sie durch sie zur Zahlung ihrer alten englischen Schulden gezwun-

gen zu werden fürchteten. Vor der Revolution nämlich hatten die englischen Kaufleute den Pflanzern des Südens für Sklaven-Ankäufe und sonstige Ergänzung ihres Betriebs-Capitals beständig Vorschüsse auf ihre Produkte gemacht, die jenen dafür zum Verkaufe consignirt werden mußten. Virginien allein hatte auf diese Weise nach Jefferson's Angabe an 10 Millionen Schulden, und der ganze Süden war seit mehreren Generationen einzelnen englischen Firmen gleichsam tributpflichtig. Um dies Joch von sich abzuschütteln betheiligte er sich auch so lebhaft und entschieden bei der Revolution und wollte es sich nach errungener staatlicher Selbständigkeit nicht von Neuem aufknechten lassen. Wenn auch prinzipiell ihre größten Gegner, so hielten doch aus demselben finanziellen Grunde die kleineren Farmer des Nordens zu den aristokratischen Pflanzern. Auch ihre Credit-Verhältnisse waren durch den Krieg aufs Tiefste erschüttert worden, Auch sie hatten am meisten und nachhaltigsten von der englischen Kriegsführung leiden müssen und sich von ihren Wunden noch nicht wieder erholt. Auch sie betrachteten die Constitution als das Werk der „Gläubiger"-Partei. Rhode Island z. B., wo damals die Landbevölkerung über die Stadtbevölkerung von Providence die Oberhand hatte, war entschieden gegen die Constitution, weil es durch sie seine Zwangs-Gesetze für Annahme des Papiergeldes gefährdet glaubte und weil es keinen andern Ausweg als dieses sah, um sich aus seinen Schulden zu retten. Es verwarf darum auch Anfangs die Constitution, ebenso Nord Carolina, wo dieselben verschuldeten Verhältnisse und das Papiergeld zu demselben Akte trieben.

Zu alledem kam noch bei den Pflanzern und Farmern der zäheste Haß gegen England. Unter einer Landbevölkerung bleiben überhaupt tief empfundene Eindrücke am längsten haften, und wie in ihren Gewohnheiten, Sitten und Traditionen, kurz in ihrer ganzen Lebensanschauung, so waren sie auch in ihrem Hasse gegen England conservativ. In den Handels- und In-

dustrie-Plätzen ist das natürlich anders. Dort ist der Wechsel in den Vermögens-Verhältnissen rascher, der Umschwung in der persönlichen Stellung leichter möglich, die äußeren Eindrücke und Berührungen sind zahlreicher und lebendiger. Deshalb ist auch die politische Ueberzeugung nicht so stabil, ja sie unterwirft sich häufig ihrem pecuniären Vortheil, wie dies z. B. bei den Kaufleuten der Neu England-Staaten oft vorkam. Im Uebrigen wiederholte sich hier wie überall das Schauspiel, daß die sog. privilegirten Klassen, die schon vor der Revolution bestanden hatten, daß die natürliche Aristokratie, wie R. Hildreth sagt, Geistlichkeit, Kapitalisten, Kaufleute, große Land-Eigenthümer und Juristen die natürliche Demokratie d. h. den kleinen Landbesitzer und Handwerker zwischen sich nahmen und, sie als Mittel für ihre Zwecke benutzend, die große Politik machten. Auf diese hat das Volk hier so wenig bestimmenden Einfluß wie drüben. Der Unterschied zwischen Amerika und Europa ist nur der, daß man hier ihm und sich den Schein giebt, als ob er etwas zu sagen hätte. Selbstredend abgesehen von der offiziellen Demokratie haben die wirklichen demokratischen Interessen noch nie einen selbstständigen Sieg errungen und stets nur durch Concessionen an die herrschenden Parteien oder unter ihrem Schutze einige untergeordnete Vortheile erlangen können.

In der vorliegenden Frage zeigen Massachusets und Virginien dies Partei-Verhältniß sehr klar. Jener als vorzugsweiser Handels- und Industrie-Staat ist förderalistisch und all sein Reichthum, Talent und Einfluß kämpft für Annahme der Constitution, Virginien als Pflanzerstaat ist antiföderalistisch und hat seine bedeutendsten Männer, wie Jefferson, Patrick, Henry u. A. auf seiner Seite. Beide Staaten bilden dem entsprechend auch ihre besondere Schule von Politikern und Staatsmännern, und eben weil sie jeder einzeln die verschiedenen Interessenrichtungen des Landes in ihrer ganzen Consequenz verfolgen und ausbilden, bestimmen sie vorläufig alter-

nirend das Schicksal des Staatenbundes. Später finden diese Interessen nur eine größere Ausdehnung, andere Vertreter und einen andern Ausdruck, als Massachusets und Virginien, als Hamilton und Jefferson.

Wenn geistreiche Schlagworte und witzige Antitheſen auch selten das Wesen einer Sache erschöpfend bezeichnen, so hat doch Theodor Parker am Effektvollsten die beiden Amerikanischen Parteien charakterisirt: „Die Whigs," sagt er, „sind die Minorität und beten das Geld an, weil sie reich sind; für sie ist der Millionär das höchste sociale Produkt. Die Demokraten aber bilden die Majorität, weil sie noch nicht reich sind, aber gern reich werden möchten. Der Whig ist ein alter Demokrat und der Demokrat ein junger Whig. In der Kaufmannssprache zu reden, so ist der Demokrat ein Whig auf Zeit und der Whig ein fällig gewordener Demokrat. Das ist der ganze Unterschied."

Doch kehren wir zur Geschichte der Parteien zurück. Als die Constitution angenommen war und täglich populärer wurde, nahmen die früheren Antiföderalisten unter Jefferson, die bisher nur eine theoretische Opposition zu führen vermocht hatten, eine ihnen weit günstigere Parteibezeichnung an und traten 1791 als Republikaner den Föderalisten, namentlich Hamilton, gegenüber. Dieser hatte als Finanzminister einen meisterhaften Plan für Organisation der zerrütteten Finanzen entworfen. Er wies darin namentlich die Wichtigkeit des öffentlichen Credits nach und beantragte, um denjenigen der Vereinigten Staaten zu schützen oder vielmehr erst zu schaffen, nicht allein die öffentliche Schuld von 54 Millionen, sondern auch die auf 25 Millionen geschätzten Staatenschulden zu fundiren. Als Deckung für die regelmäßige Zinszahlung verlangte er eine Auflage auf Einführung gewisser Luxus-Artikel und auf die innerhalb der Vereinigten Staaten destillirten Spirituosen. Der erste Gegenstand der Debatte war die Frage, ob für den

Fall, daß die öffentliche Schuld fundirt würde, kein Unterschied zwischen den gegenwärtigen Inhabern der öffentlichen Papiere und den ursprünglichen Gläubigern gemacht werden sollte. Die Föderalisten erklärten ganz richtig, daß die Regierung gar kein Recht habe, hier Unterscheidungen aufzustellen. Die Republikaner wandten ein, daß die ganze Maßregel auf Stärkung der Bundesregierung hinzielte, um die Staats-Creditoren und andere Capitalisten von ihr abhängig zu machen und deren Geld-Interessen als Bundesgenossen für ihre Pläne zu gewinnen. Sie warfen Hamilton seine aristokratischen und monarchischen Tendenzen vor und verlangten einen Unterschied gemacht zu sehen zwischen den Veteranen der Revolution, welche das Papiergeld statt des Courants als voll hatten annehmen müssen, und zwischen den Speculanten, welche nicht die Belohnung für die Dienste und das Blut jener empfangen sollten. Die zweite Streitfrage drehte sich um die Annahme der Staatenschulden durch die Föderal-Regierung. Die Föderalisten stellten die Ansicht auf, daß die Einzelnstaaten ihre Schulden nicht zu ihrem besonderen Vortheil, sondern zur Beförderung des allgemeinen Besten gemacht hätten und daß es deshalb nicht mehr wie billig, wenn die ganze Nation dafür aufkäme. Die Schulden derjenigen Staaten, die im Kriege am thätigsten gewesen waren und am meisten gelitten hatten, waren die größten. So beliefen sich die von Massachusets und Nord Carolina allein auf $10^1/_2$ Millionen, während sie bei allen übrigen Staaten zusammen genommen nur 15 Millionen ausmachten. Diese Pläne des Finanzministers unterlagen aber so lange, bis durch ein Compromiß über die Anlage des künftigen Regierungssitzes am Potomac die Opposition der Republikaner zum Schweigen gebracht und ihre Zustimmung zur Fundirung der öffentlichen Schuld erwirkt war. Auch die von Hamilton vorgeschlagene National-Bank begegnete anfangs aus denselben Gründen großem Widerstande, ging aber endlich doch durch

und erhielt auch die Genehmigung des Präsidenten. Wo blieben da die demokratischen Prinzipien, deren sich die Republikaner bei jeder Gelegenheit rühmten?

In den auswärtigen Angelegenheiten zeigte sich der Gegensatz zwischen den Republikanern und Föderalisten noch schroffer und prinzipieller. Letztere traten 1793 bei Ausbruch des Krieges zwischen England und Frankreich entschieden auf Seite Englands, indem ihrem constitutionellen Gewissen die Französische Revolution zu weit ging und zu blutig wurde; die Ersteren aber sympathisirten von Anfang an mit den Französischen Republikanern, erblickten in deren Siegen den Triumph ihrer eigenen Sache und verlangten, daß die Vereinigten Staaten Frankreich zu Hülfe kommen und England den Krieg erklären sollten. Washington verstand sich bekanntlich nicht dazu, sondern hielt fest an der Neutralität und erweiterte durch diese Politik nur die Kluft zwischen beiden Parteien. Die Republikaner gewannen, durch verschiedene unpopuläre und verhaßte Maßregeln unter Adams unterstützt, mit jedem Tage mehr die Oberhand und, numerisch ohnehin schon in der Majorität, gelang es ihnen, durch die Wahl von Jefferson zum dritten Präsidenten (1800) die Föderalisten auch von der Regierung zu entfernen und ihren Untergang als Partei zu beschleunigen.

Die Bedeutung der Föderalisten für die Vereinigten Staaten darf übrigens nicht zu gering angeschlagen werden. Sie waren der Ausdruck der erfahrenen Klugheit, des praktischen Verstandes und des conservativen Instinktes des Landes. Sie hatten den ganzen Staats-Organismus geschaffen, und wenn auch die Republikaner, so lange sie die Opposition bildeten, jeden Theil daran schlecht fanden und verwarfen, so nahmen sie doch, sobald sie selbst zur Regierung gelangten, fast die ganze Organisation en bloc an und bewiesen dadurch unwiderleglich, daß sie kein prinzipieller Gegensatz von ihren so oft geschmäheten und verleumdeten Gegnern trennte. Es kam

eben beiden Theilen nur auf die Ausübung der Gewalt an; natürlich aber haben Diejenigen, welche in ihrem Besitze sind, andere Ansichten, als Diejenigen, welche erst darnach streben. Wenn es irgend eines weiteren Beleges hierfür bedurfte, so lieferte ihn gleich Jefferson's Präsidentschaft. Die Republikaner waren bisher die Vertheidiger der Rechte der Einzelstaaten gegen die Bundes-Regierung, der Volksrechte gegen die Autorität gewesen; jetzt jedoch unter dem neuen Namen als Demokraten und im Besitze der Verwaltung der Bundes- und der Einzelstaaten wurden sie die eifrigen Vertheidiger des unbedingten Gehorsams und legten den Aussprüchen der gesetzgebenden Majorität beinahe die Heiligkeit des göttlichen Rechtes bei. Ja selbst Jefferson maßte sich als Präsident oft Rechte an, welche ihm die Constitution nicht einräumte, und verletzte die Rechte der Individuen und Einzelstaaten dadurch auf's Empfindlichste. Hierzu traten jetzt natürlich die Föderalisten in Opposition und bedienten sich derselben Waffen, welche Jefferson früher gegen sie gebraucht hatte.

Die Verwicklungen und der daraus hervorgehende Krieg mit England drängten die Parteien in eine neue Phase. Die Demokraten des Südens, welche hauptsächlich die illusorischen Schutzmaßregeln, wie Embargo, Nicht-Verkehr bevorwortet und durchgesetzt hatten, um dadurch ihr Eigenthum zu schützen, fanden doch bald heraus, daß sie der geeignete Weg nicht waren, und verlangten von der Regierung jetzt die Sicherung ihrer früheren Märkte für den Absatz ihrer Produkte. Anfangs glaubten sie durch bloße Drohungen England zum Nachgeben zu bewegen; als dies aber nicht gelang, drängten sie 1810 zum Kriege. Die alte französische Partei bildete den Kern für diese sich neu bildende Partei unter den Demokraten. Sie fand eine kräftige Stütze in einer großen Anzahl von nördlichen Industriellen, die seit den letzten fünf Jahren mit bedeutendem Erfolge Fabriken eingerichtet hatten und von einem Kriege den Ausschluß der

Englischen Concurrenz, ja sogar die Kundschaft und Unterstützung der Regierung erwarteten. Die stets wiederkehrenden Schlachtenberichte eines mehr als zwanzigjährigen Europäischen Krieges hatten die müßige und thatendurstige Jugend des Südens auch entflammt und die Kriegslust bedeutend gefördert. Madison, der sich in dieser Frage so eng als möglich an die friedenssüchtigen Föderalisten angeschlossen hatte, konnte endlich nicht länger widerstehen, die wiederholten Anmaßungen und Gewaltstreiche Englands vergrößerten nur den Bruch, und so setzten endlich die jungen demokratischen Führer, Calhoun und Clay die Kriegserklärung durch.

Dieser Akt bewirkte eine Partei-Revolution, deren Resultate so erfolgreich und wichtig wurden als der Sturz der ehemaligen föderalistischen Partei unter Adams. Von dem Kriege mit England und der seitdem befolgten Politik datirt der gegenwärtige Stand der Armee und Marine, das theure Hafen- und Küsten-Vertheidigungs-System, die Ausbreitung der Inländischen Manufacturen und die ihnen entsprechende Ausdehnung des Tarifschutzes. Nicht allein das Volk, sondern selbst viele der betheiligten Parteiführer wurden diesen still vor sich gehenden Wechsel nicht gewahr; sie nahmen daher, ohne es zu wissen, unter Leitung einiger ihr Ziel richtig erkennenden und genau verfolgenden Männer die Politik der Föderalisten im Wesentlichen wieder auf; dieser Prozeß ging selbstredend nur allmählig vor sich; genug aber, daß er stattfand und daß die Haupt-Grundsätze der Föderalisten von den am Ruder befindlichen Demokraten adoptirt wurden. Die Föderalisten erloschen daher auch nur um so schneller in ihren letzten Ueberresten als nationale Partei und kurz nach dem Frieden bei Monroe's erster Wahl (1816) hatten sie nur noch die Controlle über vier Staaten und warfen gar kein Gewicht mehr in die Wagschale, ja sie stellten nicht einmal einen eigenen Candidaten auf.

Monroe selbst bestätigte in seiner Antrittsrede (4. März

1817) diese stillschweigend erfolgte Umwandlung. Er stellte sich ganz auf den Standpunkt der ultraföderalistischen Doctrin der neuen Clay-Calhoun'schen Schule und verwarf, wenn auch nicht in offener Erklärung, doch indirect die altrepublikanischen Prinzipien. So gab er im Gegensatz zu einem dieser Grundsätze, welcher alle Menschen für gleich und frei erklärt, die föderalistische Doctrin zu, daß nur der intelligente, moralische Mensch der Freiheit fähig und der Ausübung der politischen Macht würdig sei. Die alte republikanische Partei hatte Armee, Marine und Befestigungen nie besonders berücksichtigt und den Handel, wenn nicht oft gehindert, doch stets sich selbst überlassen. Monroe, gewarnt durch die Erfahrungen der jüngsten Vergangenheit (Küstenverheerung und Brand des Capitols!) verlangte jetzt so entschieden als jemals früher John Adams, die Befestigung der Küsten und Gränzen, eine stärkere Armee und Marine zur Abwehr des Feindes und zum Schutze von Stadt und Land. Er betonte die Verpflichtung der Regierung für Pflege der industriellen Interessen, stellte die Erhöhung des Eingangszolles in Aussicht und bahnte durch dies Programm die völlige Verschmelzung der Parteien an.

Bei Gelegenheit des Missouri-Compromisses zeigte sich zuerst die vollständige Auflösung aller früheren Parteibande. Man stimmte im Congreß nach Norden und Süden, nach freien und Sklaven-Staaten. In New York und einigen andern Staaten schlossen beide ehemalige Parteien ein förmliches Bündniß gegen die Ausdehnung der Sklaverei. Auch in der neu vorgebrachten Tarif-Frage von 1820, welche den Eingangszoll auf gewisse Artikel erhöhte, war der Norden in seiner großen Mehrheit für die vorgeschlagenen Maßregeln, während der Süden, mit Ausnahme der Sklavengränzstaaten Maryland und Kentucky, sie einstimmig verwarf. Bei der neuen Präsidenten-Wahl bekannten sich die einflußreichsten föderalistischen Blätter als Anhänger der sog. Washington-Monroe-Politik; die Demo-

kraten beklagten sich darüber, daß die Administration ganz föderalistisch geworden. Da somit alle früheren Parteiunterschiede geschwunden waren, die neuen Partei-Führer sich zudem über den Nachfolger Monroe's nicht einigen konnten, dieser auch bei Passirung des Missouri-Compromisses nichts gethan hatte, was ihn hätte unbeliebt machen können, so betrachtete man im Norden und Süden seine Neuwahl als selbstverständlich. Monroe's zweite Präsidentschaft war arm an bedeutenden Ereignissen und zeichnete sich für die innere Entwicklung des Landes nur durch den Tarif aus, welcher als Abschlagszahlung an die Schutz verlangenden Fabrikanten des Nordens Protektiv-Zölle zu Gunsten der inländischen Baumwollen-Fabrikate festsetzte. Desto reicher aber war diese Zeit an Intriguen der Partei-Chefs, welche sich selbst 1824 noch nicht über Monroe's Nachfolger hatten einigen können. So traten hier vier Präsidentschafts-Candidaten auf, Jackson, Adams, Crawford und Clay. Die Stimmen waren zu getheilt, als daß einer von diesen Demokraten hätte die einfache Majorität erlangen können. Die Wahl ging daher an's Haus, Clay trat zurück zu Gunsten von Adams und dieser wurde gewählt, trotzdem daß Jackson die meisten Volksstimmen hatte und daß van Buren sich energisch für Crawford bemühte. Unter Adams Regierung (1825 bis 1829) schlief außer den persönlichen Intriguen der Parteigeist, und erst der gegen ihr Ende erlassene neue Tarif von 1828 legte die Basis zu neuen Parteibildungen. Die nördlichen Fabrikanten hatten sich mit dem Schutze für die Baumwollen-Waaren nicht begnügt und verlangten ihn unter Adams auch auf Wolle, Hanf, Eisen, Seide, Glas und einige andere Artikel ausgedehnt. Diesem Verlangen entsprach denn auch das Tarif-Gesetz von 1828. Die nördlichen industriellen Staaten begrüßten es als einen Triumph ihrer Interessen, die südlichen dagegen verdammten es als höchst nachtheilig für die Baumwollen-Ausfuhr, und in

der demokratiſchen Partei wurden gegen Adams, weil er es genehmigt hatte, die Vorwürfe des Föderalismus laut. Schon zu Anfang ſeiner Regierung hatte ſich eine nördliche und ſüdliche Coalition, dieſe unter Calhoun, jene unter van Buren, gegen ihn gebildet. Der neue Tarif lieferte ihr einen willkommenen Vorwand für ihre ſittliche Entrüſtung über Corruption und drohende Geldmacht, für Rufe nach Reformen und „wahrer“ Demokratie. Das künſtliche Bündniß wollte nichts anderes als Jackſon zum Nachfolger von Adams machen; nördliche und ſüdliche Politiker glaubten unter Jackſon am beſten ihre Rechnung zu finden, und ungeachtet der damaligen Antifreimaurer-Bewegung und der Oppoſition der jüngeren demokratiſchen Partei als Volkspartei (people's party) gelang es namentlich den Bemühungen des gewandten van Buren, Jackſon als Nachfolger von Adams, und Calhoun als Vicepräſidenten durchzuſetzen. Kaum war jedoch dieſer Triumph von der Coalition errungen, ſo zeigte ſich in ihren eigenen Reihen ein entſchiedener Bruch. Norden und Süden ſtanden ſich in den Perſonen van Burens und Calhoun's zu ſchroff gegenüber und konnten ſich über die gewonnene Beute nicht einigen. Der Streit endete diesmal mit der Niederlage und dem Rücktritte Calhoun's und dem Siege des geriebenen, geſchmeidigen van Buren. Calhoun verlegte jetzt den Schauplatz ſeiner politiſchen Thätigkeit in den Süden und ſetzte dort die bekannten Nullificationsgeſetze durch. Jackſon war von jetzt an unbedingt in van Burens Händen, und ſein erſter Amtstermin wurde faſt ganz durch die Maßregeln gegen die ſüdlichen Nullifier und Seceſſioniſten ausgefüllt, während der zweite hauptſächlich mit dem Streite ſeines Cabinets gegen den Senat und mit der Bankenfrage zu thun hatte.

Die demokratiſche Partei wurde von Jackſon an nur durch perſönliche Intriguen und Kniffe zuſammengehalten, ſie hatte keine geſchloſſene Macht zum Gegner, ſo daß ſich unter

ihrer unmittelbaren Theilnahme und ihrem Schutze theils das Bankunwesen, theils eine mächtige Aristokratie und jede Willkür ausbildete. Martin van Buren, in der New Yorker Schule zum Politiker herangereift und Nachfolger Calhoun's als Vicepräsident, war namentlich der Mann, welcher das Parteiwesen mit allen seinen Schlichen und Intriguen am besten erfaßt hatte und mit der berechnendsten Klugheit die Partien zu lenken verstand. Sein Ziel war die Präsidentschaft und um es zu erreichen, wurde in Tammany-Hall zu New York, dem Hauptquartier der dortigen Demokraten, die Parteiorganisation geschmiedet. Zuvörderst wurden durch van Buren Alle, die nicht für Jackson gestimmt hatten, aus den Staats-Aemtern entfernt und nur van Buren'sche Werkzeuge hineingeschafft. Die Executiv-Gewalt des Präsidenten wurde zur bloßen Beute erniedrigt, in welche sich alle van Buren'schen Creaturen theilten. Strenger Gehorsam gegen die Parteiführer war Pflicht aller Parteimänner, und diese Subordination der demokratischen Partei unter die Parteiführer ward durch die Hoffnung und Versprechungen, die Aemter als Beute zu vertheilen, aufrecht erhalten. Es war dies das erste Mal, daß eine so heillose Wirthschaft mit der Aemtervertheilung durch die Führer der demokratischen Partei eingeführt wurde. Dieser war damals van Buren und van Buren war die demokratische Partei. Die Zahl der Aemter, welche die Regierung außerhalb Washington direct zu vergeben hat, berechnet Michael Hoffmann in der Democratic Review von 1845, auf 33,000, wozu außerdem noch 2000 von jedem betreffenden Staate zu besetzende Stellen kommen. Alle diese Aemter waren jetzt die Beute der von van Buren regierten und gelenkten demokratischen Partei. Man nannte diese daher nur noch van Buren und Jackson men. New York war nach diesem Beutesystem vorzugsweise eingerichtet und geordnet, und der damalige Gouverneur William L. Marcy (jetziger Staatssecretär) sprach

zuerst ganz offen den seither von allen Parteien adoptirten Grundsatz aus: „Dem Sieger gehört die Beute!“

Auf diese Weise war die demokratische Partei zu einer privilegirten aristokratischen Kaste herabgesunken. Dieser Parteiorganisation und den durch sie erzeugten Sonderinteressen gegenüber bildete sich 1835 eine neue Partei, genannt die equal rights men, d. h. Männer gleicher Rechte. Diese Partei bestand zum größten Theile aus Arbeitern, war vorzugsweise auf die Opposition gegen die Banken und den von der herrschenden Partei mit Füßen getretenen Grundsatz der Gleichberechtigung gegründet, und legte ihre Grundsätze in einer Declaration of Rights, d. h. „Erklärung der Rechte“ öffentlich nieder.

Gleichzeitig rief Henry Clay gegen die herrschende Clique eine neue Partei in's Leben, aus der sich in der Folge die Whigs entwickelten. Henry Clay war von Anfang seiner politischen Laufbahn an, entschiedener Jefferson'scher Republikaner gewesen. Seine Politik war vorzugsweise national und auf Hebung der commerciellen und industriellen Interessen des Landes gerichtet; er stimmte daher für innere Verbesserungen, einen freieren Spielraum der Executive und war für ein Amerikanisches Schutzzollsystem. Diese Maßregeln verfocht er mit um so größerem Erfolge gegen Jackson, als dessen Verwaltung gerade stets diese Seite des Volkslebens ungebührlich vernachlässigt hatte; sie bildeten im Wesentlichen die Grundlage für die sogenannte national-republikanische Partei, die sich für die wahre und echt republikanische erklärte und ihre Gegner, die herrschenden Jackson und van Buren Männer, mit den Englischen Tories verglich. Nach der Aufhebung der Banken wurden ihre Reihen bedeutend durch viele in ihren Privat-Interessen gekränkte Industrielle verstärkt. Von ihren Gegnern Whigs genannt, adoptirte sie diesen Namen im Win-

ter 1836 und nahm von da an die allgemeine Opposition gegen die große demokratische Partei in sich auf.

Inzwischen nahte die Präsidentenwahl von 1836 heran. Da der Einfluß der beiden jungen Parteien, namentlich der equal rights men bedeutend gewachsen war, so bemühte sich die demokratische Partei und an deren Spitze van Buren, ihr diesmaliger Präsidentschafts-Candidat, die equal rights men wieder zu gewinnen. Im Jahre 1836 erfolgte auch die Aufhebung der Vereinigten Staaten-Bank durch Jackson. Dieser Act und der durch ihn bewirkte Sturz der Geldaristokratie, sowie andere liberale Zugeständnisse vermochten die equal rights men, sich mit der demokratischen Partei 1837 wieder zu vereinigen. Von diesen equal rights men und ihrer Vereinigung mit der demokratischen Partei ging die Bezeichnung Locofoco auf letztere über. Die alten Demokraten hatten nämlich, um die equal rights men an der Aufstellung eigener Candidaten für die Staatswahlen zu verhindern, in der entscheidenden Verhandlung vom 29. October 1835 die Gasröhren von Tammany Hall abgedreht, um durch die plötzlich eintretende Finsterniß sie von der Fortsetzung ihrer Debatten abzuhalten. Die equal rights men aber waren auf einen solchen Staatsstreich vorbereitet, steckten ihre Streichzündhölzer (locofoco matches) an und führten jubelnd ihre Vorbereitungen zur Wahl aus. Dieser Vorfall veranlaßte für sie den Spottnamen Locofoco, den später die demokratische Partei mit einem gewissen Stolze führte.

Der Vereinigung mit den equal rights men hatte auch van Buren seine Wahl als Präsident zu verdanken, während Henry Clay als Gegen-Candidat der Whigs unterlag. Van Buren aber war durchaus unbeliebt beim Volke geworden, ihm fehlte der Nimbus, der den alten Jackson umgeben hatte. Eine große Anzahl nördlicher Demokraten ging zu den Whigs über, deren Reihen namentlich durch die Folgen der unter

Jackson aufgehobenen Vereinigten Staaten-Bank verstärkt wurden. Die Einstellung der Zahlungen und der Sturz der Privat- und Staatsbanken schlossen sich unmittelbar an dies Gesetz; inmitten der damaligen Handelskrise und Bankerotte führten sie eine Verwirrung und momentane Rathlosigkeit herbei, deren Schuld — freilich mit Unrecht — größten Theils der damaligen Regierung zugeschrieben wurde. Im Jahre 1840 hatte diese Reaktion die Whig-Partei bereits so mächtig gemacht, daß sie über die Demokraten siegte und General Harrison als Präsidenten durchsetzte. Dieser starb aber schon vier Wochen nach seinem Amts-Antritt. Der Vice-Präsident, J. Tyler, Sklavenhalter aus Virginien, wurde sein Nachfolger und mit ihm die unbedingte Herrschaft der Sklavenhalter im weißen Hause und Capitol installirt. Tyler blieb darin der Partei, die ihn auf ihren Schild erhoben hatte, treu, daß er die Schutzzollmaßregeln, welche der Norden für eine Abhülfe gegen die Wiederkehr der kaum beendeten großen Handelskrise hielt, im Tarif von 1842 Ausdruck verlieh. Im Uebrigen war er unbedingter Südländer und bezeichnete seinen Standpunkt in den großen nationalen Fragen am deutlichsten durch seine Bemühungen für die Annexation von Texas.

So wären wir hier denn wieder bei dem Punkte der Entwicklung angelangt, deren Verlauf im Capitel VI. und VII. bereits skizzirt und bis auf das Compromiß von 1850 fortgeführt ist.

IX.

Die Zeit, welche unmittelbar auf das Compromiß von 1850 folgte, war arm an hervorstechenden Ereignissen und stand mit Ausnahme der Bestrebungen der Unionsretter und der von Foote eingeführten Debatte über die Endgültigkeit des Compromisses kaum in directer Beziehung zu diesem Gesetze. Das Repräsentantenhaus erklärte zwar im Winter 1851/52 alle gegen dasselbe und gegen die Sklaverei überhaupt gerichtete Agitation für unnöthig, nutzlos und gefährlich; der Senat dagegen konnte es zu keinem Beschluß über die von Foote angeregte Frage bringen. Der Grund für diese scheinbare Ruhe lag theilweise in der Ermüdung der Parteien, theilweise in den Vorbereitungen zur Präsidentenwahl von 1852, welche bald alle Thätigkeit und Aufmerksamkeit der Politiker in Anspruch nahm.

Die demokratische Partei schritt im Juni 1852 zur Convention in Baltimore, wo Whigs und Demokraten in der Regel ihr Parteiprogramm (Plattform) festsetzen und ihre Präsidentschafts-Candidaten aufstellen. Es gelang hier den Unionsmännern oder National-Demokraten noch einmal, die schon auseinander gegangenen Partei-Fraktionen wieder zu leimen und die beiden äußersten Flügel, die Freesoiler des Nordens und die Secessionisten des Südens für einen gemeinschaftlich zu ernennenden

Präsidenten zu gewinnen. Es wurde ebenfalls gemeinschaftlich eine Plattform entworfen, in welcher die unbedingte Anerkennung des Compromisses von 1850 den Prüfstein der rechtgläubigen Demokratie abgab und ausdrücklich erklärt wurde, daß die demokratische Partei allen Versuchen für Erneuerung der Sklavenfrage innerhalb und außerhalb des Congresses Widerstand leisten würde, in welcher Form oder Farbe der Versuch auch gemacht werden möchte. Diese Maßregeln waren allerdings ganz praktisch für das Bedürfniß des Augenblickes, denn nur durch sie wurde dem, was sich demokratische Partei nannte, der Sieg und die Beute gesichert, allein sie mußten auch sofort nach erfolgter Wahl die innere Unverträglichkeit der heterogenen Elemente mit erneuerter Heftigkeit zum Ausbruch bringen. Franklin Pierce war das Produkt dieser Partei-Vereinbarung: er wurde mit einer seit Jackson's Zeiten nicht erlebten Majorität zum vierzehnten Präsidenten der Vereinigten Staaten erwählt.

Pierce war eine bisher den meisten Wählern selbst dem Namen nach unbekannte Größe gewesen. Auf nähere Erkundigungen erfuhr man denn, daß er ein braver und in seinen Privatverhältnissen allgemein geachteter Mann aus Concord im Staate New Hampshire war, wo er als Advokat praktizirte, nachdem er im Mexikanischen Kriege General eines Freiwilligen Regimentes gewesen Dabei hatte er sich stets als guter Demokrat bemerkbar gemacht, zur Zeit aber, wo er Senator in Washington war, politisch gar nicht ausgezeichnet. Es scheint sogar, daß ihm das politische Treiben nicht zusagte, wenigstens lehnte er jede weitere Wahl in den Congreß ab und war selbst am meisten darüber verwundert, daß ihn seine Partei bei der Baltimore-Convention als ihren Candidaten aufstellte.

Diese Taktik hatte ihre äußeren und inneren Gründe. Einmal waren, wie dies die Erfahrungen der Wahl vom Jahre

1848 bewiesen hatten, die bisherigen offiziellen Führer der Demokraten, Caß, Buchanan, Douglas und Andere bei dieser Wahl nicht gut als Aushängeschilder zu brauchen, indem der Eine von ihnen hier, der Andere dort auf zwei Schultern getragen oder sich durch zu unverholen ausgesprochene Parteinahme für und gegen einzelne Personen oder Maßregeln (z. B. bei Kossuth's Empfang oder der Abstimmung über die Fluß- und Hafenbill) unbeliebt oder gar unmöglich gemacht hatte. Zudem war immerhin zu befürchten, daß die ehemahligen Partei-Chefs, auf ihr Ansehen beim Volke vertrauend, sich nicht so streng an die Vorschriften und Bedingungen binden möchten, die ihnen von der Partei auferlegt werden. Man bedurfte also eines Mannes, der in seinen Kreisen eines guten Rufes genoß, möglichst unbekannt war und sich noch nicht hatte compromittiren können, der aber zugleich auf der andern Seite durch diese Erhebung aus seiner früheren Unbedeutendheit der Partei zu Danke verpflichtet wurde und aller Berechnung nach mit ihr durch Dick und Dünn ging. Ist der Präsident schwach, so lassen sich die verderblichsten Maßregeln am leichtesten durchsetzen, denn selbst der schwächste Mensch ist stark genug, sich zum Schlechten bestimmen zu lassen. Unter einem schwachen Präsidenten gibt es kein verantwortliches Individuum; die Partei aber ist allmächtig und unverantwortlich, oder kann man etwa diejenigen zur Rechenschaft ziehen, welche hinter den Coulissen agiren und ausschließlich die zu verantwortenden Acte begehen?

Die unbeschränkte Macht und der fast despotische Einfluß der demokratischen Partei auf die nationalen Angelegenheiten datirt von Jackson's Präsidentschaft. Seitdem hat sie mit jedem Jahre mehr Gelegenheit gehabt, die politische Tragweite und Bedeutung einer solchen Taktik für ihre egoistischen Interessen zu würdigen und darum auch nie mehr einen wirklich hervorragenden, persönlich bedeutenden Politiker als ihren

Candidaten aufgestellt. Sie hatte darum auch nur ein bereits traditionell gewordenes Partei-Manöver auszuführen, als sie ihre Stimmen auf Pierce vereinigte, der mit seinen übrigen empfehlenswerthen Eigenschaften noch die verband, daß er in der Sklavenfrage ganz mit dem Süden ging. Wegen dieser Gesinnungstüchtigkeit aber erhielt Pierce die Stimmen nicht allein aller südlichen Secessionisten und der meisten Barnburner, sondern auch der silbergrauen Whigs von New York, der whiggistischen Unionsmänner des Südens, der Webster-Whigs in Massachusets, kurz aller Hunker-Whigs. So bedeutete seine Wahl nichts als den Sieg der conservativen Interessen, den Triumph der Sklavenhalter, der Baumwollen-Lords, Jobbers, Bankiers und hohen Finanz.

„Ich bin der Ansicht, — sagte er u. A. in seiner Antrittsrede vom 4. März 1853 — daß die Gesetze von 1850, gewöhnlich die Compromißmaßregeln genannt, streng verfassungsmäßig sind und ohne Anstand ausgeführt werden müssen. Ich glaube, daß die eingesetzten Behörden dieser Republik verbunden sind, die Rechte des Südens in dieser Hinsicht zu betrachten, wie sie irgend ein anderes gesetzliches und verfassungsmäßiges Recht ansehen würden, und daß die zu deren Geltendmachung erlassenen Gesetze (das Sklavenjagdgesetz) beachtet und befolgt werden sollten, nicht mit einem Widerstreben, welches abstrakte Ansichten über ihre Angemessenheit ermuthigt, sondern mit Freudigkeit und in Gemäßheit der Entscheidungen des Tribunals, dem die Ermittlung jener Rechte zukommt.“

Die Whigs unterlagen diesmal den Demokraten nur aus Mangel an Einheit der verschiedenen, von dieser Partei bisher zusammengehaltenen Interessen und Fractionen, aber keineswegs aus prinzipiellen Gründen. Das Programm der Whigs für die letzte Präsidentenwahl zeichnete sich sogar vor dem der Demokraten durch eine relativ freiere Auffassung der Sklavenfrage

aus. Sie erkannten freilich auch das Compromiß von 1850 als ein zu Recht bestehendes Gesetz an, indessen waren sie weit entfernt, es endgültig und unantastbar zu nennen, geschweige denn jeder Agitation gegen die Sklaverei mit Widerstand zu drohen. Noch vor der Wahl nannten verschiedene Whigblätter ziemlich unumwunden die von General Scott ausgesprochene Gutheißung der whiggistischen Plattform einen Act der bloßen Nothwendigkeit, und eins der einflußreichsten Partei-Organe verlangte mit dürren Worten, daß man eine der Sklavenfrage ungünstige Plattform nicht beobachten sollte. Durch diese Erörterungen und die Hetzereien der Hunkerzeitungen wurden die südlichen Whigs in ihrem Mißtrauen gegen Scott nur bestärkt, und daher erklärt es sich, daß Viele von ihnen, namentlich in den südöstlichen Staaten entweder gar nicht oder selbst zu Gunsten des demokratischen Candidaten stimmten, um selbst die leiseste Gefahr von dem „peculiären" Institut abzuwenden. Ich befand mich gerade am Board eines Dampfers im Mexikanischen Golfe, als der Pilot uns die Nachricht brachte, daß Scott von der Whig-Convention in Baltimore nominirt worden, und hörte nicht einen, sondern ein paar Dutzend rechtgläubige südliche Whigs sich hoch und theuer verschwören, daß sie für diesen „verdammten Abolitionisten" nicht stimmen wollten. Pierce trug den Sieg davon, weil er in der Sklavenfrage „gesund" war. Scott unterlag, weil er eben nicht „gesund" und von dem Senator W. H. Seward als Candidat durchgesetzt war. Der Name Seward's, dieses unermüdlichen, tapfern und ausgezeichneten Parteiführers der jüngeren Whigs, ist dem Süden gleichbedeutend mit dem Teufel und dem Antichristen, er gilt dort als der Urheber alles den südlichen Interessen zugefügten Schadens, jeder neu losbrechenden Freiheitsbewegung: der schlagendste Beweis für die Tüchtigkeit und den Werth dieses Mannes, der allein von allen jetzigen politischen Führern eine große Zukunft vor sich hat, weil er nie mit den

Sklavenhaltern paziscirte. An Seward's Agitation lehnt sich auch die jüngste Spaltung der Whigs in Silbergraue und und Wollköpfe (silvergrays und wooly heads), diese die Anhänger Seward's, von ihren Gegnern wegen ihrer Bestrebungen gegen Ausdehnung der Sklaverei (der Wollköpfe) so genannt, jene aber als die conservative, altersgraue Fraction, der das Geldinteresse keineswegs zu fern liegt, Silbergraue getauft.

Diese Niederlage hat die Whig-Partei als organisirtes Ganze gesprengt. Ein gemeinschaftliches, die verschiedenen Fractionen vereinigendes Prinzip ist nicht mehr da, und so sind die Whigs in ihre an sich ohnmächtigen Atome, in Secessionisten und Freesoiler, in Unionsmänner und Nativisten zerfallen. Daniel Webster hatte Recht, wenn er noch auf seinem Todtenbette sagte: „Nach dem 2. November 1852 (dem Tage der Wahl von Pierce) werden die Whigs als nationale Partei nur noch in der Geschichte existiren.“

War der Sieg der Demokraten in der Person von Pierce nur ein Produkt der combinirten Sklaverei-Interessen, so war die Niederlage der Whigs und ihre daraus hervorgehende Auflösung als Partei das Resultat der nördlichen Freiheits-Interessen, die sich endlich stark genug fühlten, den Bruch mit dem Süden zu wagen. Dies ist das naturgemäße Ende einer Partei, die sich ohne jede Beziehung auf die Sklavenfrage gebildet hatte. Mit dem Augenblicke, wo diese alles politische Interesse verschlang, mußten überhaupt die alten Parteien aufhören zu existiren, und die demokratische sicherte sich durch ihren Sieg nur eine kurze Galgenfrist mehr.

Uebrigens waren die neuen Partei-Ansätze schon vorhanden; sie gewannen sogar durch die Präsidenten-Wahl einen präciseren Ausdruck, eine größere Bestimmtheit und einen erweiterten Kampfplatz. Unter ihnen sind die Freesoiler oder Freibodenmänner durch ihre Zahl und Grundsätze am Bedeutendsten

und Stärksten. Obwohl in ihren Bestandtheilen aus den früheren Anhängern beider großen Parteien zusammengesetzt, sind sie doch ihrem Wesen nach mehr eine Fortsetzung der ursprünglichen ehemaligen demokratischen Partei. Sie behaupten sogar deren Ideen da weiter gebildet zu haben, wo die offiziellen Demokraten stehen geblieben sind und nennen sich deshalb auch die Partei der wahren demokratischen Grundsätze.

Die ersten Anfänge der Freesoiler sind in der ursprünglich aus den jüngeren, progressiven Whigs hervorgegangenen Freiheitspartei (liberty party) zu suchen, welche Abolitionisten, Antirenters (welche Befreiung ihres in einigen Bezirken von New York gelegenen Grundbesitzes von feudalen Lasten und Renten anstreben) und Social-Reformer in sich vereinigt und sich bereits 1840 als politische Partei organisirt hatte. Der Kampf um die Aufnahme von Texas als Sklavenstaat führte dieser Partei neue Elemente und Kräfte zu, die freilich ebenso verworren und weit umfassend waren als ihre Grundsätze. Sie wollten die Verbrüderung der gesammten menschlichen Familie, die allmälige Aufhebung der Sklaverei und dadurch den freien Staaten das Uebergewicht über die südlichen sichern. Bei der Präsidentenwahl von 1844 waren sie schon stark genug, ihren eigenen Candidaten Birney aufzustellen und die Niederlage Henry Clay's herbeizuführen. Sie gaben nämlich für Birney 62,959 Stimmen ab, während Clay deren nur 1,316,622, Polk aber 1,372,809 empfing. Wie hier die jüngeren Whigs durch ihre dem regulären Whig-Candidaten entzogenen Stimmen den conservativen Demokraten (Hunkers), so verhalfen bei der folgenden Wahl von 1848 die jüngeren Demokraten (Barnburner) den conservativen Whigs unfreiwillig zum Siege, wie dies bereits im 6. Capitel angedeutet ist. M. van Buren erhielt damals 291,342 Stimmen, die zu den auf Caß abgegebenen 1,219,962 addirt, eine bedeutende Majorität für diesen herbeigeführt haben würden, da General Taylor mit 1,360,752

Stimmen erwählt wurde. Dies Zahlenverhältniß weiſt auf's Schlagendſte den wachſenden Einfluß der jungen Partei nach. Im Jahre 1844 fielen ihr nur 1/40 der ſämmtlichen abgegebenen Stimmen zu, im Jahre 1848 aber ſchon 1/10 derſelben, wenn gleich hier nicht außer Augen zu laſſen iſt, daß namentlich im Staate New York ganze Bezirke aus perſönlichem Widerwillen gegen Caß für van Buren ſtimmten. Für die jüngſte Wahl hatten die Freeſoiler, die ſich bei ihrer am 12. Auguſt 1852 in Pittsburg abgehaltenen Convention freie demokratiſche Partei nannten, den Senator John P. Hale von New Hampſhire als Präſidenten und G. W. Julian von Indiana als Vice-Präſidenten aufſtellt. Die Zahl der für Hale Stimmenden belief ſich auf etwa 156,000, erreichte alſo kaum etwas mehr als die Hälfte der für van Buren abgegebenen Stimmen.

In dieſem Umſtande liegt ſcheinbar ein Rückſchritt der freeſoiliſtiſchen Bewegung, aber auch nur ſcheinbar. Einmal nämlich ſtimmten aus falſch verſtandener Politik viele freeſoiliſtiſche Demokraten dem von van Buren und der New Yorker Evening Poſt gegebenen Beiſpiele folgend für Pierce, um durch eine innere Spaltung nicht zum zweiten Male den Sieg des vermeintlich gemeinſchaftlichen Gegners, der Whigs, zu fördern. Es iſt darum gewiß nicht zu viel geſagt, daß die Hälfte der Anhänger van Buren's von 1848 her ſich 1852 mit ihm für Pierce erklärten. Dann aber trug der Einfluß, den W. H. Seward auf die Ernennung Scott's ausgeübt hatte, ſehr viel dazu bei, daß eine ſehr beträchtliche Zahl freeſoiliſtiſcher Whigs für dieſen votirte, wie dies namentlich in den New England-Staaten, in New York und New Jerſey der Fall war. Wenn man hierzu die Agitation rechnet, welche durch das Compromiß von 1850 erſt ihre eigentliche Schärfe und Kraft gewonnen hatte und welche als Reagens gegen das ſchamloſe Auftreten der Sklavenhalter-Intereſſen den freien

demokratischen Grundsätzen einen doppelt leichten Eingang im Norden sicherte, so unterliegt es keinem Zweifel, daß die freesoilistische Partei in den letzten Jahren an Zahl eher zugenommen als abgenommen hat.

Das Partei-Programm der freien Demokraten, wie es von der Pittsburger Convention festgesetzt war, läßt sich im Wesentlichen in folgende Grundsätze zusammenfassen, daß 1) die Regierung verpflichtet ist, Leben, die Freiheit und die Glückseligkeit der Menschen zu sichern; 2) daß die Union fortdauern soll; 3) daß die Regierung nicht berechtigt ist, irgend einer Person, ohne gerichtliches Verfahren, das Leben, die Freiheit zu rauben; daß sie ebensowenig ein Recht hat, Jemanden zum Sklaven, als zum König zu machen, daß sie überhaupt sich von jeder Verantwortlichkeit für das Fortbestehen der Sklaverei befreien soll; 4) daß kein neuer Staat und kein Gebiet mit Sklaverei aufzunehmen und keine Bundesgesetze für Auslieferung von Sklaven existiren sollen, daß das Compromiß von 1850 über die Sklavenjagd in den freien Staaten unverträglich mit allen Grundsätzen der Domokratie ist, daß die Sklaverei nur eine Localsache der südlichen Staaten, die Freiheit aber die Sache des ganzen Bundes sei; 5) daß alle Menschen ein natürliches Recht auf einen Theil des Grund und Bodens haben und da die Nutznießung des Bodens zum Leben unentbehrlich ist, sei auch das Recht eines jeden Menschen auf einen Theil des Bodens so heilig wie das Recht auf das Leben selbst; 6) daß es die Pflicht der amerikanischen Regierung als Republik ist, alle geeigneten Mittel anzuwenden zur Verhinderung der Einmischung von Kaisern und Königen in die Angelegenheiten der Völker, welche sich vom despotischen Joch befreien wollen; 7) daß die Festsetzung der demokratischen Partei in ihrer Baltimorer Plattform, wonach ein menschliches Gesetz gleich dem Compromiß ein Endergebniß sein könne und weder der Veränderung noch

dem Widerrufe unterworfen sei, in direktem Widerspruch mit den Grundsätzen der Gründer unserer Regierung und der Freiheit des Volkes gefährlich ist; 8) daß das Banner der freien demokratischen Partei sein soll: „Freier Boden, freie Rede, freie Arbeit und freie Menschen.“

Wenn die Präsidenten-Wahl die demokratische Partei für kurze Zeit geeinigt hatte, so brachte die Frage der Beute-Vertheilung die oberflächlich verhüllte Spaltung nach kaum errungenem Siege wieder zum offenen Bruch. Hards und Softs stritten sich und streiten sich theilweise noch um die fettesten Bissen! Hard shells (wörtlich Hartschalige; ein von der Auster entlehntes Bild!) sind nämlich diejenigen Mitglieder der demokratischen Partei, welche den 1848 von der rechtgläubigen nationalen Demokratie abgefallenen, bis 1852 aber wieder zu Kreuz gekrochenen Barnburnern ihre damalige Ketzerei noch immer nicht verzeihen können und sie deshalb zur Strafe ganz unberücksichtigt bei der Aemter-Vertheilung lassen wollten; Soft shells (Weichschalige) aber sind diejenigen, welche sich der Umkehr der reuigen Sünder freuen und ihnen für ihre Mitwirkung zum Siege auch bei der Vertheilung der Beute einen verhältnißmäßigen Antheil gönnen. Während zu den Soft shells selbstredend alle bekehrten Apostaten aus den Reihen der Barnburner und nur ein kleiner Theil der Hunker gehören, stehen auf Seiten der Hard shells die meisten alten Hunker. „Zwischen Softs und Hards“ — sagte Mike Walsh, Vertreter der New Yorker Rowdies im Congresse, am 17. Januar 1854 — „herrscht derselbe Unterschied wie zwischen Schurken und ehrlichen Männern.“ „„Diese Charakteristik,““ entgegnete Smith von Alabama, „„giebt kein annähernd richtiges Bild, denn sie sagt nicht einmal, wer der Schurke und wer der ehrliche Mann.““ Ganz recht! Aber das ist es ja gerade! Der Hard nennt den Soft und dieser jenen den Schurken und im zweifelhaften Falle haben sie meistens alle Beide Recht. Es kann

einen auswärtigen Leser kaum interessiren, die Resultate und Einzelheiten dieser allgemeinen Jagd auf etwa 100,000 Stellen kennen zu lernen, da sich gewiß Niemand gern von dem Gebiete der Politik in die schmutzigen Irrgänge des Schachers verlieren mag.

Genug, daß Pierce nicht den rechten Takt in der Auswahl seiner Candidaten hatte und sich dadurch die Feindschaft der großen Majorität seiner Partei zuzog. Es geht den demokratischen Präsidenten wie den revolutionairen Prätendenten. Sie haben vor Erlangung der höchsten Gewalt zu viel Hülfe in Anspruch zu nehmen und nach deren Erlangung zu viel Verdienst zu belohnen; sie wissen darum auch selten die Schwierigkeiten geschickt zu umgehen, die ihnen von ihren eigenen bisherigen Freunden bereitet werden. Auch Pierce konnte sich vor ihnen nicht retten. Er glaubte nämlich am weisesten zu handeln, wenn er den beiden Parteiflügeln, den südlichen Demokraten und den nördlichen Softs, ja selbst einigen im Geruche des Freesoilismus stehenden Parteigliedern die besten und meisten Stellen gäbe. Er dachte, daß die Hards, als die Urheber seiner Wahl, schon selbstredend zu ihm halten würden, ja er hoffte, durch diese Politik die alte Feindschaft zu verwischen und ein gemeinsames Band der Liebe und Freundschaft um alle Parteigenossen zu schlingen.

Der gute Pierce! Wenn etwas für seine ländliche Unverdorbenheit spricht, so ist es dieser kindliche Wahn. Als wenn die Hards von der Luft lebten, als wenn sie alle Anstrengungen für seine Wahl umsonst gemacht hätten, als wenn sie sich nicht für die Einzigen hielten, welche die reichste Belohnung und die fetteste Beute verdient hätten! Wer hatte denn auch die beiden verlorenen Söhne reuig wieder zur rechtgläubigen Kirche zurückgeführt und wer konnte denn nur diesen Akt der Aufopferung und Selbstverleugnung umsonst verlangen?

Der unglückliche Pierce! Diese Undankbarkeit gegen die Hards hat seine Popularität untergraben. Bald widerhallten die Zeitungen von Geschrei über die Unfähigkeit des Präsidenten, über die Unbrauchbarkeit seines Cabinets, über die Nothwendigkeit einer Umgestaltung des Ministeriums, und es verging kein halbes Jahr, daß Pierce nicht schon die ganze Stufenleiter vom anfänglichen Mißvergnügen bis zur äußersten Anklage durchlaufen hätte und von den Hards mit dem Fluche des ganzen Landes beladen worden wäre. Die deutschen Zeitungen ließen sich zu jener Zeit vom New Yorker Herald (dessen Redakteur Bennett nicht zum Gesandten in Paris ernannt war) und von der Londoner Times alle möglichen Gründe für diese plötzliche Umwandlung der sog. Volksstimme erzählen; aber den wahren Grund der auf einige Zeitungen und Politiker beschränkten Unzufriedenheit ahnten sie nicht, wahrscheinlich weil sie ihn, wie ich zu ihrer Ehre annehme, für viel tiefer liegend hielten.

Ueber der Beute haben sich schließlich alle Parteien aufgelöst, und ihre Prinzipien sind inhaltsleere Phrasen geworden. Möglich sogar, daß sie sich bei der einen oder anderen Gelegenheit einmal wieder für einen neuen Feldzug einigen; aber dann dauert sicherlich der Friede nur so lange, als die „spoils“ anhalten. Die Absetzung des Zollhaus-Inspektors Bronson, der Sturz der demokratischen Partei im Staate New York und die seit fast zwei Jahren in den einzelnen Staaten mit unerhörter Erbitterung geführten Parteikämpfe, wie der Krieg zwischen Softs und Hards in New York, sind alle Illustrationen eines und desselben Themas: „Dem Sieger gehört die Beute!“

Es ist das sehr zweifelhafte Verdienst von Pierce's Administration, daß sie diesen einzig übrig gebliebenen Grundsatz der offiziellen Parteien aller Welt klar gemacht und den ihn umgebenden Schleier selbst für die Massen gelüftet hat. Bisher wußten nur die Politiker von Profession, was diese künst-

liche Washingtoner Welt zusammen hält, und das Volk glaubte ihren patriotischen Phrasen, ihrer Begeisterung für die wahre Demokratie, für das Volk, für das edle, große und souveraine Volk. Den Betrug aber, den Diebstahl von Millionen hielt es für eine Ausnahme, für neidische Verläumdungen, und die Aemterjägerei und Beutegier waren stets der Schandfleck der Gegner. Denn die Massen sahen nicht, was hinter den Coulissen vorging, wenn auch der Klang des gestohlenen Geldes die Phrasen der politischen Schaubühne übertönte.

Das Alles ist jetzt anders. Die herrschende Partei keift und zankt sich auf offenem Markte herum, und da sie nur wegen der Beute sich rührt und streitet, so erklärt sie eben diesen Zank für den einzigen Inhalt ihrer Politik. Das Volk wendet sich mit Abscheu von dem alten abgelebten Parteihumbug ab. Es will nur ehrlichen Männern ohne Rücksicht auf ihre politische Richtung die öffentlichen Stellen anvertrauen; allein es übersieht, daß es unter den hiesigen Erwerbs-Verhältnissen, welche die ihnen entsprechende öffentliche Meinung und Moral erzeugen, der Corruption unmöglich auf die Dauer die Spitze brechen kann.

In diesen allgemeinen Zersetzungsprozeß fällt die Eröffnung des 33. Congresses der Vereinigten Staaten (5. Dezember 1853). Es lagen ihm verschiedene wichtige Fragen zur Entscheidung vor, welche auf's Engste mit den Interessen und der Entwicklung der Union verknüpft waren. Dahin gehörte vor Allem für das Innere die Pacific-Eisenbahn und die Heimstättebill, nach Außen aber die Regulirung des Verhältnisses der Vereinigten Staaten zu den Sandwich-Inseln, ihres Handels mit China und Japan, die Erledigung der schwebenden Differenzen mit Spanien und England, lauter Maßregeln, deren Ausführung, wie man zuversichtlich hoffte, im Interesse des Volkes nicht länger verzögert werden würde. Der Congreß aber war bis jetzt weit entfernt, eine einzige dieser offenen

Fragen näher zu berühren, geschweige denn den in ihn gesetzten Erwartungen zu entsprechen. Er hat sich zu nichts Zeit genommen, als die Sklaverei ganz ausschließlich wieder in den Vordergrund zu drängen, und das zu einer Zeit, wo tiefe Ruhe im Lande herrschte und Niemand eine Störung des Friedens befürchtete. Dieselbe Partei, welche bei der Baltimorer Convention jede Agitation gegen das Compromiß von 1850 für einen Verrath erklärt und derselbe Präsident, welcher bei seinem Amtsantritt die durch jenes Gesetz bewirkte Ruhe in jeder Weise zu schützen versprochen hatte, haben jetzt zuerst durch die Nebraska-Bill den alten Streit erneuert und das ganze Land in neue Aufregung versetzt. Denn die Nebraska-Bill will ihrem Wesen nach nichts Anderes, als Aufhebung des Missouri-Compromisses, also Einführung der Sklaverei in die gesetzlich freien nordwestlichen Gebiete. Wäre die Initiative zu diesem Willkür-Akte von den Freesoilern ausgegangen, so hätten natürlich alle Zeitungen von Klagen über Abolitionismus und Verrath widerhallt. Nun aber ging sie von den Fanatikern der Ruhe von den Heralden der Finalität aus und kündigte sich mit marktschreierischem Pathos als Unionsrettung und prinzipielle Consequenz an. Das heißt mit anderen Worten: die Sklavenhalter und ihre Freunde brauchen und wollen mehr Platz, mehr Sklavenboden und mehr Sklavenstaaten!

In dieser Politik der Sklavenhalter liegt nichts Unvermitteltes, Außerordentliches; sie beweist nur, daß diese die Umstände, Zeit und Menschen richtig erkannt und gewürdig hatten. Durch die neuen Erwerbungen aus dem Mexicanischen Kriege, durch die Organisation der Gebiete Oregon und Minesota besaßen die freien Staaten seit 1850 mehr Land und mehr Aussicht auf Stimmen im Congreß, als die Sklaven haltenden Staaten. Desto erbitterter kämpften also deren Vertreter für's alte Gleichgewicht oder vielmehr für ihr Uebergewicht in der Gesammtregierung. Obgleich gegenwärtig kaum von einigen

hundert Weißen bevölkert, so bildet Nebraska doch durch seine Lage in der Mitte des Continentes einen höchst wichtigen Bestandtheil und den Kern für eine spätere centrale Staatengruppe. Es muß von der beabsichtigten nördlichen Pacific-Eisenbahn unter allen Umständen durchschnitten werden, und in ihm wurzelt die Fluß- und Gebirgsscheide, welche ihre Berge und Flüsse in das Gebiet des stillen Ozeans, des Mexicanischen Meerbusens und sogar des Atlantischen Meeres verzweigt. Nebraska ist das Gebiet, welches östlich von Missouri, Jowa und Minesota begränzt wird, nördlich mit dem 49., südlich mit dem 40. Breitengrade parallel läuft und sich im Westen bis an die Felsengebirge erstreckt, während Kansas östlich an Missouri und westlich ebenfalls an die Felsengebirge und New Mexico gränzend, im Süden vom 37., im Norden aber vom 40. Breitengrade umschlossen wird. Beide sind etwa doppelt so groß als die ursprünglichen 13 Staaten und wurden im Laufe der Debatten unter dem Namen Nebraska zusammengefaßt. Sie bilden einen Theil des 1803 von Frankreich gekauften Louisiana und waren bisher nur als Indianergebiet bekannt oder wegen der großen Heerstraße, die durch Nebraska nach Californien, New Mexico und Chihuahua führt, in den öffentlichen Blättern erwähnt.

X.

Der achte Paragraph des Missouri-Compromisses verbot bekanntlich für immer die Sklaverei in allen Theilen von Louisiana, welche nördlich vom 36. 30. Breitengrade liegen. Wie früher Illinois, Indiana, Wisconsin und Iowa, so fällt auch Nebraska in diese Kategorie. Die Nebraska-Bill verlangt aber die Aufhebung dieses Paragraphen, weil er durch die leitenden Prinzipien der Gesetzgebung von 1850 unwirksam geworden sei; sie will mit anderen Worten und auf Umwegen der Sklaverei den Weg nach Nebraska bahnen. Erst mit der Eröffnung des jetzigen Congresses tauchten die ersten Pläne zur Einführung dieser Bill auf, denn einem früher, beim Schlusse des 32. Congresses eingebrachten Gesetzesvorschlage traten selbst südliche Mitglieder des Senates, wie z. B. sein jetziger Präsident Atchison, deshalb entgegen, weil er unter die Wirksamkeit des Missouri Compromisses fiele. Da sich die Situation aber unerwartet günstig für die Sklavenhalter gestaltet hatte, so war Douglas ganz der rechte Mann, sie gehörig auszubeuten und seine aus den Berathungen einiger südlichen Führer mit der Administration hervorgegangene Bill in die Debatte einzuführen.

Douglas ist eben einer jener abgefeimten und ehrgeizigen politischen Intriguanten, welche durch die schlau erdachte und

geschraubte Interpretation von Gesetzen zu Gunsten des Südens sich dort eine feste Stellung zu schaffen und für den Präsidentenstuhl möglich, ja unentbehrlich zu werden suchen. Alle seine Worte über die großen nationalen Fragen sind leere Phrasen, wenn man nur seine jüngsten Wühlereien außerhalb des Congresses damit vergleicht. Seine Opposition gegen die inneren Verbesserungen, wie er sie zu Anfang 1854 in einem offenen Briefe an den Gouverneur von Illinois darlegte, zeigt seine Winkelzüge und eigentlichen Absichten in ihrem wahren Lichte. Die regsame Bevölkerung des Nordwestens fordert nämlich als Lebensfrage, daß die Föderal-Regierung die Betten der nationalen Ströme (besonders des Mississippi und Ohio) regulire, die nöthigen Verbesserungen auch an den Inland Häfen vornehme, überhaupt Maßregeln zur Förderung des inneren Verkehrs und Handels ergreife, welche wieder dem ganzen Lande durch Zunahme der Bevölkerung und steigende Produktion und Consumtion zu Gute kommen. Der Süden aber sieht mit eifersüchtigem Auge auf die ohnehin schnelle Entwicklung des Nordwestens und Westens, die namentlich die Sklaverei zu beschränken und zu untergraben droht. Douglas hat also, um sich dem Süden zu verbinden, von neuem die „demokratische“ Ansicht wieder aufgestellt und näher zu motiviren gesucht, daß man die großen Pulsadern des Verkehrs unbekümmert ihrem Schicksal überlassen müsse, weil die Einmischung der Föderal-Regierung in den Handel und Wandel den demokratischen Prinzipien der Selbstregierung zuwiderlaufe. Das ist es natürlich, was der Süden will.

Auch jetzt fand Douglas wieder Gelegenheit, sich diesem als Urheber der Nebraska-Bill angenehm zu machen. Er kam erst nach allmähligen, stufenweisen Uebergängen auf die endliche Formulirung seines Antrages. Er schwankte lange hin und her, griff halb dreist, halb verlegen an und bewegte sich mit einer keineswegs siegesgewissen Schüchternheit auf dem

parlamentarischen Felde, um zum Widerruf des Missouri-Compromisses zu gelangen. Erst meinte er, dasselbe sei aufgehoben („superseded“). Als ob ein Local-Gesetz durch die bloßen Prinzipien eines anderen abgeschafft werden könnte, das dazu noch für ein ganz anderes Gebiet erlassen wurde! Dann erklärte er, das Missouri-Compromiß sei nicht aufgehoben, sondern nur unverträglich mit dem Compromiß von 1850. Als ob ein von Anfang an unwiderruflicher Local-Akt später dadurch aufgehoben werden könnte, daß er unverträglich mit einem jüngeren Erlasse ist, welcher gar keine Anwendung auf das Gebiet hat, auf welches der erste Erlaß beschränkt war! Endlich aber sagte er, das Missouri-Compromiß müsse für unwirksam und nichtig erklärt werden, weil es mit dem seit dem Compromisse von 1850 anerkannten Prinzipe der Nicht-Intervention des Congresses in die Sklaven-Angelegenheiten der Territorien und Staaten unverträglich sei.

Die leitenden Gesichtspunkte der Douglas'schen, advokatisch bissigen und spitzigen Rede sind, von ihren tollen Wuthausdrücken gegen Chase, Sumner, Seward und andere Freesoiler entkleidet, im Wesentlichen folgende: Im Gegensatz zum achten Paragraphen des Missouri-Compromisses spricht das Compromiß von 1850 — so deducirt Douglas — dem Congresse das constitutionelle Recht ab, Gesetze zu erlassen, welche die inneren Einrichtungen und Verhältnisse der verschiedenen Territorien reguliren; es stützt sich auf das große Prinzip der Selbstregierung und läßt dem Volke die Entscheidung seiner eigenen Angelegenheiten. Es vernichtet darum auch die äußeren Gränzen, die nach Breitengraden gezogenen geographischen Unterschiede zwischen Freiheit und Sklaverei und macht somit selbstredend das Missouri-Compromiß unwirksam. Diese Nicht-Intervention des Congresses in die Sklaverei-Angelegenheiten der Territorien muß denn auch — so verlangt Douglas auf Grund obiger Schlußfolgerungen — maßgebend

für die neu zu organisirenden Gebiete werden, und nur wenn dies geschieht, meint er, würde das Compromiß von 1850 zum endgültigen Abschluß gebracht und jeder weiteren Agitation in dieser aufregenden Frage ein für alle Mal vorgebeugt werden. Nicht das Missouri-Compromiß solle aufgehoben werden, — so erläutert Douglas seine Absicht, — sondern nur die Bestimmung desselben wegfallen, die an sich schon durch die spätere Gesetzgebung von 1850 unwirksam und ungültig geworden sei. Es handle sich nur darum, das für New Mexico und Utah in der Sklavenfrage 1850 erlassene Gesetz auch auf die übrigen Territorien auszudehnen, unter denen Nebraska und Kansas den Anfang machen sollen. Diesem Gesetzesvorschlage könnten nur die Abolitionisten widersprechen; aber sie versteckten hinter dem Widerstande gegen ihn nur ihre Feindschaft gegen das Compromiß von 1850. Das Missouri-Compromiß selbst aber sei nicht von den Freunden der Nebraska-Bill zuerst angegriffen und verletzt worden, sondern vielmehr von den Freesoilern des Nordens, welche die Missourie-Gränzlinie bei der Aufnahme von Oregon nicht bis an das stille Meer ausgedehnt wissen wollten.

Die in dieser Rede niedergelegten Behauptungen, ihre Vertheidigung und Widerlegung nahm fast die ganze Congreßsitzung von Anfang des Jahres bis gegen Ende Mai in Anspruch. Da die geschichtliche Grundlage des streitigen Thema's in den früheren Abschnitten bereits Gegenstand ausführlicher Darstellung gewesen ist, so können wir uns hier ausschließlich auf Würdigung der beiden Hauptgründe für und gegen den Widerruf des Missouri-Compromisses beschränken. Sie lassen sich kurz in die beiden Fragen zusammenfassen:

1) Ist die Nebraska-Bill durch das Compromiß von 1850 eine logische und legislative Nothwendigkeit geworden oder ist sie ein Vertragsbruch?
2) Hat der Congreß oder hat er nicht das constitutionelle

Recht, sich in der Sklaven- und anderen Fragen in die Angelegenheiten der Territorien zu mischen?

Alle übrigen Streitpunkte, die noch während der Debatte berührt wurden, gehen entweder aus diesen beiden Cardinalfragen hervor oder laufen in ihnen aus.

Die Compromisse von 1820 und 1850 widersprechen sich durchaus nicht, sie können vielmehr recht gut nebeneinander bestehen. Der leitende Grundgedanke der Constitution und jedes späteren legislativen Erlasses im Großen und Kleinen ist das Compromiß; es bildet das Fundament der Union. Schon von ihrem Entstehen an widerstrebten sich freie und Sklaven-Arbeit ihrem innersten Wesen nach zu sehr, als daß nicht Vereinbarungen über die äußeren Gränzen des freien und des Sklavengebietes getroffen und mit jedem neuen Territorialzuwachs immer von Neuem nöthig gewesen wären. Von der Ordonnanz von 1787 an bis auf das Compromiß von 1850 theilten sich Norden und Süden stets nach denselben Grundsätzen in die neuerworbenen Gebiete. Nur bei New Mexico und Utah ließ sich der Norden zu einer Ausnahme verleiten. Er wurde nämlich, um die Streitfrage über die rechtliche Gültigkeit der Sklaverei zu umgehen, welche dort auf Grund der alten Spanischen Gesetzgebung nach Behauptung des Südens zulässig sein sollte, von diesem bestimmt, die Entscheidung jener Frage der Legislatur der beiden Gebiete zu überlassen. Er glaubte sich durch diese Concession nichts zu vergeben, weil er Californien's Zulassung als freien Staates durchgesetzt hatte und weil voraussichtlich auf dem rauhen, felsigen und wieder sandigen Boden der betreffenden Gebiete die Sklaverei und ihre Produkte nie festen Fuß fassen konnten. Diesen Gesichtspunkt machte namentlich Webster in seiner Rede vom 7. März der Majorität so mundgerecht, er malte ihn so unschuldig, idyllisch und sich von selbst verstehend aus, daß er angenommen wurde; aber der Süden braute sich schon

vier Jahre später aus der rein territorialen Bestimmung ein Prinzip zurecht, das ihm eben jetzt seine beste und erfolgreichste Handhabe für die Nebraska-Bill lieferte.

New Mexico und Utah waren damals das einzige noch offene Land im Besitz der Vereinigten Staaten, über welches sie Verfügungen treffen konnten. In derselben Rede vom 7. März 1850 sagte D. Webster, der doch sonst jedem „gesunden“ Südländer als höchste Autorität gilt: „Wir haben keinen Fuß breit Landes, dessen Charakter als freies oder Sklaven-Gebiet nicht schon durch irgend ein Gesetz festgesetzt wäre.“ „„Die Worte des Aktes selbst““ — sprach Everett im Senate — „„sprechen dafür, daß sie nur auf Utah und New Mexico Bezug haben. Sie spezificiren, geben Gränzen und ziehen deren Linien, sie markiren die Territorien geographisch. Diese füllen einen ganz bestimmten Platz auf der Karte des Continentes aus. Nun soll innerhalb dieser bestimmten geographischen Gränzen ein bestimmter Zustand der Dinge mit Bezug auf die Sklaverei herrschen. Das ist aber Alles, kein Wort von einem Prinzipe oder einer Regel, die aus diesem Zustande der Dinge folgen oder sich gar auf andere Gebiete erstrecken soll. Es würde unter allen Umständen merkwürdig sein, wenn die damals angenommenen Maßregeln diese ausgedehnte Wirkung hätten haben sollen, ohne daß irgend ein Wort direkt darauf hindeutete. Nun aber steht einer solchen Auslegung die Verfügung des Missouri-Compromisses mitten im Wege. Wie können Sie also nur annehmen, daß die Bestimmungen von 1850 für New Mexico und Utah diese Gränzen angesichts der positiven Gesetze des Landes überspringen sollten? So viel können wir doch von den damaligen Gesetzgebern voraussetzen, daß sie, wenn überhaupt eine solche Erweiterung beabsichtigt worden wäre, auch die entsprechenden Worte in die Original-Bills eingerückt hätten. Das Compromiß von 1850 enthielt übrigens nicht einmal ursprünglich die jetzt so vielfach ange-

führte Bestimmung über die Sklaverei in Utah und New Mexico, sondern es wollte auf sie nur nicht das Wilmot-Proviso angewandt wissen. Dieser Plan fiel aber bei der Abstimmung durch, und erst dann trug Soulé, um, wie er sagte, den Senat am Puls zu fühlen, darauf an, daß die aufzunehmenden Territorien später je nach der Bestimmung ihrer Legislatur mit oder ohne Sklaverei in die Union aufgenommen werden sollten. Bei dieser Gelegenheit erklärte Webster mit ganz besonderem Nachdruck, daß er, indem er dieser Bestimmung beiträte, einzig und allein Utah und New Mexico im Auge hätte. Ja, die Compromißbeschlüsse von 1850 bezogen sich ganz speziell auf diese beiden Territorien; sie stellten aber kein Prinzip auf, welches für spätere Fälle gelten sollte; sie trafen nicht im Voraus Verfügungen für Organisation künftiger Territorien, noch blickten sie zurück auf Gebiete, welche bereits den Beschränkungen des Compromisses von 1820 unterworfen waren.““

Im Zusammenhang also mit der Geschichte des Landes und dem Geiste seiner Gesetzgebung ist die Nebraska-Bill nichts als ein schlecht verhüllter Vertragsbruch. Er ist um so augenscheinlicher, als der Widerruf des Missouri-Compromisses zu einer Zeit verlangt wird, wo dieses dem Süden bereits alle damals festgesetzten Vortheile gebracht hat und wo endlich dem geduldigen Norden sein Antheil daran ausgekehrt werden sollte. Die Gegner der Sklavenhalter jammern und wehklagen über diese Verhöhnung des öffentlichen Glaubens, die Beleidigung der nationalen Ehre und Moralität; sie geberden sich, als ob diese Vorwürfe als die einzig stichhaltigen und unwiderleglichen daständen. Als wenn ein Vertragsbruch nicht etwas ganz Natürliches in der Politik wäre! Freilich wird jeder Vertrag mit der wirklichen oder fingirten Absicht ewiger Gültigkeit geschlossen; allein kaum giebt es einen, der nicht kurz oder lang nach seinem Abschlusse gebrochen worden wäre. Die fortschreitende geschichtliche Entwicklung, sei sie nun revolutionär

oder contrerevolutionair, läßt sich ihren Weg nicht durch Verträge vorzeichnen, und die ganze Weltgeschichte ist darum auch nichts anderes als ein fortgesetzter, ununterbrochener Vertragsbruch, eine beständige Untreue gegen das gegebene Wort. Den Vertrag bricht stets Derjenige, welcher die Macht hat, und darum geht in der Politik Macht über Recht. Hier wo es gilt, mit den gegebenen Verhältnissen zu operiren, bestimmt die Macht stets das Recht, wie denn jede Revolution in der Macht eine Revolution des Rechtes zur nothwendigen Folge hat. Ueberhaupt hört das Privatrecht in der Politik auf, und wer sich hier nach Art eines braven Ackerbürgers darauf beruft oder gar auf die ihm günstigen Bestimmungen des sogenannten Naturrechts pocht, der beweist eben nur, daß er der Schwache und Unterliegende ist. Es ist übrigens ein schwächlicher und charakteristischer Zug der Gegenwart, sowohl diesseits als jenseits des Ozeans, das Natur- und Privatrecht als rettenden Schutzengel von denen angerufen zu sehen, welchen die Politik mit unerbittlicher Consequenz auf den Leib rückt.

Hat nun, um zur Beantwortung der zweiten Frage überzugehen, der Congreß das constitutionelle Recht, oder hat er es nicht, sich in der Sklaven- und anderen Fragen in die Angelegenheiten der Territorien zu mischen?

Hören wir zuvörderst, was die Constitution sagt. Der §. 2 des dritten Abschnittes im 4. Artikel bestimmt:

> „Der Congreß soll die Gewalt haben, über das Gebiet oder anderes den Vereinigten Staaten gehöriges Eigenthum zu verfügen, und rücksichtlich dessen alle nothwendigen Verordnungen und Einrichtungen zu treffen; und es soll nichts in dieser Constitution Enthaltene so ausgelegt werden, daß daraus den Ansprüchen der Vereinigten Staaten oder irgend eines Einzelstaates ein Nachtheil erwachsen könnte."

Diese Bestimmung spricht ein einfaches Souverainitätsrecht

der Vereinigten Staaten aus, wie es denn überhaupt in der ganzen civiliſirten Welt keinen Staat giebt, der nicht über alles innerhalb ſeiner Gränzen gelegene öffentliche Land unbedingt als Eigenthum verfügen dürfte und der nicht das Recht hätte, deſſen Bewohnern ſeinen Willen als Geſetz vorzuſchreiben. Der Congreß übte demgemäß auch ſeit 1784 alle aus dieſem Verfügungsrechte fließenden Hoheitsrechte über die Territorien aus. Alle Akte der Regierung betrachteten dieſe wie Minorenne unter 21 Jahren und nahmen ſich dieſer Minderjährigen bis zu ihrer Großjährigkeit an. Erſt dann wurden ſie für reif zur ſelbſtſtändigen Regierung erachtet und erſt dann auf gleiche Stufe mit ihren Vätern, den älteren Staaten, geſtellt. Es wird dem Congreſſe nirgend das Recht beſtritten, neue Staaten in die Union zuzulaſſen. Das Größere aber begreift das Kleinere in ſich, folglich darf es ihnen auch jede ihm zweckmäßig ſcheinende Bedingung auferlegen, ſei es nun eine rein äußerliche oder eine die innere Politik, wie z. B. die Sklavenfrage, betreffende.

Dieſer Souverainität der Geſammtheit haben nun die Sklavenhalter die Souverainität der Territorien entgegengeſetzt. Von den Staatsrechten des Südens bis zur Territorial-Souverainität war nur ein Schritt. Der Congreß ſoll jetzt plötzlich das Recht nicht mehr haben, in die inneren Angelegenheiten der Territorien zu interveniren, das Volk derſelben aber berechtigt ſein, die Frage der Sklaverei ſelbſtſtändig zu entſcheiden. Als Caß 1848 dieſe neue Doctrin zuerſt in den Senat einführte, wurde ſie, um in Benton's unüberſetzbaren Kraftausdrücken zu reden, empfangen als „nonsense, as the essence of nonsense, as the quintessence of nonsense, as the five times destilled essence of political nonsensicality.“ Mit welcher Verachtung ſelbſt Calhoun dieſe neugebackene Territorial-Souverainität behandelte, geht am beſten aus ſeiner letzten Rede hervor, in welcher er den Senat

daran erinnerte, daß die Inhaber eines Territoriums nicht einmal Volk, sondern nur Einwohner genannt würden, bis sie vom Congresse die Erlaubniß erhielten, eine Staatsverfassung zu bilden.

„Wollt Ihr — so lautet jetzt die heuchlerische Phrase — das Volk der Territorien davon abhalten, seine eigenen Institutionen zu bestimmen?“ Die Bestimmungen der Bill selbst aber sind eine Parodie auf die angebliche Souverainität der Territorien. Anstatt vom Volke einen organischen Akt zu empfangen, giebt sie ihm einen, welcher jedes Kennzeichen der Souverainität leugnet. Er erkennt keine Freiheit der Wahlen an, keine Freiheit der Abstimmung, keine Wahl der eigenen Gesetze, kein Recht zur Bestimmung der Wähler-Eigenschaften und unterwirft das Volk der Oberaufsicht der Föderal-Regierung, welche zu wählen es nicht einmal mit helfen darf. Vor Allem aber gestattet er ihm nur, die Sklaverei zuzulassen, nicht aber sie auszuschließen. Die Souverainität des neuen Territoriums erstreckt sich also nur auf die Sklaverei und zwar bloß auf ihre Zulassung. Dagegen verbietet die Constitution, die dem Territorium verliehen wird, jedes Gesetz, welches einen Vereinigten Staaten-Bürger verhindern könnte, mit seinen Sklaven dahin zu gehen. Das ist die Squattersouverainität und Nicht-Intervention des Congresses, das ist der wahre Inhalt der Redensart, daß das Volk selbst über die Sklavenfrage zu entscheiden habe.

Der Senator Chase von Ohio hat das Verdienst der Erste gewesen zu sein, welcher auf den Widerspruch zwischen dem Inhalt der Bill und ihrer angeblichen Vertheidigung der Volkssouverainität aufmerksam machte, welcher nachwies, daß die Gouverneure der neuen Territorien mit einer unbeschränkten Veto-Gewalt bekleidet, daß alle Akte der Territorial-Legislatur der Revision des Congresses unterworfen waren, und daß deshalb die Bill, welche für die Volkssouverainität einzustehen behauptet, jeden Akt der Volkslegislatur dem doppelten

Veto der vom Präsidenten ernannten Beamten und des Congresses preisgab. Er zeigte, wie die Bill eine neue Intervention, die des Präsidenten schafft. Dem Präsidenten ist jetzt das Schicksal aller Territorien anheimgegeben. Er hat die Gouverneure anzustellen, welche die Veto-Gewalt ausüben, er hat die Richter anzustellen, welche die Constitutionalität oder Inconstitutionalität der gesetzgebenden Akte bestimmen, er hat den Secretär, den Bezirks-Anwalt, und den Marschall anzustellen, welche nothwendiger Weise großen Einfluß auf die Territorial-Angelegenheiten ausüben. Aber der Präsident kann diese Beamten nicht allein anstellen, er kann sie auch entfernen, sobald es ihm gefällt. So ist durchweg jeder Akt der Territorial-Regierung der Controle der Executivgewalt anheim gegeben und der Unterschied dieser Bill von anderen besteht darin, daß sie die Intervention des Präsidenten an die Stelle der Congreß-Intervention setzt. Wenn wir aber eine von beiden haben sollen, so ziehe ich doch die letztere vor, welche von den Repräsentanten der Staaten und des Volkes ausgeübt wird, namentlich jetzt, wo der Präsident den ungeheuern Stellen vertheilenden Einfluß seines Amtes der Ausdehnung und Verewigung der Sklaverei widmet. Diese Substitution der Präsidial- für die Congreß-Intervention in den Territorial-Angelegenheiten, fährt Chase fort, wird ein Resultat erzeugen, das ganz besondere Aufmerksamkeit verdient. Die Frage der Freiheit und Sklaverei in den Territorien wird in Ermangelung eines Congreß-Verbotes durch den Ausfall der Präsidentenwahlen entschieden werden. In Zukunft muß sich also die große Frage sehr klar in den Partei-Conflikten wiederspiegeln. Wenn das Volk wünscht, den Territorien ihre Freiheit zu sichern, so muß es einen Präsidenten haben, welcher nicht zaudert, seinen Einfluß zu Gunsten der Freiheit geltend zu machen. Die gegenwärtige Verwaltung hat die ersten Anstellungen zu machen; aber die so angestellten Beamten

können nach Belieben entfernt werden, und das Volk kann durch einen Präsidentenwechsel auch den ganzen Charakter des amtlichen Einflusses über die Territorien ändern. Der verstorbene ausgezeichnete Senator von Massachusets sagte einst, daß die Constitution der Staaten, die sich aus den Territorien bildeten, in Washington gemacht würde. Ganz kann ich nicht mit ihm übereinstimmen; aber Niemand bezweifelt, daß die dem Präsidenten durch diese Bill übertragene Gewalt ihn befähigt, die Territorial-Einrichtungen ganz nach seinem Ermessen zu modeln und zu gießen, wenn er nicht dem festen und entschlossenen Widerstand des Volkes begegnet. Ich bin deshalb ein Gegner dieser Präsidial-Intervention. Es ist ein Mißbrauch der Sprache, einer Bill, die sie einsetzt, den Charakter der Nicht-Intervention zu geben; denn sie ist unbedingt das Gegentheil.

Natürlich betheiligten sich bei einer so wichtigen Frage alle Redner beider Häuser; allein die meisten Reden behandelten dasselbe Thema, welches in die beiden obigen Fragen zusammen gedrängt ist, eher mittelmäßig als gut. Sumner von Massachusets, dessen Vortrag sich durch den meisten rhetorischen Glanz und wirkliche Beredtsamkeit auszeichnete, bewegte sich zu sehr innerhalb der fabelhaften Gränzen des Naturrechtes und einer sentimentalen Philanthropie, Seward stützte sich in seinen Angriffen gegen die Bill fast ausschließlich auf den Rechtsboden, Toombs und Stephens von Georgia vertheidigten sie offen im Namen der Knute und rohen Barbarei, Caß ließ die günstige Gelegenheit nicht vorübergehen, sich als nördlichen Mann mit südlichen Prinzipien zu zeigen, so daß bis zur Abstimmung Niemand wußte, was er mit seinen heuchlerischen Phrasen eigentlich wollte, Everett zergliederte sehr scharfsinnig einige im Verhältniß zum großen Ganzen mehr untergeordnete staatsrechtliche Fragen, Houston wollte die Bill nicht, weil sie die Indianer-Rechte verletzte.

keiner von allen Rednern stellte sich auf den Boden, der allein bei der Entscheidung dieser wichtigen Frage maßgebend sein konnte, auf denselben revolutionairen, jedes Compromiß vernichtenden Standpunkt, den die Freunde der Bill zuerst betreten hatten. Keiner versuchte Maßregeln anzuwenden, welche der Nebraska-Bill die Spitze abbrechen mußten. Keiner faßte überhaupt die Frage vom großen staatsmännischen, sondern bloß vom kleinen advokatischen, mehr bürgerlich moralischen Gesichtspunkte aus auf.

Uebrigens sind alle in der Debatte ferner gegen die Bill vorgebrachten Gründe, wenn auch ihrem Wesen nach ganz richtig, doch mehr untergeordneter Natur.

Dahin gehört u. A. der Einwand, daß den Indianern ihre Rechte auf Kansas und Nebraska erst abgekauft werden müßten, ehe die Weißen Besitz davon nehmen könnten. Ferner das Bedenken, daß kaum mehr als 300 Weiße zerstreut in den beiden Gebieten wohnten, daß also ihre Organisation verfrüht wäre. Ebensowenig verdienen die fernern Behauptungen der Sklavenhalter zur Unterstützung der Bill eine ausführliche Widerlegung, weil sie von vorn herein in sich selbst zusammen fallen. So z. B. Badger's Raisonnement, daß es sogar im Interesse der freien Staaten läge, die Sklaverei in Kansas und Nebraska einzuführen, weil diese durch ihre Ausdehnung nur geschwächt würde, — ein schon von Henri Clay ausgeworfener Köder! — oder die bei New Mexiko und Utah schon aufgestellte, hier nur wiederholte Behauptung, daß die Einführung der Sklaverei in die beiden Gebiete von keinen praktischen Folgen begleitet wäre, weil Klima und Boden sie nicht aufkommen ließen. Freilich sind sie für Neger-Ansiedelung und Erzeugung der südlichen Stapelartikel ganz ungeeignet; allein der Süden weiß recht gut, warum er nach der Besitznahme dieser zum größten Theile für ihn unwirthbaren Gebiete strebt. Nebraska und Kansas befinden sich in dieser Beziehung

mit dem Missouri des Jahres 1820 in derselben Lage. Im Jahre 1810 zählte Missouri auf 17,227 Weiße 3011 Sklaven, im Jahre 1820 auf 55,988 Weiße 10,222 Sklaven, im Jahre 1830 auf 114,795 Weiße schon 25,091 Sklaven, im Jahre 1840 auf 323,888 Weiße sogar 58,240 Sklaven, im Jahre 1850 auf 592,004 Weiße endlich 87,422 Sklaven. Die Letzteren vermehrten sich also im Durchschnitt um 13 % pr. Jahr. In 17 Counties des Staates Missouri, die sich längs der Gränze von Kansas auf 400 Meilen hinziehen, beträgt die Sklavenbevölkerung 15,564 Sklaven auf 111,000 Weiße, sie zeigt also hier an der westlichen Gränze ungefähr dasselbe Verhältniß als im ganzen Staate überhaupt, obgleich diese Gränzbezirke weniger zur Sklavenarbeit geeignet erscheinen als irgend ein anderer in Missouri. Namentlich für Kansas sind dieselben Befürchtungen schon im Keime vorhanden. Dann aber sind beide Territorien, wie augenblicklich z. B. Kentucky und Virginien ganz vortrefflich für Sklaven-Zucht geeignet. Ferner kann der Sklavenhalter von hier aus seinen Fuß weiter nach allen Weltgegenden setzen und endlich erreicht er dadurch die Anerkennung eines sog. Prinzips, welches jedem seiner späteren Fortschritte den Weg ebnet. Ein einziger Sklavenhalter in einem neuen Territorium, — sagt Seward, der aus langjähriger Erfahrung redet — welcher Zugang zum Ohr des Präsidenten in Washington hat, übt mehr politischen Einfluß aus als 500 freie Männer.

Der Süden aber hat in Nebraska und Kansas seinen archimedischen Punkt gefunden.

Die Bill selbst wurde fast gleichzeitig in beide Häuser eingeführt. Während dies am 30. Januar 1854 im Senate durch Douglas geschah, brachte sie Richardson von Illinois, der Präsident des Territorial-Ausschusses, im Hause ein. Im Senate dauerte die Debatte den ganzen Februar hindurch bis zum 4. März. Er nahm die Bill am Morger

Tages um 5 Uhr nach einer stürmischen, durch die ganze Nacht hingezogenen Sitzung mit verschiedenen Amendements an. 37 Stimmen waren dafür, 14 dagegen; unter den letzteren, zwei aus dem Süden, die von Houston aus Texas und Bell aus Tennessee; unter den 37 bejahenden dagegen befand sich keine von einem nördlichen Whig.

Am 8. März gelangte die vom Senate angenommene Bill an's Haus. Beinahe einstimmig empfohlen vom Süden und von einer Majorität nördlicher Demokraten galt ihre Unterstützung bereits für eine „Feuerprobe der orthodoxen Demokratie;“ gleichwohl aber unterlag sie am 21. März bei einer vorläufigen Abstimmung. Es handelte sich nämlich für die Freunde der Bill darum, sie an den Territorial-Ausschuß zu verweisen, weil sie dann zu jeder Zeit hervorgeholt und discutirt werden konnte. Richardson, der Bericht erstattende Präsident dieses Comité's, trug auch darauf an. Die Gegner aber wollten sie an den Plenar-Ausschuß verwiesen haben, weil sie dann jeden formellen Vorzug in der Debatte verlor und auf den ordentlichen Kalender der vom Senate eingesandten Bills gesetzt wurde. Hier nahm sie etwa Nr. 50 ein, so daß alle vorhergehenden Bills erledigt oder bei Seite gesetzt werden mußten, ehe die Nebraska-Bill an die Reihe kommen konnte. Der bisherigen Praxis gemäß hieß aber, eine Bill an dies Comité verweisen ihren temporären Tod beschließen, denn sie kam sicherlich im Laufe der Sitzung nicht mehr vor. Die Bill wurde aber mit 110 gegen 95 Stimmen an den Plenar-Ausschuß verwiesen. 70 südliche und 25 nördliche Mitglieder waren dagegen, 103 nördliche und 7 südliche dafür.

Durch einen so unerwarteten, im ganzen Norden mit Jubel begrüßten Beschluß wurden die Aussichten für die Bill zwar trüb, aber nicht verzweifelt. Bei außerordentlichen Anstrengungen war es möglich, sie bald wieder auf die Tagesordnung und durch das Haus zu bringen, namentlich dadurch, daß man

mittelst der vorherigen Frage (previous question) alle im Wege stehenden Geschäfte erledigte. Diese vorherige Frage ist ein äußerst bequemes Kunststück, um alle unbequemen Reden zu unterdrücken und sich über große Schwierigkeiten hinweg zu helfen, sobald die Majorität einig ist, muß es seinen Zweck erreichen, denn es handelt sich dann nur noch um die Abstimmung über die Hauptfrage und jede Debatte fällt weg. Die Administrationspartei und ihre Verbündeten nun nahmen zu diesem Manöver ihre Zuflucht; sie schufen sich eine Majorität durch Versprechungen, Anstellungen und alle sonstigen Mittel, welche einer herrschenden Partei für Durchführung ihrer Zwecke zu Gebote stehen, die aber in der ganzen Welt dieselben sind, so daß sie hier nicht besonders berührt zu werden brauchen. Sieben Wochen nach dem 21. März, nachdem hinreichend corrumpirt war, um des Sieges im Voraus gewiß zu sein, am 8. Mai 1854 wurde die Nebraska-Bill von Neuem auf die Tagesordnung gesetzt, indem in ihrem Interesse 17 ihr damals noch vorhergehende Bills vermittelst der previous question in weniger als einer Stunde abgethan wurden. Während für die Verweisung der Bill an den Plenar-Ausschuß am 21. März 110 gegen 95 Mitglieder gestimmt hatten, stimmten jetzt 109 gegen 88 für ihre Wiederaufnahme. Dieser Beschluß hieß soviel als Annahme der Bill. Die Debatten, welche ihm noch folgten, waren nur Zuthat und Beigabe zu dem Akte vom 8. Mai und wurden nur zum Scheine von der herrschenden Majorität gestattet. Die Willkürhandlungen, welche sich diese in jedem Stadium der Discussion erlaubte, die wilden und rohen Scenen, die in ihrem Verlaufe vorkamen, sind Auswüchse des Parlamentarismus, die sich ihrem Wesen nach überall gleich bleiben und deshalb hier besser übergangen werden. Genug, am 22. Mai, Abends ½11 Uhr wurde Richardson's Nebraska-Bill, die sich von derjenigen des Senates nur dadurch unterschied, daß sie den noch nicht naturali-

sirten Fremden in den neuen Gebieten auch das Stimmrecht bewilligte, genug, es wurde diese Bill zum dritten Mal verlesen und mit 113 gegen 100 Stimmen angenommen. Unter den bejahenden befanden sich aus den freien Staaten 41 Demokraten und gar keine Whigs.

Schon am 23. Mai ging die Bill an den Senat zurück, und dieser nahm sie ohne Debatte und Amendement am 25. Mai mit 35 gegen 13 Stimmen an, indem 14 Senatoren aus freien Staaten sich dafür aussprachen. Der Präsident ließ natürlich auch mit seiner Unterschrift nicht auf sich warten, und so wurde die Nebraska-Bill Gesetz des Landes.

Seine Hauptbestimmungen lauten:

Es werden zwei neue Territorien, Nebraska und Kansas organisirt, deren Gränzen im vorhergehenden Capitel schon angegeben sind. Den Regierungssitz hat der Gouverneur zu bestimmen; die Rechte der Indianer sollen durch diese Organisation nicht beeinträchtigt werden. Ein Gouverneur mit 2500 Dollars jährlichen Gehaltes, ein Secretär mit 2000 Dollars, ein Oberrichter und zwei Hülfsrichter, jeder mit 2000 Dollars, ein Distrikts-Anwalt und Marschall, die sich durch die Gebühren bezahlt machen, sollen für besagtes Territorium durch den Präsidenten und Senat ernannt werden; alle haben 4 Jahre zu dienen nur der Secretär 5, und werden vierteljährlich aus dem Vereinigten Staaten-Schatz bezahlt. Ein legislativer Rath von 13 und eine legislative Versammlung von 26 Mitgliedern soll, jene für zwei, diese für ein Jahr von den freien weißen männlichen Einwohnern des Territoriums erwählt werden, die entweder Bürger der Vereinigten Staaten sind oder ihre Absicht es werden zu wollen erklärt und der Constitution der Vereinigten Staaten Treue geschworen haben. Der Gouverneur hat einen Census aufzunehmen, das Territorium in Wahl-Bezirke einzutheilen, die Wahlzeit zu bestimmen und ein Veto gegen alle Akte der Legislatur, welches nur durch

$^2/_3$ Stimmen beider Häuser entkräftet werden kann. Orts-, Kreis- und Bezirks-Beamte können nur vom Gouverneur und der gesetzgebenden Versammlung angestellt oder gewählt werden. Die Sklaverei-Clausel selbst aber heißt:

„Abtheilung 14. Und sei ferner verfügt, daß die Constitution und alle Gesetze der Vereinigten Staaten, welche nicht örtlich unanwendbar sind, im besagten Territorium dieselbe Kraft und Geltung haben sollen als sonst wo in den Vereinigten Staaten, ausgenommen die achte Section des die Aufnahme von Missouri verbreitenden Aktes vom 6. März 1820, welcher hiermit für unwirksam und nichtig erklärt wird, weil er unverträglich ist mit der Nicht-Intervention des Congresses in die Sklaven-Angelegenheiten der Staaten und Territorien, wie dies auch von der Gesetzgebung des Jahres 1850, gewöhnlich die Compromiß-Maßregeln genannt, anerkannt ist. Denn es ist der wahre Inhalt und die Absicht dieses Aktes, über die Sklaverei in irgend einem Territorium oder Staate weder Gesetze zu geben, noch sie davon auszuschließen, sondern es vielmehr dem Volke daselbst zu überlassen, seine inneren Einrichtungen ganz nach seinem Willen zu treffen, und sie höchstens der Constitution der Vereinigten Staaten zu unterwerfen, vorausgesetzt, daß keine hierin enthaltene Bestimmung so ausgelegt werden soll, daß sie irgend ein vor dem 6. März 1820 in Kraft gewesenes Gesetz oder eine Bestimmung wieder ins Leben ruft, welche die Sklaverei beschützt, einführt, verbietet oder abschafft.“

Der Eifer der Vertheidiger der Nebraska-Bill konnte zu dem Schlusse berechtigen, daß das ganze Land ihrer endlichen Genehmigung mit großer Sehnsucht entgegensah. Aber dem war nicht so. Von allen freien Staaten hatte sich nur die Legislatur eines einzigen, Illinois, offen für die Bill ausgesprochen und dies auch nur mit einer parlamentarischen, aber nicht numerischen Majorität. Die Repräsentation der New England-Staaten war einstimmig dagegen. In Boston

ſtanden ſogar Tumulte und Aufruhr, als die Bill eben paſſirt war und der angebliche Sklave Burns mit Gewalt in die Sklaverei zurückgeführt wurde. Aus den New England-Staaten lief ſogar ein Proteſt von 3000 Geiſtlichen, unter denen die bedeutendſten Kirchenlichter, beim Congreß gegen die Bill ein. Douglas war unvorſichtig genug, dieſe Demonſtration zu verhöhnen, was hier zu Lande bei 3000 Reverends keine guten Früchte trägt. Die New Yorker Legislatur beauftragte ihre Delegaten im Congreß, ſich jeder Handlung zu widerſetzen, welche auf theilweiſe oder völlige Aufhebung der Grundſätze des Miſſouri-Compromiſſes hinzielte. In allen nordweſtlichen Staaten machte ſich mit der oben erwähnten Ausnahme dieſelbe Anſicht geltend. Die Sklavenſtaaten kümmerten ſich verhältnißmäßig wenig um die Bill oder ließen ihre Anſicht darüber im Dunkeln; nur Tenneſſee und Georgia empfahlen ihre unbedingte Annahme. Außer dieſen offiziellen Aeußerungen gab es faſt keine Stadt des Nordens, welche ſich nicht mit großer Majorität gegen die Bill erkärt hätte. In New York ſogar traten faſt dieſelben Perſonen, die hohe Finanz- und Kaufmanſchaft (the merchant princes), welche früher das Unions-Rettungs-Comité gebildet hatten, zu verſchiedenen Meetings zuſammen und verdammten einſtimmig den durch die Nebraska-Bill beabſichtigten Vertragsbruch.

Kurz und gut: die 20 Millionen Souveraine, als deren Agenten ſich Herr Pierce bei ſeinem Amtsantritt bezeichnet hatte, wurden ausgelacht wie gewöhnlich, ſobald ſie ihren ſouverainen Willen geltend zu machen ſuchten. Das Ganze beruhte auf einem bloßen Mißverſtändniß. Das gute Volk hatte jenen Paſſus, womit Herr Pierce ſeiner Verwaltung den demokratiſchen Heiligenſchein gab, auf ſich bezogen; Pierce und die Seinen bezogen ihn aber auf die Sklavenhalter, welche hier die einzigen Souveraine ſind. Als Agent dieſer Souveraine hat aber die Regierung ihre Pflicht gethan. Es iſt

eine traurige Thatsache, daß ein ganzes Volk seinen Willen einer Oligarchie von höchstens 100,000 Köpfen gegenüber nicht zur Geltung bringen kann, daß dagegen einige ehrgeizige nördliche Politiker im Bunde mit den Sklavenhaltern dem Lande ohne viele Umstände ihren Willen als Gesetz aufknechten können. Was heißt das aber mit dürren Worten anders, als daß es hier gar keine öffentliche Meinung giebt, daß das wesentlichste Element, in welchem ein freies Gemeindeleben wurzeln kann, hier fehlt? Denn der vielfach sich äußernde Schrei der sittlichen Entrüstung in einzelnen Staaten und Blättern bedeutet doch noch keine öffentliche Meinung. Diese Deklamationen leiten nur den Rückzug ein und verhallen in kurzer Zeit spurlos. Die vollendete Thatsache ist hier viel unumstößlicher, als in Europa und wirkt zu mächtig, zumal in dieser Frage, die keinen direkten Eingriff in die Interessen und Rechte ihrer meisten Gegner macht und sich vorläufig nur auf ein Territorium erstreckt, welches in höchstens einigen Jahren eine praktische Anwendung der in der Nebraska-Bill aufgestellten neuen Doctrin erheischt. Ob gut oder schlecht, sie ist mit des Präsidenten Genehmigung bereits Gesetz — und dem Gesetze muß sich jeder gute Bürger fügen: das ist die einzige Moral, die, von den größeren Handelsplätzen des Ostens ausgehend, bald dem ganzen Schwindel die höhere Weihe, selbst in den Augen seiner jetzigen Gegner verleihen wird.

Also die Nebraska-Bill ist Gesetz des Landes: durch sie aber ist fortan die Suprematie der Sklavenhalter entschieden! —

XI.

Der Kreislauf, den die Sklavenfrage seit der Selbstständigkeit der Vereinigten Staaten bis auf die Gegenwart durchlaufen hat, umfaßt also vier prinzipiell von einander geschiedene Abschnitte.

Der erste derselben datirt von 1787 und geht bis 1820. In ihm galt im Interesse der Freiheit das Princip der Nicht-Intervention des Congresses in die Sklavenfrage, weil ohne Widerspruch die Freiheit als national, die Sklaverei aber nur als temporär und lokal anerkannt wurde. Das Missouri-Compromiß von 1820 entschied sich dagegen für die Intervention des Congresses und eine bestimmte Gränzlinie des Sklavengebietes, nach dem der Norden zu spät zur Erkenntniß gelangt war, daß die Sklavenhalter sich stark genug fühlten, die ursprüngliche sklavenfeindliche Politik der Bundesregierung über Bord zu werfen. Dies, die Schwäche des Nordens nur ungeschickt verhüllende Balancier-system, welches das ungern übernommene Unglück der Sklaverei in eine freiwillig anerkannte, schwere Schuld verwandelte, dauerte bis zum Compromiß von 1850, wo die Sklaverei offen als nationale Angelegenheit proclamirt und die Intervention zu ihren Gunsten (Sklavenjagdgesetz) als Prinzip aufgestellt wurde. Die Nebraska-Bill von 1854 endlich kehrte zur Nicht-Interventionspolitik zurück,

freilich mit dem großen Unterschiede, daß fortan die Freiheit nur als lokal, die Sklaverei aber als national galt.

Es wirft sich hier folgerichtig die Frage auf: „Wird die Macht der Sklavenhalter auch fernerhin im Stande sein, ihr subjektives Belieben der Union als Gesetz aufzudrängen?“ Diese Frage muß unbedingt bejaht werden, denn es ist vorläufig noch keine Aussicht vorhanden, daß die Ursachen, welche die Macht der Sklavenhalter begründeten, aufhören oder selbst nur sich abschwächen sollten. Recapituliren wir deshalb schließlich die Gründe, welche, theilweise schon im Verlaufe der Darstellung angedeutet, die Herrschaft der Sklavenhalter stützen und tragen.

Nach ziemlich genauen Berechnungen giebt es in den fünfzehn Sklavenstaaten der Union etwa 113,000 Sklavenhalter. Es kämen also ungefähr 7000 von ihnen auf jeden Sklavenstaat. Ihr gemeinschaftliches Interesse concentrirt sich in der Baumwolle, welche den National-Reichthum des Landes ausmacht und als Ueberschuß-Produkt mit ihrem Werthe doppelt schwer wiegt. Es braucht wenig von ihrem Gesammtertrage für den inneren Bedarf abgezogen zu werden, während im Norden der ganze einheimische Bedarf vom Rohertrage seiner Erndte abgeht. Vorzüglich aus diesem Grunde üben die Sklavenhalter des Südens einen so absolut bestimmenden Einfluß auf das Schicksal der Union aus. Denn die in den Sklavenstaaten lebenden Weißen, welche keine Sklaven besitzen, werfen kein Gewicht in die Wagschale, sie sind ganz abhängig von den Sklavenhaltern, obgleich diese nur $^1/_9$ der dortigen ganzen weißen Bevölkerung ausmachen. Die Nicht-Sklavenhalter zeichnen sich durch Armuth und Unwissenheit aus. In Nord Carolina konnte 1840 beim Census nur $^1/_5$ aller Weißen lesen und schreiben. Der Gouverneur Campbell erwähnte in einem der Legislatur von Virginien eingereichten Berichte, daß von 4614 Weißen, welche um Heirathsbewilligung einkamen,

1047 ihren Namen nicht schreiben konnten. Im Laufe der Zeit hat sich dies Verhältniß noch verschlimmert. Laut Census von 1840 konnten in demselben Staate unter 779,300 weißen Einwohnern 58,732 über 20 Jahre alte Personen nicht lesen; im Jahre 1850 aber konnten es schon nicht 80,000 unter 897,534 Weißen. Dies sind bloß die Leute, die gar nicht lesen können; man darf daher kühn das Verhältniß der Lesens- und Schreibensunfähigen auf $^1/_4$ der weißen Gesammtbevölkerung schätzen. Es liegt im Interesse der Sklavenhalter, diese Unwissenheit zu begünstigen. Das Freischulsystem der nördlichen Staaten existirt deshalb auch nicht im Süden, und je größer die Rohheit und Armuth, desto größer ist die Unterwürfigkeit und Abhängigkeit der Weißen von der besitzenden Aristokratie.

Es ist eine natürliche Consequenz dieses Verhältnisses, daß nur Sklavenhalter zu allen öffentlichen Aemtern und in den Congreß gewählt werden, wie dies sogar die Constitution einzelner Staaten ausdrücklich vorschreibt. Die Sklavenhalter sind bei diesem von Familie auf Familie sich vererbenden Einfluß keine bloß naturwüchsigen Politiker mehr. Sie haben eine politische Bildung, politischen Gemeingeist, eine ganz bestimmte politische Tradition, und während der Norden bei seiner vielseitigeren Entwicklung verschiedene und oft schwer zu vereinigende Interessen verfolgt, hat der Süden nur ein einziges, alle anderen überragendes Interesse, für welches er keinen Meinungs- und Partei-Unterschied kennt. Vom Hause ganz zu schweigen, so zählt der Senat unter seinen 62 Senatoren 30 Mitglieder aus Sklavenstaaten. Es ist also nicht zu viel gesagt, daß diese den Senat und durch ihn den Staatsmechanismus und die ganze Gesetzgebung beherrschen. Zu den Wahl-Collegien für die Präsidentenwahl schicken die Sklavenstaaten 120 unter 290 Delegaten. Wem sie ihre Unterstützung entziehen, der ist von vornherein verloren. Daher die ganz ge-

wöhnliche Erscheinung, daß kein Candidat für die Präsidentschaft auftritt, der nicht vorher seinen Frieden mit dem Süden gemacht hätte. Im Verein mit dem Präsidenten, ihrer Creatur, haben die Sklavenhalter alle Anstellungen in Händen. Der Präsident nämlich hat zu ernennen und der Senat zu bestätigen, alle öffentlichen Beamten vom Minister, Gesandten und Richter des höchsten Gerichtshofes an, bis herunter zu dem Landagenten, Postmeister und subalternen Gehülfen. Wer von diesen eine öffentliche Anstellung wünscht, wird sich selbstredend auch den über sein Schicksal gebietenden Herren angenehm zu machen suchen und vorher Proben seiner Gesinnungstüchtigkeit abgelegt haben; bei Vermeidung des Verlustes seines Amtes verpflichtet er sich also stillschweigend als gehorsames Werkzeug der Sklavenhalter. Das will aber viel sagen und zwar in den dünn bevölkerten Gegenden des Westens deshalb, weil dort die kleinen Beamten, namentlich die Postmeister, gewöhnlich die einflußreichsten politischen Personen sind, in den übrigen, mehr civilisirten Theilen des Landes jedoch darum, weil die zu Beamten, besonders zu den höheren Stellen ernannten Individuen ihren ganzen persönlichen Einfluß, Ansehen und Bedeutung der jedesmaligen Regierung zuwenden. Die Bureaukratie bleibt sich in der ganzen Welt gleich; hier wirkt sie nur darum noch verderblicher, weil sie keine abgegränzte, sich allmälig recrutirende Kaste bildet, sondern weil sie, auf nur vier Jahre aus dem Volke heraustretend, stets nach Ablauf dieses Termines wieder in dieses zurücktritt.

Außer den durch directe Vortheile gewonnenen Bundesgenossen haben die Sklavenhalter aber noch eine andere, wenn nicht bedeutendere, doch sicherlich ebenso bedeutende Hülfe in den großen Handelsstädten des Ostens, welche schon durch ihre große Bevölkerung eine politische Macht bilden. Es ist hier die Geld-Aristokratie, welche ihre Interessen mit denen des südlichen Feudal-Adels für identisch hält. Abgesehen von rein

persönlichen Motiven, die keineswegs zu unterschätzen sind, abgesehen also z. B. von dem Umstande, daß die Aristokratie des Nordens nur eine sich täglich neu ergänzende und wechselnde Classe von glücklichen Speculanten ist, die, vor einigen Monaten noch arm, heute plötzlich reich geworden, sich wegen der ihnen aus ihrer jüngsten Vergangenheit noch anklebenden Unsicherheit in allen Fällen die in sich abgeschlossene, fein gebildete und durch die Eleganz ihres Wesens imponirende Aristokratie des Südens zum Muster nehmen, abgesehen von diesem und ähnlichen Motiven, so giebt es materielle Bindemittel genug, welche dies unbedingte Eingehen der höheren Bourgeoisie des Nordens in die Pläne und Ziele des Südens mehr als hinreichend erklären. Die Baumwolle, als der große Regulator des commerciellen Verhältnisses zwischen den Vereinigten Staaten und England, ist einer der einflußreichsten Factoren auf dem Geldmarkte des Ostens. Hier nimmt vor Allem New York den ersten Rang ein. Es steht in demselben Verhältnisse zum Amerikanischen wie London zum Europäischen Continente und beherrscht die Börsen des ganzen Landes. Alle Amerikanischen commerciellen Unternehmungen erlangen erst Cours und Bedeutung, wenn sie in New York anerkannt sind. Ja New York ist insofern für die Vereinigten Staaten noch bedeutender als London für Europa, da es den Haupteinfuhrhafen für diese bildet, wie es denn allein $^5/_6$ aller Eingangszölle aufbringt. Tritt nun in der Baumwolle der geringste Preisunterschied ein, so wird New York tief davon berührt. Denn steigt sie, so braucht es um so weniger in edlen Metallen für seinen Import auszuführen; fällt sie dagegen, so wird auch der Gold-Export bedeutender. Bankiers, Mäkler, Schiffs-Rheder, Commissionshäuser und indirekt durch sie fast alle Zweige kaufmännischer Thätigkeit sind in gleichem Maße an der Prosperität des Baumwollenmarktes betheiligt. Diese Leute haben aber alle ihre direkten mannigfachen Beziehungen

zum Süden und wagen wegen ihres wirklichen, oft auch eingebildeten Vortheils nicht, in Collision mit ihm zu gerathen. Der Großhandel, seiner Natur nach schon conservativ, thut im vorliegenden Falle Alles, um jede Reibung mit den Sklavenhaltern zu vermeiden, und da er bei ihnen keinen Anstoß erregen will, so muß er ihnen einfach nachgeben. Für die Gegner der Sklavenhalter-Partei ist dies Verhältniß von doppeltem Nachtheile, denn es wird den großen Handelsplätzen des Ostens und dem von ihnen abhängigen Theile des Binnenlandes der Einfluß entzogen, den Reichthum und politische Macht erzeugen, und den Sklavenhaltern zugebracht. Keine Stadt z. B. hat in den letzten Jahrzehnten eine diesen günstigere Politik verfolgt als New York. Es enthält aber den 25. Theil der ganzen Bevölkerung der Vereinigten Staaten und verleiht in politischer Beziehung doch nur den Wallstreet-Interessen Ausdruck. Die mittleren und kleineren Kaufleute werden leicht für diese Politik gewonnen, wenn sie nicht schon im Voraus von ihr abhängig sind. Entweder drohen die Sklavenhalter ihnen mit Entziehung der südlichen Kundschaft, obgleich das ein Unsinn ist, weil Jeder stets da einkauft, wo er seine Waare am Besten und Billigsten haben kann, oder sie denunciren sie als Abolitionisten und verderben ihnen durch allerlei Manöver den Credit. Es giebt aber nur wenig Firmen, die wie Bowen u. Mac Namee in New York einsichtig und entschieden genug wären, auf die gegen sie verbreiteten Denunciationen zu antworten, daß ihre Waaren und nicht ihre Grundsätze im Markte wären.

Wenn übrigens alle diese Kniffe nicht verschlagen wollen, so giebt es noch ein bewährtes Mittel, das jeden Widerstand gegen die Pläne der Sklavenhalter erfolgreich zu brechen vermag. Es ist dies die Drohung mit Auflösung der Union, schon so alt als diese selbst, aber komischer Weise stets mit Erfolg wieder zur Anwendung gebracht. Es läßt sich eben auf nichts sicherer und besser spekuliren, als auf die Angst

der Leute. Die Union aber kann und wird sich so leicht nicht auflösen, weil sie durch gemeinschaftliche Interessen zusammengehalten wird. Sie ist nicht mehr und nicht weniger als eine Geschäfts-Association, welche die persönlichen Reibungen und Disharmonien ihrer Mitglieder doch in letzter Instanz dem Profit unterordnet. Ein Blick auf das gegenseitige Verhältniß der verschiedenen Staatengruppen zeigt diese Nothwendigkeit des ferneren Fortbestandes am deutlichsten.

Der gemeinsame Kampf gegen das Mutterland war für die ehemaligen dreizehn Provinzen, die sich bis dahin sehr fern gestanden hatten, die Veranlassung zum Bunde. Ein Hauptinteresse, das der Unabhängigkeit, ließ alle Separat-Interessen und übrigen Verschiedenheiten leicht übersehen. Seitdem ist das Gefühl der Sicherheit allen Theilen zur Gewohnheit geworden, und die Extreme des Südens fangen an, bei der Ungleichheit ihrer ferneren Entwicklung in dem Bunde, welcher einst ihr alleiniges Rettungsmittel war und die Bedingung des Wohles aller ihrer einzelnen Mitglieder ist, sich in manchem Betracht unbehaglich zu fühlen. Die gegenseitige Erkaltung und Entfremdung geht raschen Schrittes vor sich. Anders ist die Stellung der westlichen Staaten. Sie gleicht mehr einem von der Natur gegründeten, dauernden Familienbande als einer vorübergehenden Vereinigung. Da nun zugleich die sogenannten mittleren Staaten durch Interesse genöthigt, sowie durch gemäßigtere Stimmung geneigt sind, zum Zwecke der Aufrechterhaltung des ganzen Bundes mit dem Westen Hand in Hand zu gehen, so wird es auch nicht einem einzigen Theil gelingen, sich von dem Stamme loszureißen, da ohnehin bis jetzt kein einzelner Theil des Bundes eines isolirten Lebens fähig wäre. Wenn die Spuren der ursprünglichen Verschiedenheit zwischen den ersten Ansiedlern in den einzelnen Atlantischen Staaten noch lange nicht verschwunden sind, so ist dagegen die Bevölkerung des Westens eine aus Bewohnern aller älteren

Staaten, sowie aus Europäischen Einwanderern zusammengesetzte und so gemischte, daß z. B. von einem National-Unterschiede der Bewohner des freien Illinois und des Sklavenhaltenden Missouri nicht in derselben Art, wie etwa zwischen denen von Massachusets und Süd Carolina, ja eigentlich gar nicht die Rede sein kann.

Aber auch von der Natur ist die Einheit vorgeschrieben. Das Mississippi-Thal bildet das Centrum und den Schwerpunkt des Nordamerikanischen Continents und seine physische Gestaltung bedingt gewissermaßen schon die naturnothwendige Einheit nicht nur in Sprache und Sitten, sondern auch in der Politik. Der Mississippi ist der einzige natürliche Verbindungsweg mit der offenen See. Wird nun der stärkere Nordwesten die Mündung des Vaters der Ströme jemals ausschließlich in den Händen einer südlichen Conföderation lassen? Nie! — Oder kann der Süden den freiesten Verkehr mit den reichen und produktiven Staaten in den oberen Theilen des Stromgebietes entbehren und aufgeben wollen? Nie! — Wo wäre hier bei dem Mangel innerer Gränzen eine natürliche oder auch nur mögliche Scheidungslinie? Gegen solche starke Bande kommt der Umstand, daß einige Staaten Sklaven halten, andere nicht, kaum in Betracht. Die mittleren Staaten können ebensowenig dem Norden als dem Süden sich feindlich gegenüber stellen wollen. Welcher dieser Staaten möchte es sich auch wohl gefallen lassen, Gränzstaat der einen oder anderen Conföderation zu werden und so all das Unheil zu tragen, welches ihm vor allen andern aus einer feindseligen Stellung beider gegen einander erwachsen müßte? Uebrigens haben die bedeutendsten Mittelstaaten, wie Virginien, Maryland und Kentucky ein ganz unmittelbares Interesse daran, daß die Union so fortbesteht, wie sie ist. Ein großer Theil ihres Vermögens liegt in dem Sklavenhandel, der namentlich von Virginien aus mit den übrigen südlichen Staaten getrieben wird und seinen

bedeutendsten Export-Artikel bildet. Constituirten sich nun die südlichen Sklavenstaaten selbstständig, so wäre der erste Schritt, den sie im eigenen Interesse thun müßten, um ihre Produktionsmittel wohlfeiler zu haben, daß sie den direkten Sklaven-Import von der afrikanischen Küste wieder eröffneten. Jetzt kostet ein in Virginien aufgezogener Sklave im Durchschnitt etwa 600 bis 1000 Dollars, während er bei direkter Einfuhr nur 80 bis 100 Dollars kosten würde. Eine derartige Aufhebung des bisherigen Monopols von Virginien das etwa 12,000 Sklaven pr. Jahr verkauft, würde selbstredend diesen Staat und die an ihn sich anschließenden kleineren Staaten Delaware und Maryland dem Norden in die Arme treiben und eine südliche Conföderation der für Handel, Industrie und Bergbau am besten geeigneten Staaten berauben, sie also auf die Dauer unmöglich machen.

Der Norden hat jedoch nie mit Secession gedroht, und der Beweis, daß er auch nie daran glaubte, ist dadurch geliefert, daß selbst in den Zeiten der größten künstlichen Aufregung, in den Tagen der Unions-Rettungs-Comité's und der Webster-Adressen (1850 — 1852) die Börse gar nicht von all dem Geschrei berührt wurde. Und doch ist diese der sicherste Barometer der politischen Hoffnungen und Befürchtungen; sie fühlt die geringste Erschütterung des Vertrauens in die National-Angelegenheiten. Es hätten also auch zu jener Zeit die Vereinigten Staaten-Fünf- und Sechsprozentigen fallen müssen; aber sie fielen nicht allein nicht, sondern sie wurden nach wie vor gekauft und stiegen von Tag zu Tage. In der jüngsten Zeit hat der Norden sogar die Drohungen des Südens aufgenommen und auf ihre Verwirklichung gedrungen, ja ihm auf Heller und Pfennig vorgerechnet, daß er nur aus einer derartigen Trennung profitiren könnte. Seit der Norden diese einzig richtige Taktik angenommen hat, sind die Drohungen plötzlich wie verstummt. Als das schlagendste aller Argumente

mag dem Süden denn doch wohl das erschienen sein, daß er bei einer wirklich vollzogenen Trennung — ganz zu schweigen von einer etwa beförderten Sklavenempörung — die Sicherheit des Besitzes seiner Sklaven verliert, denn der Norden braucht den schwarzen Flüchtlingen nur ein sicheres Asyl zu bieten, und das „peculiäre Institut" ist in seinen Grundfesten erschüttert.

Im Süden ist es vor Allem Süd Carolina, welches in regelmäßigen Zwischenräumen durch ein halbes Dutzend Zeitungen und seine jährlichen Conventionen die Auflösung der Union ankündigen läßt. Georgien, Alabama, Florida, Mississippi und Tennessee vereinigen ihren Ruf mit dem seinigen, natürlich ohne nach langen lärmenden Berathungen zu einem Resultate zu gelangen. Uebrigens wäre höchstens für die Baumwolle, Reis und Zucker bauenden südöstlichen Staaten die Möglichkeit einer vorübergehenden selbstständigen Constituirung vorhanden, allein auch dieser Akt würde vom ersten Augenblick ihrer Selbstständigkeit an zur politischen Farce herabsinken.

Eingeklemmt in den südöstlichen Winkel des Continentes, ohne bedeutende Seehäfen und große natürliche Verbindungswege und ausschließlich auf den Ertrag der theuren, unproduktiven Sklaven-Arbeit angewiesen, könnte diese Staatengruppe ihre Selbstständigkeit von der Union nur dadurch erkaufen, daß sie sich in ihren Handels- und Verkehrsverhältnissen, namentlich dem Import, ausschließlich auf Europa stützte. Bei der dort überwiegenden Armuth des größeren Theiles der Bevölkerung, bei dem unverhältnißmäßigen Reichthum der Minorität, bei ihrem scharf ausgeprägten Feudalgeiste und der Verkennung der einfachsten nationalökonomischen Gesetze würde dieser Staatenbund sich Europa gegenüber bald in demselben Zustand der Ohnmacht, Verschuldung und Abhängigkeit befinden, wie etwa Portugal zu England. Der ehrgeizige faulenzende Pflanzer-Adel würde dann, statt wie bisher auf unbeschränktem Gebiete

nach Außen hin zu intriguiren, sich bald im beschränkten Kreise durch innere Kämpfe zerfleischen, bis die Engländer oder die sonstigen Gläubiger ihre Pflanzungen an sich nähmen. Uebrigens wäre ein solcher Uebergangs-Sklavenstaatenbund recht wünschenswerth, weil er auf Kosten der Sklavenhalter seine Unhaltbarkeit und innere Schwäche schnell im grellsten Lichte zeigen und die Leere der alten stereotypen Drohungen bloß legen würde.

Soll überhaupt ein dem Norden gegenüber stehender selbstständiger Süden existiren, so muß er die Controle über den Mexikanischen Golf haben und im Besitze Cuba's und der Antillen sein. Das fühlen die Sklavenhalter sehr gut und in richtiger Consequenz dieser Erkenntniß drängen ihre Organe mit jedem Tage energischer auf die Annexation dieser Insel-Gruppen. Seit das dritte Capitel dieser Schrift nach Deutschland zum Druck abgegangen ist, sind schon wieder einige bedeutende Schritte im Interesse dieser Annexation gethan.

Im Senate der Vereinigten Staaten selbst verlangte Slidell von Louisiana in ziemlich unverblümten Worten die Ausrüstung von Expeditionen gegen Cuba, nicht etwa um es von Spanischer Herrschaft zu befreien, sondern um der von einer monarchischen Gewalt angeblich gedrohten Abschaffung der Neger-Sklaverei zuvorzukommen. Die Republik also intervenirt zu Gunsten der Knechtschaft gegen die Freiheit; man nennt das sogar in Amerika Demokratie! Demnächst sind gerade in den letzten Wochen die Intriguen für die Besitznahme von Domingo mit verdoppelter Kraft wieder aufgenommen. Douglas selbst stellte kurz nach Passirung der Nebraska-Bill einen Antrag auf Eröffnung freundschaftlicher Beziehungen zu den Weißen der Insel und auf Begünstigung Amerikanischer Einwanderer mit geeignetem Capital, was einer stillschweigenden Besitzergreifung ziemlich gleich kommt. Im Gegensatz zum bedächtigen, kaufmännisch speculirenden Nord-

länder theilt der Südländer mit dem Europäischen Aristokraten auch den Zug, daß er kein Maß zu halten versteht, daß er zu viel auf einmal erlangen will und sich deshalb zu weite Ziele steckt, die dann eben wegen der Kraftzersplitterung nicht erreicht werden. Darum sind auch alle Pläne des Südens, soweit sie nicht von der Regierung unterstützt werden, nichts als fromme Wünsche. Sie nehmen aber ein allgemeineres Interesse in Anspruch, weil sie die Velleitäten der herrschenden Partei zugleich mit enthüllen. So brachte — um statt vieler Beispiele eins anzuführen — der „Southern Standard", ein Charlestoner Administrationsblatt, im letzten Mai einen Leitartikel, der die aus dem jetzigen Europäischen Kriege für die Vereinigten Staaten erwachsenden Vortheile erörterte und bei dieser Gelegenheit folgender Maßen raisonnirte.

„Ein allgemeiner Zusammenbruch in Europa würde uns die unbestrittene Herrschaft über den Golf von Mexico und ganz Westindien mit all' ihren Reichthümern und herrlichen Erzeugnissen in die Hände spielen. Geleitet durch unseren Genius und unseren Unternehmungsgeist spränge dann dort eine ganz neue Welt in's Leben. Im Besitze von Cuba und Domingo controlirten wir die Produkte der Tropen, durch sie den Handel der Welt und durch ihn wieder die Herrschaft über die Welt. Unsere richtige Politik ist die, daß wir nach Brasilien hinüber blicken als der nächsten großen Sklavenmacht und als der Regierung, welche die Entwicklung des Gebietes am Amazonen-Flusse erlauben oder fördern kann. Statt also England den Hof zu machen, sollten wir bloß Brasilien und Westindien im Auge behalten, denn nur dadurch können wir die Afrikanische Sklaverei dem Bereiche des Fanatismus sowohl zu Hause als auswärts entrücken und sie nicht allein beibehalten, sondern mit ihr der ganzen Welt trotzen. Wir könnten dann wieder eine Sklaven-Einwanderung in unser Land und in die Tropenländer ziehen. Das ist zugleich ein philanthro-

pischer Plan, denn er bekehrt die armen, in Afrika verwildernden Sklaven zum Christenthum. Wenn wir aus Mitleid die Korn producirenden Theile Amerikas den hungrigen und armen Europäern einräumen, warum sollen wir nicht die reichen Tropenländer den armen Afrikanern öffnen? Wie diese für die Schwarzen, so passen jene für die Weißen, und für beide müssen wir in demselben Grade philanthropisch sein. Wir sind zu lange durch Psalmen singende Schulmeister des Nordens regiert worden. Wir müssen endlich selbst denken und an uns selbst denken und den Afrikanischen Sklavenhandel wieder einführen, dessen Abschaffung nur die miserable englische Politik uns aufzwingen konnte."

Die einleitenden Schritte zur Wiedereröffnung dieses barbarischen Handels sind denn bereits auch im Vereinigten Staaten-Senate gethan. Der oben erwähnte Herr Slidell stellte dort Mitte Juni den ganz unscheinbar klingenden Antrag, das Amerikanische Geschwader von der Küste Afrika's abzuberufen. Wenn die Vereinigten Staaten aber erst kein Geschwader mehr zur Verhinderung des Sklavenhandels halten, so läßt sich mit einigen Spiegelfechtereien auch beweisen, daß der direkten Einfuhr Afrikanischer Neger in die südlichen Staaten kein Hinderniß mehr im Wege stehe. Wozu — sagen die Sklavenhalter — mit 1000 Dollars bezahlen, was wir für 100 haben können? Jeder Kaufmann kauft da ein, wo er seine Waare am billigsten beziehen kann; die Sklaven-Einfuhr-Verbote, die vom Jahre 1808 an in Wirksamkeit traten, sind eine liberale Scheinmaßregel, da die Constitution ja nichts gegen den Sklavenhandel im Inneren hat. Es widerstrebt also dem Geiste der Gesetzgebung keineswegs, den Sklaven-Import wieder frei zu geben und durch diese Erleichterung des Pflanzers die südlichen Produktionskräfte zu heben." Wenn es sich um Erweiterung seiner „Rechte" handelt, so weiß der Süden immer haarscharf zu construiren und die Constitution auszulegen. Und in der for-

mellen, aber auch nur in der formellen Geltendmachung seiner Ansprüche hat er die Logik und Consequenz für sich.

Das Programm der Sklavenhalter liegt also offen vor in den Stimmen seiner Preßorgane, in den Akten der Executiven und in den Verhandlungen des Senates. Ihr nächstes Ziel ist Cuba. Die Frage, ob es annectirt werden wird, entscheidet sich weniger hier als in Europa. Was darüber hinausliegt, ist noch zu unklar, zu wenig bestimmt, als daß man nur annähernde Schlüsse aus den gegenwärtigen Conjunkturen ziehen könnte. Als berechtigter Schluß aber aus den geschichtlichen Prämissen läßt sich als Regel aufstellen, daß der Norden nach wie vor auf die Pläne des Südens eingehen, daß er von ihm sich Alles bieten lassen wird, so lange der Handel nicht beeinträchtigt oder beschränkt, ja daß er jede Demüthigung auf sich nehmen wird, so lange das Geschäft es erlaubt, und daß er unter Umständen selbst einigen ausschließlich südlichen Maßregeln seine Unterstützung leiht, weil sich dabei etwas verdienen läßt. Denn weder Prinzipien noch Ideen, weder der Blick in die Zukunft, noch die Wahrung der gegenwärtigen Rechte bestimmen die politische Haltung des Nordens; sondern einzig und allein der augenblickliche Profit, der Handel, die Baumwolle. Was geht ihn die Zukunft, was geht ihn das nächste Jahr, der nächste Monat, der nächste Tag an? Man kann ihn erwartend schon vor seinem Eintritt Bankerott gemacht oder ein ganzes Vermögen verloren haben.

Allein schon die Aufhebung des Gesetzes gegen flüchtige Sklaven wäre im Stande, den Südländer in seine Schranken zurückzuweisen; aber der Norden wagt sich nicht einmal mit Energie an Durchsetzung dieser constitutionellen Maßregel, ja er läßt es sich gefallen, daß darüber berathen wird, ob Ch. Sumner von Massachusets deshalb aus dem Senate gestoßen werden soll, daß er auf den Widerruf jenes Gesetzes drang

und für sich keine constitutionelle Verpflichtung zum Einfangen der Sklaven anerkannte.

Nicht bloß in der Tariffrage, nein in seinem ganzen Verhältniß zum Süden bestätigt der Norden jenen harten Vergleich, den vor einigen Jahren Herr Culver von New York über die Unterwürfigkeit des Nordens machte und den auch Palfrey in seiner Schrift anführt. Er sah, sagte Culver, einen Knaben mit seinem Hunde spielen. Der Knabe zeigte diesem ein Stück Brod und heischte ihm zu: „Kusch dich!“ Der Hund warf sich zu den Füßen seines Gebieters hin. „Steh auf!“ Der Hund stellte sich auf die Hinterbeine. „Jetzt wälze dich!“ Der Hund wälzte sich. „Jetzt belle!“ Der Hund bellte. Darauf steckte der Knabe sein Brod ein und sagte: „Du kannst das Alles morgen noch ein Mal machen!“

XII.

Eine Regierung, wie die augenblicklich in den Vereinigten Staaten herrschende, würde zweifelsohne in einem Europäischen Lande durch ihre nachtheiligen Einwirkungen das Volk längst verdorben und ähnlich den Republiken des Mittelalters alles öffentliche Leben auf eine intriguante Adelsoligarchie beschränkt haben. Allein das ist hier unmöglich, weil eben die Regierung gar keinen bestimmenden Einfluß auf die Entwicklung des Volkes hat. Dieses hat überall die Mittel sich selbst zu helfen, es bedarf gar keiner Regierung, und wenn es auch eine hat, so liegt die Initiative in ihm und nicht in Washington.

Die Amerikanische Gesellschaft und die Existenz dieses Staatenbundes stützt sich auf den Individualismus. Dies ist der einzige, aber auch der große Unterschied zwischen Europa und den Vereinigten Staaten. Während dort auf höheren Befehl oder nur mit hoher obrigkeitlicher Bewilligung Länder und Völker geschaffen werden, hat sich hier „Gevatter Schneider und Handschuhmacher“ selbst einen Staat aufgebaut. In Europa wird alle Civilisation, Bildung, ja selbst Industrie von Oben herab durch die Staatsorgane in das Volk eingeführt; hier hat jedes Individuum sie frei mit sich gebracht, ganz unabhängig vom Staate und unbekümmert um ihn. Der Staat ist somit von vielen Feldern des gesell-

schaftlichen Lebens ganz ausgeschlossen, von anderen weit zurückgedrängt, auf denen er in Europa allmächtig ist. So groß also auch die Corruption im Staatsleben sein mag, so hat sie doch nicht die vielverzweigten Canäle, durch die sie in das innere Herz des Volkes eindringen kann. Die Amerikanische Gesellschaft, von der Selbstständigkeit des Einzelnen, der Familie und der Gemeinde ausgehend und zum Stadtbezirke, Kreise und Staate fortschreitend, kann darum, so fern sie auch von ihren ersten patriarchalischen Stadien ist, so sehr sie auch von der modernen Civilisation untergraben wird, doch ihren ursprünglichen Charakter nicht verleugnen. Die Freiheit ist deshalb hier faktisch überall soweit vorhanden, als sie die Majorität begehrt und versteht, und als diese den Politikern von Profession die öffentlichen Angelegenheiten noch nicht zur Ausbeutung für Privat-Interessen überlassen hat. Wenn das Volk hier nicht frei ist und bleibt, so ist es mehr als irgend wo anders seine eigene Schuld. Dem natürlichen Laufe der Dinge gemäß läßt es aber nur bei außerordentlichen Gelegenheiten seine Stimme vernehmen, denn der Kreis der Interessen des Einzelnen steht zu wenig mit der allgemeinen Gesetzgebung in Verbindung, als daß etwaige Veränderungen derselben ihn sofort aufschreckten.

Der unbegränzte Raum trägt ebenso wesentlich dazu bei, dies Streben nach Individualisirung, nach Selbstregierung zu fördern, als ihm die entwickelteren Zustände schaden, die ihrer Natur nach wesentlich auf Centralisation drängen. In Amerika ist noch Platz genug vorhanden für jede Art Menschen und ihre Versuche. Es giebt wenig oder keine Gegensätze, an denen sie sich reiben könnten und schon deshalb sind sie nirgend gefährlich. Die Regierung hat nur da eine wirkliche Existenz, Kraft und Initiative, wo es noch keine Gegensätze giebt, wie in den westlichen Territorien, sie verliert aber alle Bedeutung, wo die Gegensätze sich geltend machen. Den sich bestreitenden

Interessen gegenüber giebt es keine andere Gewalt als die Macht des Stärkeren, und die Regierung ihre Ohnmacht erkennend ist klug genug, sich jeder Einmischung in diese kategorischen Verhältnisse zu enhalten. Das Feld ihrer Wirksamkeit ist so eng begränzt, daß sie sich nur im leeren unbegränzten Raume das Organisiren herausnimmt, wie denn auch die Wendepunkte und Erschütterungen in der hiesigen Politik nur beim Erlasse derartiger territorialer Bestimmungen eintreten: Louisiana, Missouri, Texas, Oregon, New Mexico, Utah und Nebraska. Aber selbst diese Erlasse überschreiten selten die Gränzen des äußeren Verwaltungsmechanismus; sie lassen die inneren Fragen unberührt, weil auch über sie die Regierung keine Macht hat.

Im geordneten Staatsleben kann sie höchstens hinter der ökonomischen und commerciellen Entwicklung des Landes und den durch sie bedingten Ereignissen herhinken und ihr durch einzelne, übrigens ganz überflüssige Akte die nachträgliche Genehmigung geben. Sie kann sogar eine kleine Welt für sich schaffen, die natürlich, weil sie in Amerika wurzelt, den Charakter des Volks in ihren allgemeinen Zügen wiedergiebt, aber trotzdem ganz außerhalb des Volkes steht.

Bis jetzt haben sich zwei Interessengruppen im hiesigen Leben scharf ausgebildet und den Inhalt des Staates ausgemacht: der Handel und der Ackerbau. Jener giebt sich seine eigenen Gesetze, welche keine Regierung selbst im absoluten Staate ungestraft ändern darf, und schützt sich selbst. Alle Gesetze, welche die hiesige Regierung dafür giebt, sind weiter nichts als die spätere Genehmigung dessen, was die Majorität der augenblicklich combinirten Handelsinteressen selbst fordert. Sie benutzen gern die Autorität der Regierung für sich, so lange sie dieser ihren Willen vorschreiben können, und wissen recht gut, daß die in seinem Gefolge befindlichen Unbequemlichkeiten hundertfach durch seine Vortheile aufgewogen wer'

Was liegt auch daran, ob die Regierung 20 Millionen mehr verbraucht, als etwa angestellte kaufmännische Commis verbrauchen würden? Das Geld ist ja da, und soviel auch gestohlen, corrumpirt und verschleudert wird, die Summe ist unbedeutend im Verhältniß zu den Hülfsquellen des Landes und dem Unternehmungsgeist seiner Bewohner, ja sie wird reichlich aufgewogen durch den Nimbus, welchen die Regierung den Privatinteressen verleiht. Trotz aller denkbaren Mühe z. B., welche sich das gegenwärtige Gouvernement giebt, ist es ihm doch unmöglich, die öffentlichen Einkünfte alle zu verschleudern. Die andere Interessengruppe, der Ackerbau, muß schon deshalb den Schutz in sich suchen, weil ihm die Regierung bei ihrer eigenen Ohnmacht nicht helfen kann. Der sociale Instinkt, das gesellschaftliche Bedürfniß und die Büchse bilden die eigentliche Regierung des Westens. Den kleinen Landbauer, den Pionier der Civilisation an den Gränzen überläßt man seinem Schicksal, obwohl gerade ihm und mittelbar durch sein Emporkommen dem Lande der Schutz gegen die Indianer sehr zu Statten käme. Aber dazu fehlen angeblich die Mittel. Dagegen hat sich die Regierung stets des Landbauers im Großen, des Pflanzers, angenommen und ihre Politik vorzugsweise mit dessen Interessen verschmolzen, ja sich durch den Bund mit ihm ein Relief zu geben gesucht, dessen sie in Wirklichkeit entbehrt. Die Frucht dieser einseitigen Verbindung ist die Sklavenhalter-Politik. So weist sich die Regierung der Vereinigten Staaten in ihrem Verhältnisse zu den Parteien ihre Stellung als kaufmännisches Geschäft an, das mit mehr oder weniger Glück sich heute auf die Pflanzer-Interessen stützt, um gegen die große Industrie zu operiren, oder sich morgen von dieser gewinnen läßt, um zu ihren Gunsten den Einfluß der Pflanzer niederzuhalten. Bei dem entscheidenden Einfluß und der Allgewalt, welche die streng disciplinirten Parteien auf die hiesige Regierung ausüben, ist die Politik im Großen wie im

Kleinen ein kaufmännisches Geschäft, dem man sich nicht aus Hingebung, sondern aus Speculation, wie etwa dem Importhandel oder einem beliebigen Fabrikationszweige widmet. Ein Politiker von Profession hat ziemlich dieselben Stadien zurückzulegen, ehe er zum Abgeordneten in Washington aufsteigt, wie etwa ein Kaufmannslehrling, ehe er selbstständiger Herr eines Geschäftes wird. Der Pflanzer und große Industrielle liefern das Betriebs-Capital zu diesem politischen Geschäfte und natürlich fließt der sich daraus ergebende Gewinn ausschließlich in ihre Taschen. Geht es gut, so leidet sicher das Volk darunter, je schlechter es jedoch geht, desto wohler befindet sich das Land dabei.

In allen Fällen aber bleibt, was in der socialen Hierarchie zwischen dem Pflanzer und Großhändler liegt, von der direkten Einwirkung der Regierung unberührt. So verderblich also und so mächtig auch ihr Einfluß auf jene Interessengruppen ist, so wenig beherrscht sie das ganze Volksleben, da sie nur in ihren eigenen Kreisen ihren demoralisirenden Einfluß zu äußern vermag. So hat das Volk der freien Staaten unmittelbar wenig oder gar nicht unter ihm zu leiden; der Süden aber behält und befestigt die Unabhängigkeit von der Gesammtheit, die er stets behauptete und anstrebte. Es ist wahr, daß auf der einen Seite die Regierung so gut als unumschränkt im Erlasse ihrer Gesetze ist. Auf der anderen Seite aber hat das Volk noch mehr constitutionelle Mittel, diese Gesetze unwirksam zu machen und zu umgehen. Es läßt sich darum oft Akte gefallen, welche ein dieser Mittel beraubtes Europäisches Volk oft zur Revolution treiben würden. Augenblicklich z. B. handelt es sich um schleunige Bevölkerung von Nebraska und Kansas, weil diese den Charakter der neuen Gebiete, ob freie oder Sklavenstaaten?, bestimmen wird. In Massachusets und im ganzen Osten organisiren sich Gesellschaften für die massenhafte Einwanderung dorthin. In der Presse wird dafür agi-

tirt und alle Mittel werden in Bewegung gesetzt, um bis zum Herbste 1854 wenigstens eine Einwanderung von 20—30,000 Menschen dahin zu lenken. Es ist sehr möglich, daß die Absichten, von denen diese Agitation ausgeht, fehlschlagen; indessen ist dieser Punkt hier ganz unerheblich, da es blos auf den Beweis ankommt, daß es kein noch so schlechtes constitutionelles Gesetz giebt, welches nicht umgangen werden könnte.

Washington steht — um dem Deutschen Leser seinen Charakter deutlich zu veranschaulichen — etwa auf derselben Stufe mit den deutschen Universitäten, die zwar längst vom Leben überholt sind, aber dennoch stets als Sitze und Quellen der Wissenschaft, als die Regulatoren des geistigen deutschen Lebens gelten. Wie in den letzten Jahrzehnten nicht durch sie, sondern trotz ihrer die Wissenschaft ihre verschiedenen Entwicklungsstadien durchgemacht hat, so entwickelt sich auch das hiesige Volksleben in seinen mannigfachen Richtungen am gesundesten ohne jede Regierung. Das politische Leben der Vereinigten Staaten würde ohne sie nicht minder bewegt, lebhaft und erregt sein, als das geistige Leben des deutschen Volkes ohne Universitäten. Sie mögen namentlich in den exacten Wissenschaften nicht ohne Nutzen und Verdienst sein, sie sind jedoch weit entfernt, das geistige Leben des Volkes in sich wiederzuspiegeln; ja sie fangen erst an, von dessen Fortschritten Notiz zu nehmen, nachdem sie so handgreiflich geworden sind, daß sie sich nicht mehr leugnen lassen. Gerade so ist es mit der Regierung der Vereinigten Staaten. Es ist keine Eroberung auf dem Felde, zu dessen Anbau das hiesige Volk vor Allem berufen ist, keine neue Erfindung, Entdeckung oder Fortschritt in Handel, Industrie und Landbau gemacht worden, deren Anregung oder Verdienst sich die Regierung zuschreiben könnte. Nein, diese hat sich später höchstens dadurch populär zu machen gesucht, daß sie die anerkannten Thatsachen registrirte und in den Kreis der national politischen Fragen auf-

nahm. Die neuerdings so vielfach angeregte und bereits von einigen Staaten angenommene Heimstättebill, ja auch die beabsichtigte Pacific-Eisenbahn sind erläuternde Beispiele für diese Thatsache. In andern Fällen wieder gestattet die Regierung stillschweigend Concurrenz in Rechten, welche in jedem andern Staate einen Ausfluß der Souverainität bilden. Die Vereinigte-Staaten-Münze prägt nicht Gold genug, deshalb münzen in Californien z. B. Privatleute jede Art Gold, selbst nachdem dort schon mit Errichtung einer Münze begonnen war. Die Post- und Briefbeförderung ist fast überall Regal. Da hier aber die Post eine der schlechtesten und unsichersten in der ganzen civilisirten Welt ist, so errichtet jeder Privatmann, der ein Geschäft zu machen hofft, Packet- und Briefbeförderungsanstalten neben der Vereinigten Staaten-Post, und das ganze Land bedient sich dieser viel zuverläßigeren sog. Expreß-Compagnien zur ausschließlichen Besorgung von Geldsendungen. Es ist nicht paradox, sondern liegt ganz im Gange der hiesigen Entwicklung und im vorwiegend commerciellen Charakter des Volkes und Landes, wenn man annimmt, daß möglichen Falls die Regierung und ihre sämmtlichen Departements an den Meistbietenden zur Verwaltung veräußert werden und daß der Präsident dann nichts Anders als Oberbuchhalter und Procuraträger des Hauses „Vereinigte Staaten“ wäre, während seine Minister seine Buchführer sind. Der Commisstaat Louis Blanc's wäre dann verwirklicht und überhaupt der eigentliche Inhalt und Zweck des Bourgeoisstaates erreicht.

Es ist ein gewöhnlicher Irrthum, dem namentlich die deutschen Constitutionellen verfallen, daß sie das Gedeihen und beispiellose Wachsthum der Vereinigten Staaten zum großen Theil auf Rechnung der einfachen, „von allem mittelalterlichen Beiwerk entkleideten“ Constitution des Landes setzen. Dieselbe hat mit diesem Fortschritte nichts zu thun, ja er wird stets ohne sie, oft im direkten Gegensatze zu ihr gemacht. Die Con-

ſtitution war, nachdem die Föderation von 1778 mißglückt war, ein geſchickt vermittelnder Verſuch, aus den revolutionairen Zeiten in geordnete und reguläre Zuſtände überzugehen und ganz in jenem liberalen Geiſte ausgeführt, welcher die encyclopädiſtiſche Schule des vorigen Jahrhunderts charakteriſirt. Sie war nicht weniger und nicht mehr als die mit ihr beinahe gleichalte Franzöſiſche Conſtitution, und wenn dieſe ſich nicht ſo lange hielt, ſo lag die Schuld nicht ſowohl ausſchließlich an den Menſchen, als an den ererbten Zuſtänden, die in Frankreich untergruben, was ſie in den Vereinigten Staaten förderten. Die hieſige Conſtitution iſt jetzt gerade zwei Menſchenalter alt; allein die Entwicklung des Volkes iſt ihr längſt über den Kopf gewachſen, und ihr größtes Verdienſt iſt eben dies, daß ſie dieſe Entwicklung ungeſtört weiter gehen läßt, daß ſie ihr weder hemmend noch fördernd in den Weg tritt. Niemand kümmert ſich darum auch um die Conſtitution, ſie exiſtirt nur auf dem Papier. Wenn ſie aber angerufen wird, ſo iſt das ein ſchlimmes Zeichen, denn dann kann man ſicher annehmen, daß etwas der Freiheit Verderbliches im Schilde geführt wird. Jene Herren indeſſen, welche ſich der Entfernung »alles mittelalterlichen Beiwerkes« aus der Conſtitution freuen, überſehen, daß nicht blos jener geſchriebene Akt vom 17. September 1787 und ſeine Zuſatzartikel, ſondern daß die Geſammtheit aller Geſetze, das ganze Rechts- und Verwaltungsſyſtem die Verfaſſung der Vereinigten Staaten bilden. Die in der Conſtitution niedergelegten Regierungsgrundſätze ſind nur die eine Seite, ihre nothwendige Ergänzung aber, ſelbſt abgeſehen von der kirchlichen Hierarchie und ihrem Einfluß, abgeſehen von den großen ſocialen Gegenſätzen, bildet das Landesrecht. Dies aber führt direkt zurück in die roheſten Zeiten des Mittelalters, in die Tage Wilhelms des Eroberers, des Fauſtrechts, der Engliſchen Königsgeſetze, welche noch Fillmore jüngſt zur Anwendung brachte, kurz in den ganzen Wuſt jener

rohen, naturwüchsigen Empirie, welche man Englisches Recht nennt und welche in den Gerichtshallen von Maine bis Texas und von Florida bis Californien noch täglich ihre Triumphe feiert.

„Das hier geltende Englische gemeine Recht darf nicht — sagt der Jurist Richard Hildreth in seiner theory of politics — „als ein System für die Verwaltung der Justiz oder Erzwingung der Gesetze, sondern nur als ein Mittel angesehen werden, welches die Gesetze umstößt und die Absicht jedes Gesetzgebenden Körpers vernichtet, wenn diese Gesetze und Absichten nicht die Billigung der gerade im Amte befindlichen Richter für sich haben. Ein solches System ist unter einer aufgeklärten Regierung gar nicht an seinem Platze und dient nur dazu, die Minorität in den Stand zu setzen, daß sie die Majorität mit Füßen treten kann.

Es darf nun nicht außer Acht gelassen werden, daß nach der alten Montesquieu'schen Eintheilung der Richterstand hier eine der Legislativen und Executiven coordinirte Macht bildet, und daß er die Bestimmungen der Constitution selbst zu interpretiren und entscheiden hat. In Wirklichkeit aber subordinirt er sich entweder dem Präsidenten und Senate, die ihn ernennen, oder der Partei, die ihn erwählt, und kämpft für deren Interessen. Wo aber die Sklavenhalter die Herrn der Regierung und Leiter der herrschenden Partei sind, da ist das Constitution des Landes, was sie dafür halten, oder in ihrem Interesse dafür ausgeben. Sie bestimmen also in jedem einzelnen Falle die Auslegung und Anwendung der Constitution, sie bilden in jeder rechtlichen und Verfassungsfrage die letzte Instanz. Dem höheren Willen der Sklavenhalter müssen sich alle kleineren Bedenken und Freiheiten unterordnen; vor ihm gilt keine Preßfreiheit, keine persönliche Freiheit kurz „keine Phrase der Unabhängigkeits-Erklärung". Bald halten einige Adelsherren des Südens eine Sklavenhatz

in den sogenannten freien Staaten, die sie mit abgerichteten Bluthunden betreten, bewaffnet mit Büchse, Revolver und Messer; die Treiber aber bringen sie nicht mit, weil diese der Staat zu stellen verbunden ist, in welchem sie jagen wollen; bald schreibt ein Sklavenhalter in den Zeitungen eine Belohnung aus, wenn man ihm lebendig oder todt sein entlaufenes schwarzes Menschenvieh wiederbringt, welches die Frechheit hatte, sich durch die Flucht der Peitsche des Treibers zu entziehen; dort in einer anderen Spalte der Zeitung kündigt ein Mann seine Schweißhunde an, die er eigens zum Negerfang abrichtete, und versichert, daß sie eine ausgezeichnete Nase hätten, die noch nach 24 Stunden die Spur fände. Da wird wieder zur Abwechselung einmal ein schwarzer Mörder an einen Pfahl oder Baum mit einer großen Wagenkette gebunden, entmannt, dem Feuer überliefert und zur Warnung lebendig gebraten. Ein Postmeister im Süden kündigt einem Zeitungsredakteur brieflich an, daß er sich im Namen der Gesetze seines Staates verbunden fühle unter Zuziehung obrigkeitlicher Personen das Blatt öffentlich zu verbrennen, weil es sich über die Sklaverei mißbilligend ausspreche, zugleich aber räth er jenem, nicht in seinen Staat zu kommen, denn sonst werde er von einem bis fünf Jahre ins Gefängniß geworfen. Laßt uns durch unsere Zeitungen den Beweis liefern — sagt der Columbia Telescop (von Süd Carolina) — daß die Sklavenfrage keine der Discussion offene weder ist noch sein soll; daß das System der Sklaverei unter uns zu fest wurzelt und immer so bleiben soll; daß in dem Augenblick, wo Jemand wagt, über seine Uebel und Immoralität zu reden, seine Zunge ausgeschnitten und auf den Misthaufen geworfen werden soll. „Galgen und Pranger erwarten Den, welcher für die Emancipation zu sprechen wagt," erklärt der Charleston Courier. „Der Schrei des ganzen Südens muß lauten: Tod, sofortiger Tod jedem Abolitionisten!" ruft das Augusta Chronicle (in Georgia). **Cassius**

M. Clay, der tapfere Kentucky'sche Agitator gegen die Sklaverei, war seines Lebens nicht sicher und seine Pressen wurden zerstört, weil er eben gegen die Sklavenhalter auftrat. Elisha Betts, ein geborner Süd Caroliner, wurde aus Alabama verbannt, weil er in einem Briefe die Uebel der Sklaverei auseinander gesetzt hatte. In Kentucky aber schießt ein reicher Sklavenhalter mit kaltem Blute und ohne jede Veranlassung einen unschuldigen Lehrer in seinem Schulzimmer nieder; der Verbrecher wird jedoch freigesprochen, obgleich der ganze Beweis gegen ihn haarklein vorlag. War es doch ein reicher Mann von einflußreicher Familie der einem abolitionistischen psalmensingenden Schulmeister gegenüber stand! In Virginien giebt eine Dame schwarzen Kindern Unterricht; aber sie wird wegen dieses Verbrechens zu sechs Monaten Gefängniß verurtheilt. In Süd Carolina ist dem höchsten Gerichtshof untersagt, die Constitutionalität der Staatsgesetze zu prüfen. In diesem Staate blüht auch die Prügelstrafe gegen freie Weiße, selbst gegen weiße Weiber, und in der ganzen Union haben freie Farbige nur unbedingtes Stimmrecht in Massachusets und Vermont. In Süd Carolina muß ein Candidat für das Repräsentantenhaus wenigstens 500 Acres Land und 10 Sklaven besitzen, um wählbar zu sein; ein Candidat für den Senat aber hat doppelt soviel Eigenthum aufzuweisen. Die Gesetzgebung aber, in welcher die Sklavenmacht allmächtig ist, erwählt alle richterlichen Behörden bis zum Friedensrichter, dem Gouverneur, die Congreß-Senatoren und die Wahlmänner des Präsidenten der Vereinigten Staaten. Und selbst für jene Wahlen existirt in den meisten Sklavenstaaten nicht das geheime Ballotement, sondern die laute mündliche Abstimmung.

Diese Beispiele, die auf gut Glück aus unzähligen anderen herausgegriffen sind, beweisen auf's Unzweideutigste, daß die Constitution nur da eine Wahrheit ist, wo sie nicht mit den Interessen der herrschenden Sklavenhalter-Aristokratie collidirt

und daß das materielle Wachsthum der Vereinigten Staaten von ihr ganz unabhängig ist. Der Schwerpunkt der letzteren liegt in den freien Staaten, und diese haben ihren ungehinderten Fortschritt nur dem Umstande zu verdanken, daß die Föderal-Regierung, wenn sie durch ihren mächtigen Einfluß auch jede Lebensäußerung auf dem Gebiete der Politik in sich concentriren konnte, es doch noch nicht vermocht hat, die volkswirthschaftlichen Elemente in ihrem ausschließlichen Interesse zu absorbiren. Möglich genug, daß es noch dazu kommt, wie denn die Nebraska-Bill ein bedeutender Schritt auf dem Wege zu diesem Ziele ist; allein wir haben es hier nicht mit Möglichkeiten, sondern mit den gegebenen Thatsachen zu thun.

Vielleicht wird den hiesigen Gegnern der Sklaverei an ihrem bisherigen vergeblichen Widerstande klar, daß sich Reformen und Revolutionen nicht durch den bloßen guten Willen der Individuen machen lassen, und daß, wenn die Weltgeschichte auch durch die Thaten der Menschen entsteht, doch der Wille des Einzelnen, vom Standpunkte des allgemeinen Zusammenhangs der Begebenheiten betrachtet, keineswegs ein freier, ja daß seine Kraft, die theoretische wie die praktische, nicht sein eigen ist. Das hat man bis jetzt in Amerika nicht erkannt und, von den günstigen äußeren Conjunkturen des Unabhängigkeitskrieges verleitet, nicht erkennen wollen. Der Mangel dieser Erkenntniß ist denn auch Schuld, daß hier zu Lande die letzten Revolutionen Europa's wenn nicht verspottet, so doch als mißlungene Versuche von schwachen, der Freiheit unwürdigen Völkern vornehm bemittleidet werden; ja man hat die Stirn, die hierher verschlagenen Europäer zu bedeuten, daß sie hier erst zu lernen hätten, was ein freies Volk sei. Wie verhält sich nun dieses freie Volk zur ersten großen inneren Krise, die es bedroht, wie löst es die Probleme seiner kurzen geschichtlichen Vergangenheit, die ihm nun in Gestalt der Sklavenfrage auf den Leib rücken? Es weiß sich bis jetzt

nicht zu helfen und zu rathen, es thut kaum einen Schritt zur Beseitigung seiner inneren Gebrechen. Was man drüben vermißte, ist hier in noch höherem Grade nicht vorhanden. Es fehlt an reifen Charakteren und reifen Ideen; statt dessen aber herrscht ein Ueberfluß von Onkel Tom'schen Sentimentalitäten und urchristlichen Phantasieen, von naturrechtlichen Luftschlössern und idealen Träumereien, ein Chaos unzähliger sich widerstrebender Ansichten, so daß das Einzige, was klar, die Unklarheit und das Einzige, was gewiß, die Ungewißheit des Erfolges der jetzigen Kämpfe ist.

Liegt die Schuld davon an den Kämpfern gegen die Sklaverei? Nein, gewiß nicht, sie können nicht über ihre Zeit hinaus. Und aus diesem Grunde kann das Amerikanische Volk, welches hochmüthig die Europäischen Völker darob verspottet, daß sie den Alp einer mehr als tausendjährigen Vergangenheit nicht mit einem Ruck von sich abschütteln konnten, aus diesem Grunde kann jetzt der angebliche junge Riese nicht einmal mit Verhältnissen fertig werden, die sich in kaum mehr als zwei Menschenaltern entwickelt haben.

Druckfehler:
S. 19 Z. 3 v. u. lies tempérée statt temperé.

Druck von H. Hotop in Cassel.

KA.

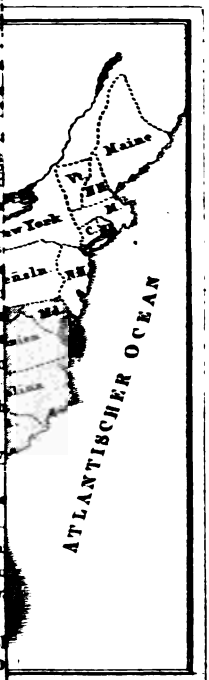
Zur Gr
Maryl
Delaw
Virgi
Nord C
Süd C
Georg
Florid
Alaba
Missi
Louis
Texas
Arka
Teñes
Kentu
Misso

Davon ab

Sklav

Neu M
Utah
India
Nebra
Nordw

Total S
100.00



Zur freien Staaten Gruppe gehört:

Maine	30,000 □ M.	583,169	Einw.
New Hampshire	9,280	317,976	
Vermont	10,212	314,120	
Massachusetts	7,800	994,514	
Rhode Island	1,360	147,545	
Coñecticut	4,674	370,972	
New York	46,085	3,097,394	
New Jersey	8,320	489,555	
Peñsylvanien	46,000	2,311,786	
Ohio	39,964	1,980,427	
Michigan	56,243	397,654	
Indiana	33,809	988,416	
Illinois	55,405	851,470	
Wisconsin	53,924	305,391	
Jowa	50,914	192,214	
Californien	188,981	264,435	
	642,971 □ M.	13,607,038	Einw.

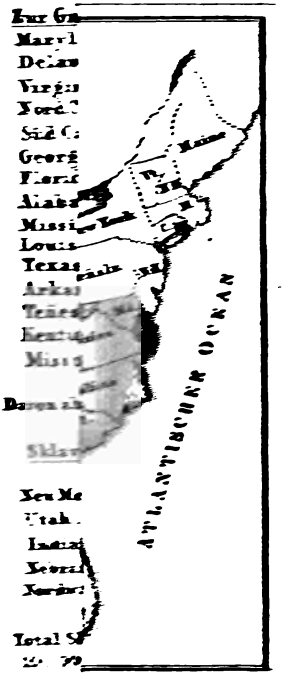
Freie Territorien annähernd

Minnesota	141,839 □ M.	
Oregon	215,000	
Washington	130,000	
	486,839 □ M.	

Total freies Gebiet 1,129,810 etwa 50,000 geogr. □ M. in runden Zahlen.

New York: L.W. Schmidt
191 William Street.

KA.



Zur freien Staaten Gruppe gehört

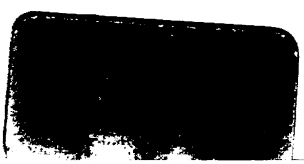
Maine	30000	= M. 583.169	Einw
New Hampshire	9280	317.976	
Vermont	10.212	314.120	.
Massachusetts	7800	994.514	.
Rhode Island	1360	145.545	.
Connecticut	4674	370.972	.
New York	46.045	3.097.394	.
New Jersey	8320	489.555	.
Pensylvanien	46.000	2.311.786	.
Ohio	39.964	1.900.427	.
Michigan	56.243	397.654	.
Indiana	33.809	988.446	.
Illinois	55.405	851.470	.
Wisconsin	53.924	305.391	.
Jowa	50.914	192.214	.
Californien	188.981	264.435	.
	642.971	= M. 13.607.038	Einw

Freie Territorien annähernd

Minnesota	141.839 = M.
Oregon	215.000
Washington	130.000
	486.839 = M.

Total freies Gebiet 1.129.810 etwa 50.000 geogr = M. in runden Zahlen.

Druck L. W. Schmidt
[illegible]

DATE DUE

E 446 .K34 1864 C.1
Die Sklavenfrage in den Verein
Stanford University Libraries
STANF(S
STAI
3 6105 038 891 284